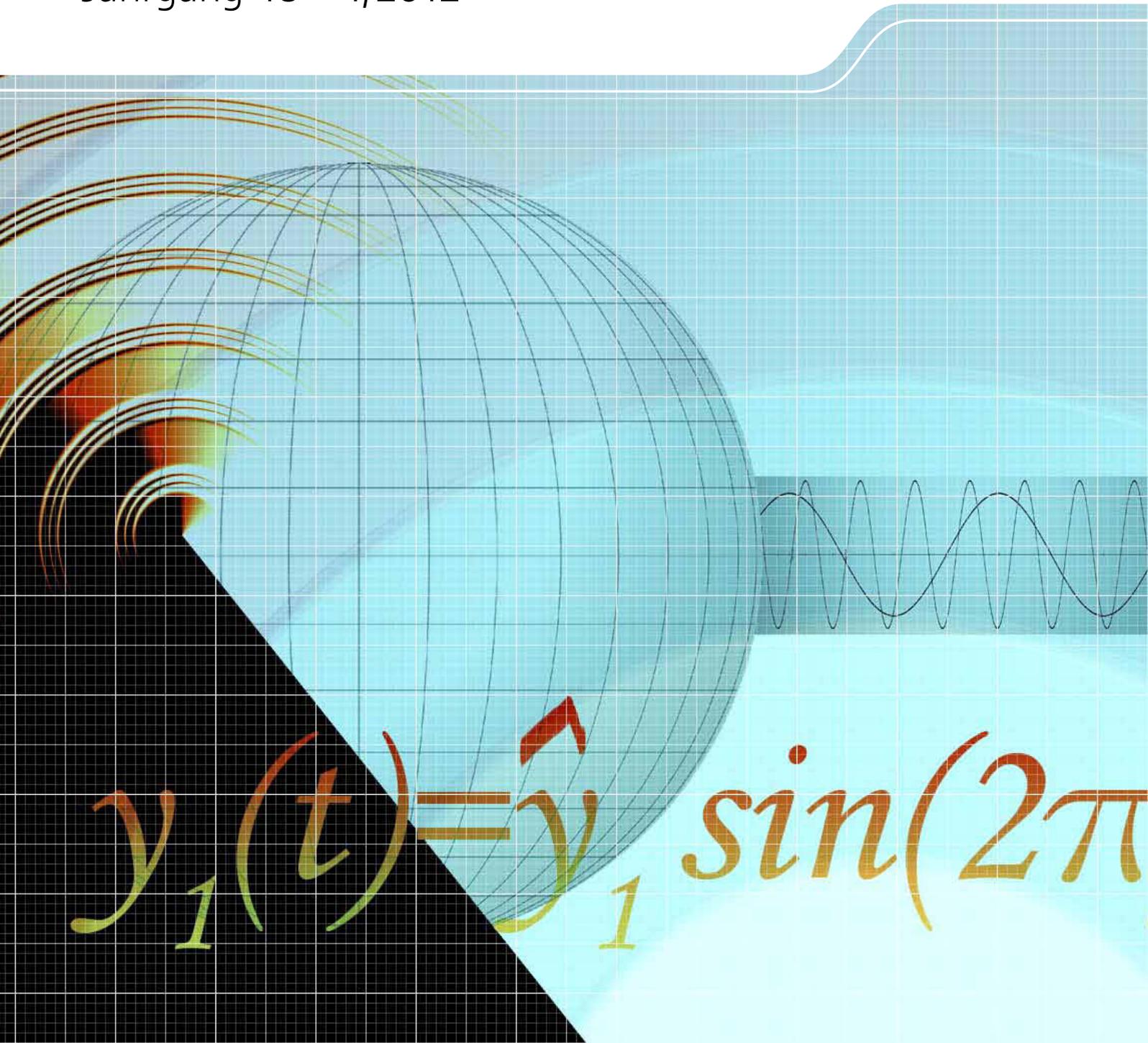




Statistik in Sachsen

Jahrgang 18 - 1/2012



Inhaltsverzeichnis

20 Jahre Statistisches Landesamt Sachsen Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher	2
Attraktivität des sächsischen Hochschulstandortes gemessen an der Herkunft der Studienanfänger Felicitas Klemm, Alrun Klinger	4
Die Einkünfte der sächsischen Steuerpflichtigen und deren Besteuerung Ulrike Trautmann	9
Landwirtschaftszählung 2010 Teil 2 – Bodennutzung Barbara Fritsche, Ulrich Ertel	17
Beeinträchtigung der Umwelt durch Stoffe mit Wassergefährdungspotential Teil 2: Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen Susanne Stoll	23
Export und Import von Krankenhausdienstleistungen in Sachsen 1995 bis 2009 Dr. Bernd Richter, Kristina Richter	27
Vorbereitende Bestandsaufnahme für Auswertungen aus dem sächsischen Unternehmens- register zur Gesundheitswirtschaft Dr. Bernd Richter, Kristina Richter	35
Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Mitgliederzahlen im Landessportbund Marion Patera	40
Rezension Heiland, Udo 2011: Unter Mocambicanern. Arbeit – Leben – Abenteuer 1979 bis 1985. Leipzig: Engelsdorfer Verlag Dr. Volker Scholz	44
Neues aus Sachsen	45
Sächsischer Zahlenspiegel	47
Gesamtverzeichnis 2011	53

Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

das erste Heft im 18. Jahrgang unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ bietet wieder zahlreiche Beiträge aus vielen Gebieten der amtlichen Statistik.

Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen wurde im Januar 1992 offiziell wieder errichtet. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens wird im ersten Beitrag von der Präsidentin des Statistischen Landesamtes besonders der Stellenwert amtlicher Statistik heute und in Zukunft erörtert.

Auf Grund der demografischen Entwicklung ist die Zahl der sächsischen Abiturienten in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Studienberechtigten in den westlichen Bundesländern aus verschiedenen Gründen stark an. Deshalb wird in einem Beitrag dargestellt, wie sich die Zusammensetzung von Studenten an sächsischen Hochschulen bezüglich ihrer Herkunft – aus Sachsen, anderen Bundesländern und dem Ausland – entwickelt.

In einem dritten Beitrag werden die Einkünfte der sächsischen Steuerpflichtigen und deren Besteuerung analysiert. Diese werden nach Größenklassen, Einkunftsarten, Altersgruppen und ausgewählten Gemeinden dargestellt.

Mit zwei Beiträgen aus dem Themenbereich Landwirtschaft und Umwelt werden die Ausführungen aus dem Heft 4/2011 fortgesetzt. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 werden in diesem Heft für den Bereich der Bodennutzung analysiert. Dabei wird besonders auf die Rechtsformen, die Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe und die angebauten Kulturarten eingegangen und auch ein Vergleich zur Bundesrepublik insgesamt gezogen.

Der Beitrag zur Gefährdung der Umwelt durch wassergefährdende Stoffe wird mit einer Analyse der Unfälle beim Umgang und bei der Beförderung dieser Stoffe fortgesetzt.

Zwei weitere Artikel beschäftigen sich mit Fragen der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnung. Einerseits werden Patientenwanderungsströme nichtsächsischer Patienten nach Sachsen und umgekehrt sächsischer Patienten in andere Bundesländer und das Ausland analysiert. Zum anderen werden die Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung des Unternehmensregisters zur Darstellung von Ergebnissen der Gesundheitswirtschaft erkundet.

Ein Beitrag, der die Auswirkungen des demografischen Wandels in Sachsen auf die Mitgliederzahlen im Landessportbund analysiert, rundet den Inhalt dieser Zeitschrift ab.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33-1913).

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

20 Jahre Statistisches Landesamt Sachsen

Das Statistische Landesamt Sachsen begeht 2012 sein zwanzigjähriges Jubiläum. Die amtliche Statistik in Sachsen insgesamt kann jedoch – ausgehend vom im Jahre 1831 gegründeten „Statistischen Verein für das Königreich Sachsen“ – auf eine lange Geschichte zurückblicken.

Bei der Neugründung der Behörden und Einrichtungen in Sachsen nach der Wiedervereinigung stand die Notwendigkeit des Aufbaues einer fachstatistischen Behörde außer Frage. Dabei wurden alle Anstrengungen unternommen und entsprechende Bedingungen geschaffen, um eine leistungsfähige und zukunftssichere Einrichtung zu etablieren.

Der seinerzeitige Aufbaustab unter der Leitung von Herrn Eichler hat dabei hervorragende Arbeit geleistet. Die Konzentration der amtlichen Statistik auf einen Standort in Kamenz, die Auswahl hervorragend fachlich qualifizierter Mitarbeiter, die Sicherung sowohl einer soliden Infrastruktur als auch einer modernen IT-Ausstattung waren und sind die Garantien zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Statistischen Landesamtes.

Heute ist das Statistische Landesamt ein wesentlicher Informationsdienstleister für viele Entscheidungsebenen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Eine Vielzahl von Vernetzungen, Kooperationen und fachliche Beziehungen legen davon ebenso Zeugnis ab wie die hervorragende Nutzung unserer vielfältigen Leistungen vom Auskunftsdienst, Print-Publikationen, Internetangebote bis hin zum Forschungsdatenzentrum.

Unsere Broschüre zum 20-jährigen Jubiläum des Statistischen Landesamtes [1] zeichnet die Entwicklung insgesamt nach und liefert einen Überblick über Aufgabenstellung, Struktur und organisatorische Gegebenheiten. Bei Interesse diesbezüglich sei auf diese Lektüre verwiesen.

Der Fokus der nachfolgenden Ausführungen richtet sich mehr auf die Frage des Stellenwerts amtlicher Statistik heute.

Die Ermittlung und Verwendung der Zahlen-seite von Massensachverhalten und die Erarbeitung von Prognosen und zahlengestützten Bewertungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. So gibt es z. B. in der empirischen Wissenschaft kaum ein Fachgebiet, das nicht zu einem erheblichen Teil Erkenntnisse aus dem verfügbaren Datenmaterial amtlicher Statistik schöpft. Ebenso dienen statistische Zahlen der Politik und der Praxis sowohl zur Entscheidungsvorbereitung und -findung als auch zur Evaluation von Maßnahmen. Jeder Verantwortliche weiß, dass letztlich durch Zahlen und Fakten Massensachverhalte analysiert und Hilfestellungen für eine rationale Entscheidungsfindung abgeleitet werden können.

Gerade auf Grund der aktuellen Erfahrungen im Zusammenwirken der EU-Länder zur Abwehr der Schuldenkrise einzelner Mitgliedsstaaten und der Finanzkrise insgesamt wird schlaglichtartig die Notwendigkeit einer unabhängigen, leistungsstarken statistischen Fachbehörde, die ausschließlich nach fachstatistischen Maßstäben arbeitet und publiziert, klar.

Dies führt zu einer stärkeren Konzentration von Planungs- und Controllinginstrumenten auf europäischer Ebene, zur Festlegung eines verbindlichen Code of Practice und zu einer deutlichen Aufwertung des Stellenwertes amtlicher Statistik insgesamt.

Zahlen und Fakten als Spiegelbild der Situation einer Gesellschaft, als Frühwarnsystem zukünftiger potenzieller Problemlagen und als Navigationshilfsmittel bei Entscheidungen mit unvollständigen Informationen über zukünftige Sachverhalte: dies ist die Rolle der amtlichen Statistik heute und in Zukunft.

„Gefühlte Wirklichkeiten“ spiegeln die gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaft-

liche Situation nicht immer belastbar wider. Eine Untermauerung mit Daten und Fakten tut oftmals not.

Einen Blick auf Sachverhalte allein aus der individuellen Perspektive wird sicherlich der gesamten Wirklichkeit einer Gesellschaft nicht gerecht und kann auch nicht oder nur bedingt als Grundlage für politische und gesellschaftliche Entscheidungen genutzt werden. Es bedarf – zumindest ergänzend – eines „objektiven“ Indikatorensets, das die „kollektive Wirklichkeit“ möglichst näherungsweise abbildet.

Statistische Daten sind somit letztlich ein Instrument, das die Lebensrealität der Menschen bzw. der Unternehmen und anderer Betrachtungsbereiche insgesamt darstellt. Sie liefern sowohl Ansatzpunkte für politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedarf als auch eine Grundlage zur „Kalibrierung“ von Einzeldaten an den Durchschnittswerten.

Eine sachgerechte Interpretation statistischer Daten setzt aber zwingend quasi einen „Blick hinter die Kulissen“ voraus. Nur bei Kenntnis und Beachtung der sogenannten Metadaten (wie Erhebungsmerkmale, Erhebungsmethode, Zeitpunkt und Periodizität, Stichprobenumfang u. a. mehr) kann gewährleistet werden, dass statistische Daten nicht instrumentalisiert und fehlerhaft interpretiert werden. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zeigt dies schmerzhaft.

Natürlich verursacht die Beschaffung und Bereitstellung statistischer Daten auch Kosten und bindet Arbeitskapazität. Die „gefühlte Belastung“ z. B. von Unternehmen durch die Lieferung von Zahlen an die amtliche Statistik ist viel diskutiert – und es werden große Anstrengungen unternommen (wie e-statistik-core, online-Datenlieferung, Sekundärdatennutzung etc.), diese Belastungen zu reduzieren.

Aber bei allem Verständnis für diese Argumente sollten wir uns auch immer darüber

im Klaren sein, dass Informations- und Datenlücken auf Dauer kein geeigneter Weg sind. Bisweilen erinnert mich dies an einen Kapitän, der auf hoher See auf Navigationshilfen verzichtet – im Vertrauen einzig auf seine Erfahrung und seinen gesunden Menschenverstand.

Kein wirtschaftlich geführtes Unternehmen kann sich sein einzelbetriebliches Management ohne Daten als Dokumentations-, Kontroll- und Analyseinstrument und als Grundlage für eine erfolgreiche Unternehmensplanung vorstellen. Kein Einzelunternehmen wird in schwierigen Zeiten auf derartige Hilfsmittel verzichten können, will es zukunftssichere Entscheidungen fällen und das eigenen Unternehmen weiterentwickeln.

Und warum sollte es bei politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen grundsätzlich anders sein? Auch die Qualität derartiger Entscheidungen ist nicht zuletzt von einer umfassenden und möglichst objektiven Datenbasis als Informationsgrundlage abhängig. Hier sind die Zahlen der amtlichen Statistik äußerst hilfreich.

Die Statistik bietet darüber hinaus ein Instrument zur Evaluation von Entscheidungen, Förderprogrammen u. a. mehr. So liefert z. B. der alle zwei Jahre veröffentlichte Indikatorenbericht der amtlichen Statistik Kerninformationen über die nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Durch die Beobachtung und Fortschreibung einer Vielzahl von Indikatoren lassen sich zentrale Fragen beantworten, wie z. B.: In welchen Bereichen konnten die von der Politik gesetzten Ziel erreicht werden und welche Bereiche bleiben hinter den Erwartungen zurück? Wo bedarf es einer „Nachjustierung“ politischer Entscheidungen?

Gerade in unserer zunehmend pluralistischeren Gesellschaft ist ein faktenbasiertes Datenmaterial als „Diskussionsplattform“ äußerst hilfreich, um der fortschreitenden Polarisierung entgegen zu wirken, zu einer Versachlichung beizutragen und politische Schlagworte, wie z. B. „Generationengerechtigkeit“, mit konkreten Indikatoren zu untersetzen. An Hand derer lassen sich sodann auch die Entwicklungslinien in unserem Land beobachten und steuern. Nur so kann Zukunft gelingen!

Soll die Statistik dies umfassend leisten, bedarf es jedoch zweifelsohne noch der Weiterentwicklung der Aussagekraft des statistischen Systems insgesamt. Zu denken ist hier z. B. an die aktuelle Fragestellung, wie (und ob) sich der Wohlstand eines Landes durch Zahlen und Fakten umfassender abbilden lässt als es derzeit das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dessen Wachstumsraten allein zu leisten vermag. Hier verzahnen sich fachsta-

tistische und gesamtgesellschaftliche Diskussionen auf fruchtbringende Weise.

Statistik in der Mitte der Gesellschaft als wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument – das ist das Bild der amtlichen Statistik der Zukunft.

Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] 20 Jahre Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 1992 bis 2011, Kamenz 2012

Attraktivität des sächsischen Hochschulstandortes gemessen an der Herkunft der Studienanfänger

Vorbemerkungen

Warum in Sachsen studieren? Der Freistaat hat traditionsreiche und leistungsstarke Hochschulen. Das breit gefächerte Studienangebot der Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen bietet große Auswahlmöglichkeiten für Studieninteressierte. Die Landesregierung wirbt unter dem Motto „Pack dein Studium. Am besten in Sachsen“. Ausreichend Studienplätze in hervorragender Qualität, gute Betreuungsrelationen, moderne Hochschulbauten und Wohnheimplätze sowie das gebührenfreie Studium sind für Abiturienten aus anderen Bundesländern gute Gründe, in Sachsen zu studieren. [1] Hintergrund der Kampagne ist der Hochschulpakt 2020. In diesem Pakt hat sich der Freistaat verpflichtet, mit einer hohen Zahl von Studienplätzen die westdeutschen Flächenländer zu entlasten. [2] Während in Sachsen sich die Auswirkungen der Abwanderung und des Geburtenknicks nach der Wende zeigen, steigt die Zahl der Studienberechtigten in westlichen Bundesländern auch auf Grund der doppelten Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht an. Gleichzeitig sollen mehr Jugendliche aus Sachsen dazu animiert werden, die sächsischen Hochschulen bei der Wahl ihres Studienortes in Betracht zu ziehen.

Der Wettbewerb zwischen den Hochschulen nimmt nicht nur national, sondern auch international zu. Der Bologna-Prozess [3] verstärkt den Wettbewerb weiter. Von großer Bedeutung für die Hochschulen ist deshalb der Anteil der Studierenden mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Mit zunehmender Internationalisierung und Globalisierung gilt die Zahl der ausländischen Studierenden als Kriterium für die Leistungsentwicklung der Hochschulen.

Mit diesem Beitrag werden die Studienanfänger nach deren Herkunft untersucht. Dabei wird die Herkunft unterschieden nach dem Land Sachsen, anderen Bundesländern und

dem Ausland (Bildungsausländer). Die jeweiligen Anteile der Studienanfänger nach der Herkunft sollen Auskunft über die Attraktivität der sächsischen Hochschulen geben.

Methodische Erläuterungen

Grundlage für die Auswertung der Erstmatrikulierten ist die Hochschulstatistik. Als Studienanfänger werden Studierende im ersten Hochschulsemester an einer deutschen Hochschule bezeichnet.

Für die Bestimmung der Herkunft der deutschen und ausländischen Studierenden dienen die Merkmale „Ort und Art des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung“ und die „Staatsangehörigkeit“. Eine Besonderheit besteht bei den ausländischen Studierenden. Sie werden in Bildungsinländer und -ausländer unterschieden. Bildungsinländer sind Studierende, die eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, aber in Deutschland aufgewachsen sind und deshalb ihre Hoch-

schulzugangsberechtigung (HZB) in Deutschland erworben haben. Sie werden in diesem Beitrag wie Deutsche behandelt.

Bildungsausländer sind Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Ausland aufgewachsen sind, dort ihre HZB erworben haben und zum Studieren nach Deutschland kommen. Studienwillige aus dem Ausland können auch durch den Besuch eines Studienkollegs eine deutsche HZB erwerben.

Bildungsausländer, die sich erstmalig an einer deutschen Hochschule einschreiben, werden statistisch als Studienanfänger im ersten Hochschulsemester erfasst.

Starker Rückgang der Studienberechtigten 2010 in Sachsen

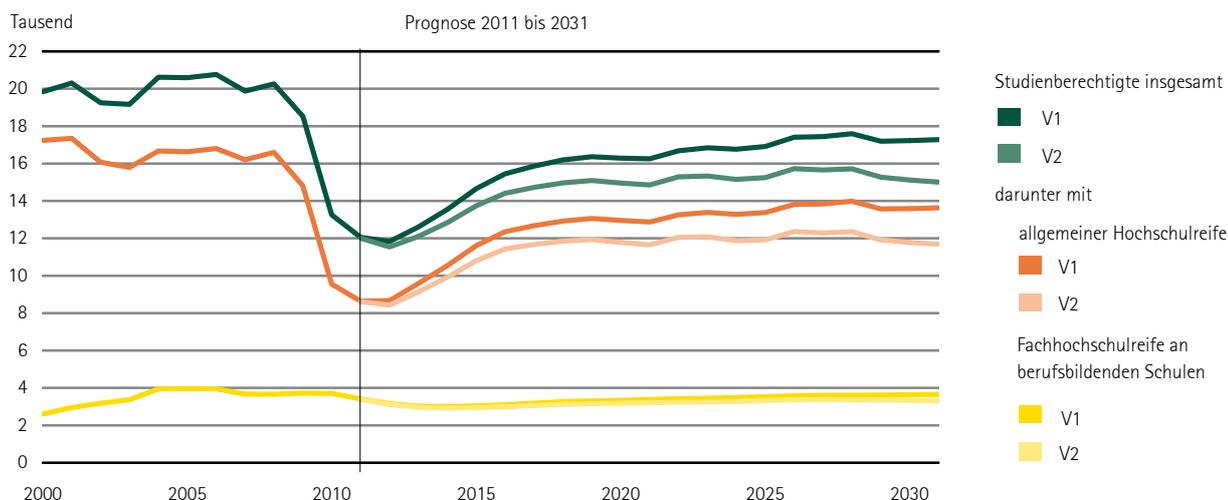
Die Betrachtung der sächsischen Studienberechtigten ist ein wichtiger Aspekt bei der Darstellung der Entwicklung von Studierendenzahlen der Hochschulen in Sachsen. Auf

Tab 1 Studienberechtigtenquote 2000 bis 2010

Jahr	Studienberechtigter Schulabgänger in Sachsen	Studienberechtigtenquote ¹⁾ in %		
		Sachsen	Neue Bundesländer einschließlich Berlin	Deutschland
2000	19 844	33,0	34,5	37,2
2001	20 297	33,8	28,1	36,1
2002	19 254	32,9	34,2	38,2
2003	19 165	33,2	34,7	39,2
2004	20 619	36,3	37,2	41,5
2005	20 594	36,8	37,9	42,5
2006	20 759	37,2	38,5	43,0
2007	19 878	37,0	42,2	44,4
2008	20 260	39,8	43,5	45,2
2009	18 523	42,2	43,2	46,5
2010	13 257	38,0	41,7	49,0

1) bis 2005 Durchschnitt der 18- bis unter 21-jährigen Bevölkerung am 31.12. des jeweiligen Vorjahres, seit 2006 Quotensummenverfahren

Abb. 1 Studienberechtigte 2000 bis 2031



Quelle: Schüler- und Absolventenprognose des Freistaates Sachsen bis zum Schuljahr 2030/31 auf der Basis der zwei Varianten (V1, V2) der 5. Regionalisierten Bevölkerungsvorhersage.

Grund der demografischen Entwicklung ist die Zahl der Studienberechtigten stark zurückgegangen. 2010 verließen rund 13 300 Schulabgänger die Schule mit allgemeiner Hoch- bzw. Fachschulreife. Das waren 28 Prozent weniger als 2009 (vgl. Tab. 1). Damit sank die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger auf den niedrigsten Stand seit 1993. Laut der Schüler- und Absolventenprognose 2011 für den Freistaat Sachsen [4] wird diese Zahl noch weiter auf 12 000 im Jahr 2012 zurückgehen. Danach wird ein deutlicher Zuwachs erwartet. Bis 2026 bzw. 2028 werden entsprechend der unteren Variante V2 und der oberen Variante V1 der Prognose im Vergleich zu 2012 die Zahlen um ein Drittel bzw. um die Hälfte auf voraussichtlich 16 000 bis rund 18 000 steigen (vgl. Abb. 1). Die meisten Studienberechtigten wurden 1997 mit 21 100 registriert. Die 20 000-Marke wird in den nächsten 20 Jahren nicht mehr erreicht.

Studienberechtigtenquote in Sachsen weit unter der Deutschlandquote

Der Anteil der studienberechtigten Schulabgänger an der gleichaltrigen Bevölkerung wird durch die Studienberechtigtenquote dargestellt. Für die Bestimmung dieser Quote wird künftig bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in Abstimmung mit der Kommission für Statistik der Kultusministerkonferenz eine veränderte Berechnungsmethodik verwendet. Das neu eingeführte Quotensummenverfahren für die Studienberechtigtenquote weist Stabilität gegenüber Änderungen in den Altersstrukturen auf. Da-

bei wird der Anteil an der Bevölkerung des entsprechenden Alters für jeden einzelnen Jahrgang errechnet und zu einer Quote über alle Jahrgänge addiert.

Die Studienberechtigtenquote in Sachsen ging trotz sinkender Bevölkerungszahlen in den entsprechenden Altersjahrgängen 2010 gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozentpunkte zurück und lag mit 38 Prozent immer noch über dem Niveau des Jahres 2007. Deutschlandweit erhöhte sich diese Kennzahl in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Vergleich zum Vorjahr stieg sie 2010 um 3 Prozentpunkte auf 49 Prozent. Damit war die Studienberechtigtenquote in Sachsen um 11 Prozentpunkte niedriger als im gesamten Bundesgebiet.

43 Prozent der Studienanfänger sind „Landeskinder“

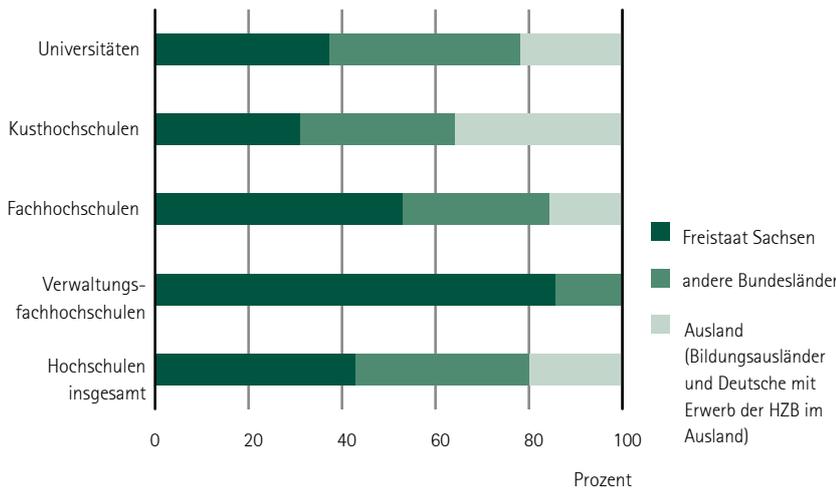
Im Jahr 2010 begannen 20 269 Studienberechtigte erstmals ein Studium an einer sächsischen Hochschule. Darunter waren 8 695 Jugendliche, die ihre Hochschulreife in Sachsen erworben haben (vgl. Tab. 2). Damit waren 2010 insgesamt 43 Prozent der Studienanfänger „Landeskinder“. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich dieser Anteil um 4 Prozentpunkte. Im Jahr 2000 wurden noch 61 Prozent verzeichnet, die nach dem Erwerb der Studienberechtigung in Sachsen auch zum Studium in Sachsen blieben. Es entschieden sich 2010 weniger Frauen als Männer aus Sachsen für die Aufnahme eines Studiums in Sachsen. Während bei den

Tab. 2 Studienanfänger an sächsischen Hochschulen 2000 bis 2010

Jahr	Insgesamt	HZB-Erwerb in Sachsen	Anteil in %	HZB-Erwerb in anderen Bundesländern	Anteil in %	Bildungsausländer ¹⁾	Anteil in %
2000	18 013	11 043	61,3	4 746	26,3	2 224	12,3
2001	19 158	11 542	60,2	4 956	25,9	2 660	13,9
2002	20 087	11 434	56,9	5 455	27,2	3 198	15,9
2003	21 792	11 839	54,3	6 642	30,5	3 308	15,2
2004	20 464	11 012	53,8	5 879	28,7	3 573	17,5
2005	19 940	10 402	52,2	6 035	30,3	3 503	17,6
2006	18 600	9 677	52,0	5 456	29,3	3 465	18,6
2007	20 847	10 524	50,5	6 935	33,3	3 388	16,3
2008	20 659	10 165	49,2	6 787	32,9	3 706	17,9
2009	21 616	10 210	47,2	7 474	34,6	3 930	18,2
2010	20 269	8 695	42,9	7 541	37,2	4 033	19,9

1) einschließlich Deutsche mit Erwerb der HZB im Ausland

Abb. 2 Studienanfänger 2010 nach Hochschularten und Herkunft



Ein Fünftel der Studienanfänger aus benachbarten Bundesländern

Im Jahr 2010 setzte sich der Aufwärtstrend der Studienanfängerzahlen aus anderen Bundesländern fort. Erstmals nahmen 7 541 junge Frauen und Männer ein Studium in Sachsen auf, die ihre HZB in Deutschland und außerhalb von Sachsen erworben haben (vgl. Tab. 2). Damit ist ein neuer Höchststand dieser Zahl erreicht. Im Vergleich zu 2000 entschieden sich somit knapp 2 800 Studienanfänger mehr aus anderen Bundesländern für ein Studium in Sachsen.

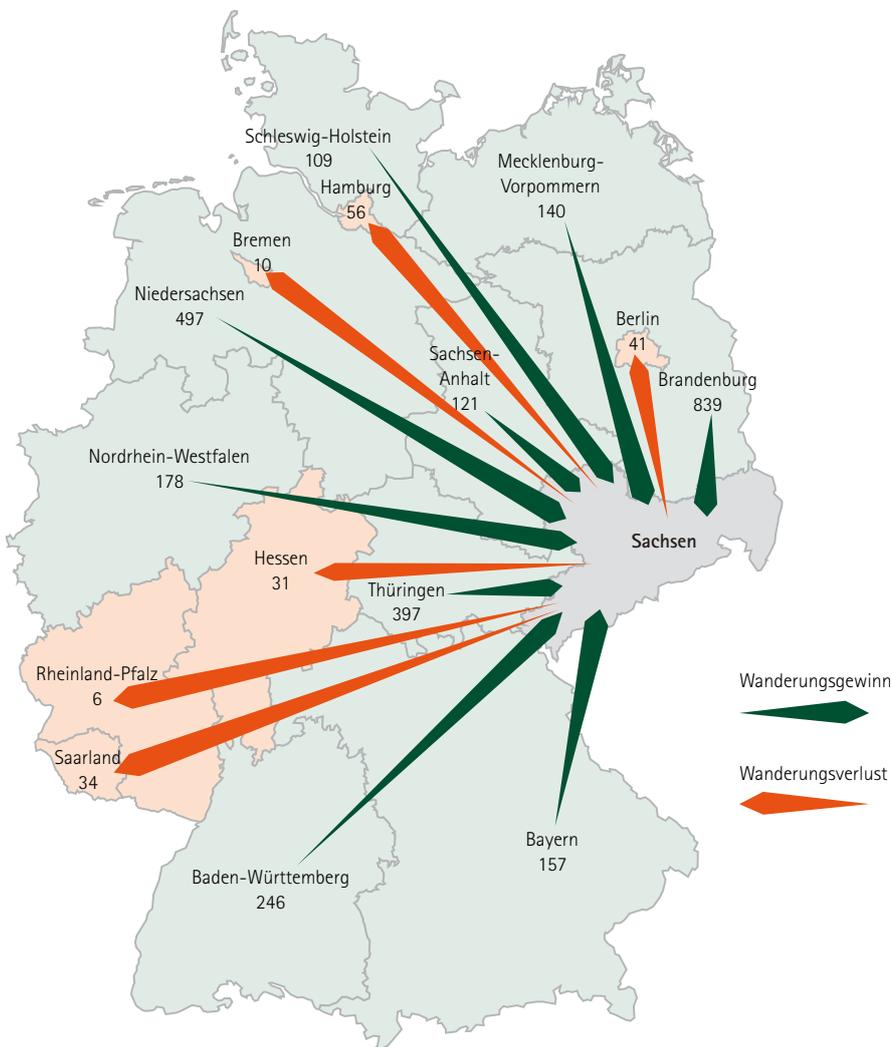
2010 betrug der Anteil der sächsischen Studienanfänger mit dem Erwerb der HZB in einem anderen Bundesland 37 Prozent. Vor zehn Jahren kam nur reichlich ein Viertel der Studienanfänger aus einem anderen Land Deutschlands.

Mehr zugewanderte Frauen als Männer nutzen die sächsischen Studienangebote. Von den Studienanfängerinnen 2010 in Sachsen kamen 38 Prozent aus einem anderen Bundesland. Bei den jungen Männern dagegen betrug der Anteil 2 Prozentpunkte weniger. Die Studienanfänger aus Thüringen bildeten in den letzten zehn Jahren meist die größte Gruppe von Studierenden aus anderen Bundesländern in Sachsen. 2010 kamen 1 261 Erstimmatrikulierte aus Thüringen, 1 174 aus Brandenburg, 1 000 aus Sachsen-Anhalt und 674 aus Bayern. Der Anteil der Studienanfänger aus den vier angrenzenden Ländern betrug 20 Prozent. Er erhöhte sich in den letzten zehn Jahren um 3 Prozentpunkte.

Wanderungsbewegungen finden auch in die andere Richtung statt. Studienberechtigte, die ihre HZB in Sachsen erworben haben, studierten in einem anderen Bundesland. Die Differenz der Zu- und Abwanderungen in und aus einem Bundesland ist das landesspezifische Wanderungssaldo. Sachsen hat 2010 das vierte Jahr in Folge insgesamt eine positive Wanderungsbilanz mit 2 506 Studienanfängern. Negative Werte ergaben sich bei der Differenzbildung mit den Ländern Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland maximal im zweistelligen Bereich (vgl. Abb. 3).

Die innerdeutsche Wanderungssaldo beschreibt die Wanderungsbewegungen zwischen allen Bundesländern. Anhand der Wanderungsbilanz wird deutlich, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre HZB in anderen Ländern erworben haben. Den höchsten Wanderungsgewinn der Studienanfänger 2010 wies Hamburg mit 4 120 Erstimmatrikulierten auf, gefolgt von Berlin mit 2 846. An dritter Stelle im bundesweiten Ranking der Wanderungssalden konnte sich Sachsen (2 506) einreihen. Die Länder Niedersachsen und Thüringen verzeichneten dagegen

Abb. 3 Wanderungsbilanz der Studienanfänger 2010

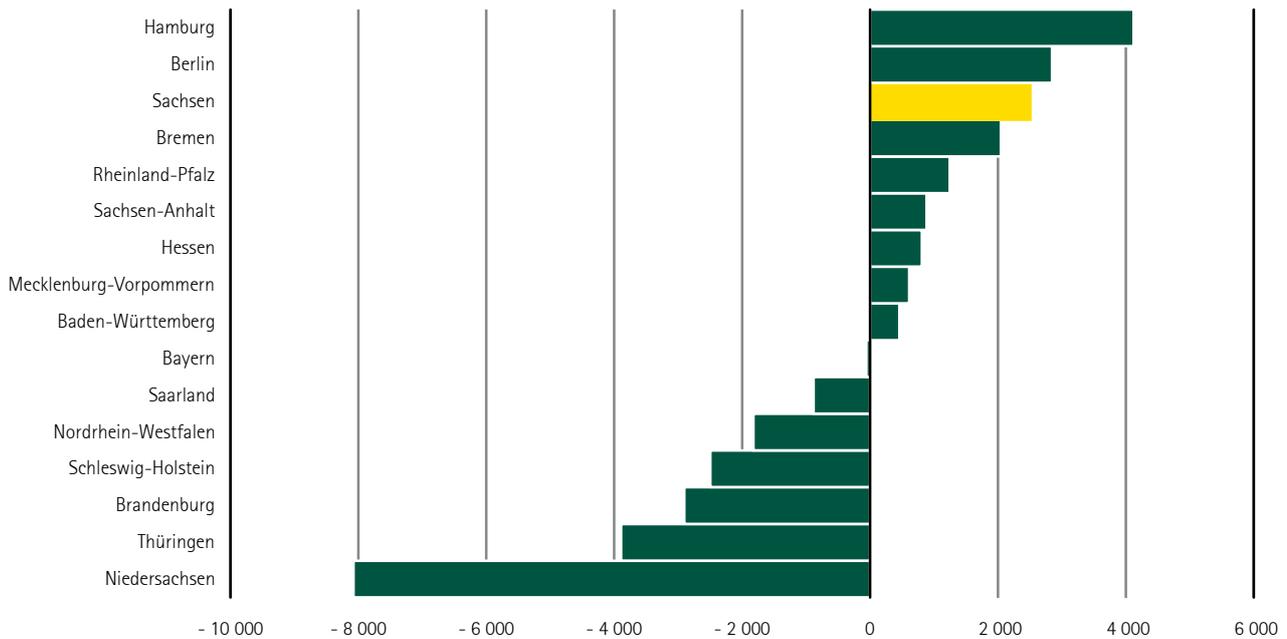


Kartengrundlage: ©Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2010

männlichen Studienanfängern an sächsischen Hochschulen 45 Prozent (4 900) aus Sachsen kamen, wurden nur 40 Prozent bei den Frauen (3 700) registriert. Die Verwaltungshochschulen verzeichneten mit 86 Prozent den größten Anteil an „Lan-

deskindern“, gefolgt von den Fachhochschulen mit mehr als die Hälfte (53 Prozent). An sächsischen Universitäten kamen reichlich ein Drittel der Studienanfänger (37 Prozent) und an Kunsthochschulen weniger als ein Drittel (31 Prozent) aus Sachsen (vgl. Abb. 2).

Abb. 4 Innerdeutscher Wanderungssaldo der Studienanfänger 2010



Wanderungsverluste in Höhe von 8 077 bzw. 3 892 (vgl. Abb. 4). 2005 stand Sachsen nur an siebenter Stelle mit einem Plus von 785 Studienanfängern im Vergleich der Bundesländer bei den Wanderungsbewegungen. Die sächsischen Universitäten sind besonders anziehend für die Studienanfänger aus anderen Bundesländern. 41 Prozent von ihnen nahmen 2010 ein universitäres Studium auf. 33 bzw. 31 Prozent schrieben sich an einer sächsischen Kunst- bzw. Fachhochschule ein und 14 Prozent an einer Verwaltungsfachhochschule (vgl. Abb. 2).

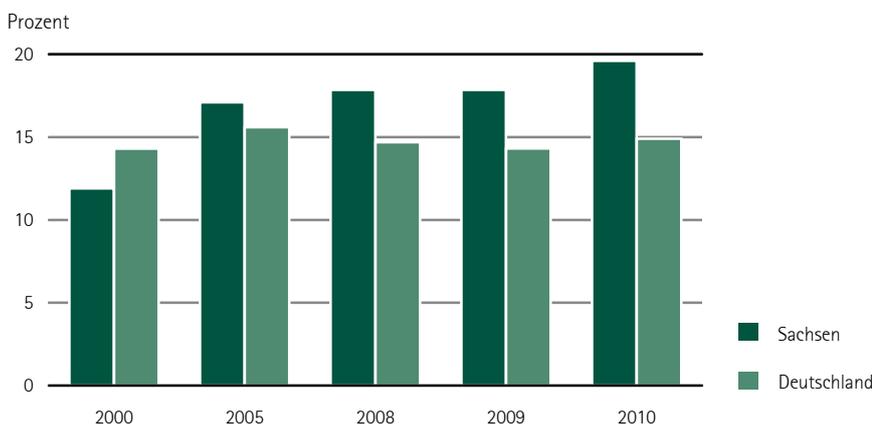
Ein Fünftel der Studienanfänger sind Bildungsausländer

Im Zuge des Bologna-Prozesses hat sich der internationale Austausch unter angehenden Nachwuchswissenschaftlern erheblich aus-

geweitet. 2010 schrieben sich 4 033 Studienanfänger, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben, an Sachsens Hochschulen erstmalig ein (vgl. Tab. 2). Davon waren 3 967 Bildungsausländer und 66 Deutsche. Gegenüber dem Vorjahr wurden 3 Prozent mehr Bildungsausländer registriert. Der Anteil der Bildungsausländer bei den Erstimmatrikulierten lag bei knapp 20 Prozent. Er hat sich gegenüber 2009 um 2 Prozentpunkte erhöht und erreichte damit einen neuen Höchststand (vgl. Abb. 5). Zehn Jahre zuvor betrug der Anteil der Bildungsausländer nur 12 Prozent. Innerhalb der einzelnen Hochschularten differierten 2010 die Anteile der Bildungsausländer bei den Studienanfängern erheblich. Den höchsten Anteil wiesen die Kunsthochschulen mit 36 Prozent auf. An den Universitäten und den Fachhochschulen lagen die

Anteile bei 22 bzw. 16 Prozent. Im zeitlichen Verlauf hat sich der Anteil der erstimmatrikulierten Bildungsausländer bei den Fachhochschulen am stärksten erhöht. Im Vergleich zu 2000 verdreifachte er sich fast (vgl. Abb. 2). In Sachsen lag der Anteil der Bildungsausländer bei den Studienanfängern 2010 deutlich über den Deutschlandwert von 14,9 Prozent (vgl. Abb. 5). Seit 2004 liegt Sachsen beim Anteil der Bildungsausländer über dem Deutschlandwert. Innerhalb Deutschlands liegt Sachsen beim Vergleich der Anteile der erstimmatrikulierten Bildungsausländer mit anderen Bundesländern auf einem hervorragenden zweiten Platz (vgl. Abb. 6). Studienanfänger aus Österreich bildeten mit einem Anteil von 15 Prozent an allen Bildungsausländern in Sachsen die größte Gruppe ausländischer Erstimmatrikulierter im Jahr 2010, gefolgt von Studienanfängern aus China mit 9 Prozent. Absolut nahmen aus Österreich und China 606 bzw. 340 junge Männer und Frauen ein Studium in Sachsen erstmals auf, gefolgt von den Studienanfängern aus Frankreich (206), der Russischen Föderation (195), Polen (187) und Spanien (186).

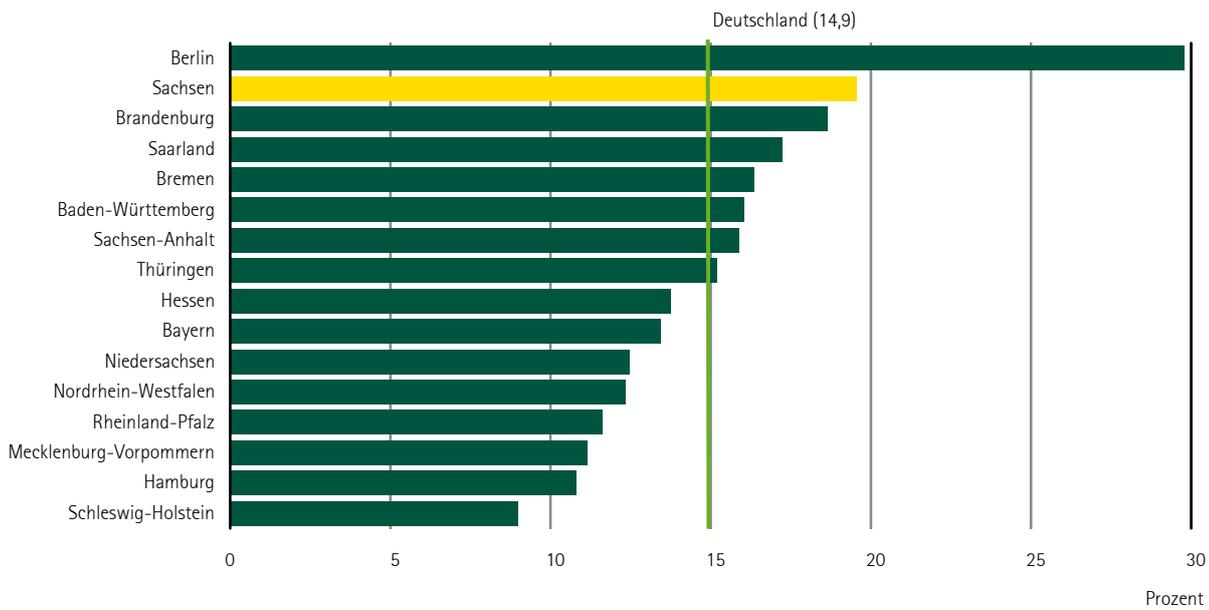
Abb. 5 Anteil der Bildungsausländer an den Studienanfängern



Ausblick

„Der Freistaat hat es in kürzester Zeit geschafft, seine Attraktivität als Hochschulstandort zu nutzen, um mehr Studierende anzuwerben und seine Verpflichtungen aus dem Hochschulpakt zu erfüllen.“ [5] Nach Jahren eines gleichbleibenden Niveaus

Abb. 6 Erstimmatriulierte Bildungsausländer 2009 nach Bundesländern



der Studienberechtigtenzahl in Sachsen kommen derzeit die halbierten Geburtsjahrgänge der frühen 1990er Jahre an den Hochschulen an.

Nach den Ergebnissen der Bildungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder der Ausgabe 2010 wird sich insgesamt in den ostdeutschen Flächenländern der Rückgang bei den Studienberechtigten negativ auswirken und sich in sinkenden Studienanfängerzahlen widerspiegeln. Ohne Berücksichtigung des Hochschulpaktes werden sich die Studienanfängerzahlen nach der Basisvariante der Vorausberechnung bis 2025 um etwa ein Fünftel verringern. [6] Neben dem demografischen Wandel werden auch die Globalisierung, die Akademisierungstendenzen, der beginnende Fachkräftemangel und die restriktiven finanziellen Rahmen-

bedingungen die sächsischen Hochschulen verstärkt herausfordern. Der „Sächsische Hochschulentwicklungsplan bis 2020“ [5] gibt die Richtung der weiteren Entwicklung vor, um das bestehende erhebliche Potential zur Kompensation des demografisch bedingten Rückgangs der Studienanfängerzahlen zu erschließen. Die Bildungspolitiker rechnen mit einem Absinken der Studienanfängerzahl von 20 000 auf etwa 17 000 Studienanfänger. Im nächsten Jahrzehnt wird damit ein Rückgang von maximal 15 Prozent erwartet.

Felicitas Klemm, Dipl.-Ing.,
Referentin Analyse Bildung, Kultur, Rechtspflege
Alrun Klinger,
Sachbearbeiterin, Referentenbereich Analyse Bildung, Kultur, Rechtspflege

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Vgl. unter: <http://www.pack-dein-studium.de>
- [2] Vgl. unter: <http://www.bmbf.de/de/6142.php>
- [3] Vgl. unter: <http://www.bmbf.de/de/3336.php>
- [4] Schüler- und Absolventenprognose 2011, Statistisch betrachtet, Kamenz 2011
- [5] Der sächsische Hochschulentwicklungsplan bis 2020, Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen unter: http://www.studieren.sachsen.de/download/Hochschulentwicklungsplan_2020.pdf
- [6] Vorausberechnung der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2010

Die Einkünfte der sächsischen Steuerpflichtigen und deren Besteuerung

Die Einkommensteuerstatistik als Abbild der Einkünfte und deren Besteuerung

Der Begriff Einkommensteuer ruft bei weiten Teilen der Bevölkerung unwillkürlich ein Gefühl des Unbehagens hervor. Doch wie viel Steuern zahlt der Einzelne wirklich? Aus welchen Arten von Einkünften setzt sich das Einkommen zusammen? Und wie sind die Einkünfte verteilt?

Umfassende Antworten auf diese Fragen liefert die Einkommensteuerstatistik. Sie bildet die steuerlichen Tatbestände, d. h. unter anderem die Einkünfte nach Einkunftsarten, das zu versteuernde Einkommen sowie die festgesetzte Einkommensteuer nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte für alle Steuerpflichtigen in Sachsen ab. Die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik dienen zugleich den fiskalpolitischen Aufgaben der Lohnsteuererlegung (Ermittlung der nicht vom Wohnsitzland der Steuerpflichtigen vereinnahmten Lohnsteuerbeträge) sowie der Berechnung des Verteilungsschlüssels für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Bei der Einkommensteuerstatistik handelt es sich um eine dreijährliche Sekundärstatistik mit bundesgesetzlicher Rechtsgrundlage. [1] Die Mehrheit der Angaben für den Freistaat Sachsen stammt aus den Einkommensteueranmeldungen der sächsischen Finanzämter. Die Daten der Steueranmeldungen werden dem Statistischen Landesamt von der Landesfinanzverwaltung elektronisch in anonymisierter Form übermittelt. Als Erhebungsunterlagen für Steuerpflichtige, die dem Lohnsteuerabzug unterliegen und keine Veranlagung zur Einkommensteuer durchführen, dienen die elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen der Arbeitgeber¹⁾.

Die zeitliche Verzögerung zwischen dem Erhebungsjahr 2007 und der Ergebnisbereitstellung der Einkommensteuerstatistik beruht auf den großzügigen gesetzlichen Abgabefristen für Steuererklärungen. So werden den Statis-

tischen Landesämtern Veranlagungsdaten bis zum Herbst des dritten auf das Steuerjahr folgenden Jahres übermittelt.

Grundbegriffe der Einkommensteuerstatistik

Die Einkommensteuerstatistik bildet im Wesentlichen die unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen²⁾, d. h. natürliche Personen, die im Inland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, ab. Dabei werden zusammen veranlagte Ehegatten (Splitting)³⁾ als ein Steuerpflichtiger gezählt.

Die Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen gliedern sich in folgende Einkunftsarten:

1. Land- und Forstwirtschaft
2. Gewerbebetrieb
3. selbständige Arbeit
4. nichtselbständige Arbeit
5. Kapitalvermögen
6. Vermietung und Verpachtung
7. sonstige Einkünfte.

Einkünfte sind bei den ersten drei Einkunftsarten der Gewinn, bei den anderen Einkunftsarten der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten⁴⁾. Die Summe der Einkünfte⁵⁾, abzüglich der Entlastungsbeträge und bestimmter Verluste⁶⁾, ist der Gesamtbetrag der Einkünfte. Dieser, unter anderem vermindert um Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen, ergibt das zu versteuernde Einkommen⁷⁾. Daraus errechnet sich das zu versteuernde Einkommen⁸⁾, welches die Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Einkommensteuer⁹⁾ darstellt.

Zunahme der Steuerpflichtigen in Sachsen

Die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen stieg in Sachsen von knapp 1,4 Millionen im Jahr 2001 auf 1,6 Millionen Steuerpflichtige 2004 und betrug 2007 fast 1,8 Millionen (vgl. Tab. 1). Hier spielten sowohl Veränderungen in der Datenerfassungsgrundlage als auch gesamtwirtschaftliche Konjunkturverläufe eine Rolle. Aufschluss gestattet ein Blick auf die Entwicklung der Steuerpflichtigenzahlen mit und ohne Einkommensteueranmeldung¹⁰⁾. So sank die Zahl der veranlagten Steuerpflichtigen in Sachsen von 2001 bis 2004 und stieg danach wieder leicht an. Dies korrespondiert mit dem Verlauf der Erwerbstätigenzahl in Sachsen [2] und scheint demnach konjunkturelle Gründe zu haben. Dagegen ist die deutliche Zunahme der Steuerpflichtigen ohne Einkommensteueranmeldung von 2001 zu 2004 erhebungsmethodisch bedingt. Die Steigerungen beruhen auf der Umstellung von Papierlohnsteuerkarten auf elektronische Lohnsteuerbescheinigungen, was zu einer verbreiterten Datenbasis der Einkommensteuerstatistik führte. Der Zuwachs der Steuerpflichtigen ohne Einkommensteueranmeldung von 2004 zu 2007 kann durchaus in der günstigeren Arbeitsmarktlage, vor allem im Bereich geringfügiger, nicht veranlagungsrelevanter Beschäftigungsverhältnisse gesucht werden.

Einkommensteuerstatistik zeigt veränderte Lebensformen

Die Betrachtung der Einkommensteuerstatistik nach Veranlagungsart (Grund- oder Splittingtabelle) ist zugleich ein Blick auf sich verändernde Lebensformen. Die Zahl der nach Grundtabelle besteuerten Sachsen nahm von 705 000 im Jahr 2001 auf 1,2 Millionen Steuerpflichtige (davon rund 90 Prozent Singles und lediglich zehn Prozent einzeln veranlagte Ehepartner) im Jahr 2007

Tab. 1 Eckwerte der Einkommensteuerstatistik nach Erhebungsjahren

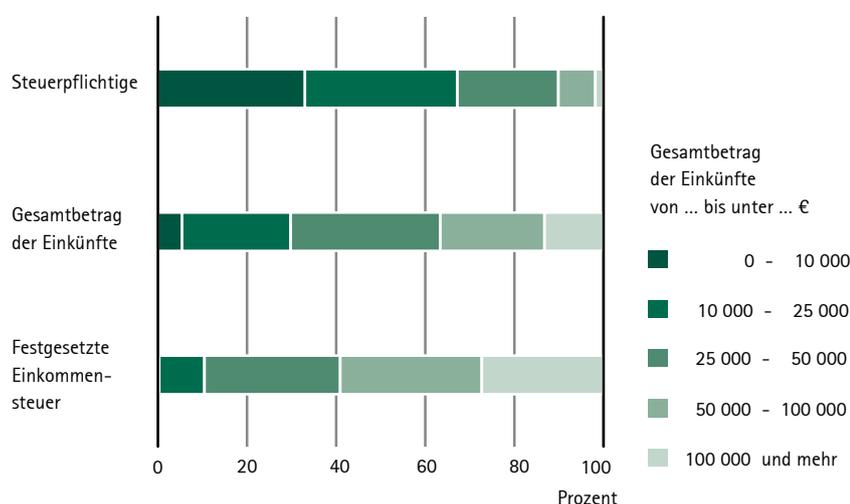
Merkmal	2001	2004	2007
Anzahl			
Unbeschränkt Steuerpflichtige	1 383 393	1 598 522	1 782 635
davon			
mit Einkommensteuerveranlagung	1 283 475	1 213 693	1 223 577
ohne Einkommensteuerveranlagung ¹⁾	(101 249)	384 829	559 058
Steuerpflichtige, versteuert nach			
Grundtabelle	704 966	959 005	1 203 020
Splittingtabelle	678 427	639 517	579 615
davon			
Splittingtabelle 1 Einkommen ²⁾	108 740	123 486	78 145
Splittingtabelle 2 Einkommen ²⁾	560 295	516 031	501 470
Mill. €			
Einkünfte aus:			
Land- und Forstwirtschaft	95	100	126
Gewerbebetrieb	1 997	2 490	3 409
selbständiger Arbeit	1 664	1 878	2 251
nichtselbständiger Arbeit	28 611	31 486	34 152
Kapitalvermögen	313	182	472
Vermietung und Verpachtung	-505	-216	15
sonstigen Einkünften	641	647	1 650
Summe der Einkünfte	32 946	36 581	42 075
Gesamtbetrag der Einkünfte	32 907	36 472	41 934
Einkommen	26 916	30 705	36 574
Zu versteuerndes Einkommen	26 331	30 098	36 027
Festgesetzte Einkommensteuer	4 425	5 043	5 862

1) 2001 wurden Lohnsteuerkarten von Ehegatten zusammengeführt und so die Zahl der Steuerpflichtigen ermittelt.
Zur besseren Vergleichbarkeit der Jahre 2001 bis 2007 sind in dieser Aufstellung bereits für 2001 die Steuerfälle ausgewiesen.
2) 2001 ohne Nullfälle

zu (vgl. Tab. 1). Das ist eine Steigerung um 71 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der nach Splittingtabelle Besteuernden (zusammen veranlagte Ehepartner) um 15 Prozent auf 580 000 Steuerpflichtige. Von

den sächsischen Ehepaaren, die 2007 nach Splittingtabelle veranlagt wurden, waren lediglich 13 Prozent Allein- und 87 Prozent Doppelverdienerpaare.

Abb. 1 Unbeschränkt Steuerpflichtige, deren Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2007 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte



Einkünfte und Steuerbelastung 2007

1,8 Millionen Steuerpflichtige erzielten 2007 im Freistaat Sachsen 41,9 Milliarden € Einkünfte (vgl. Tab. 2). Nach Abzug aller Freibeträge verblieb ein zu versteuerndes Einkommen von 36,0 Milliarden €. Darauf setzten die sächsischen Finanzämter insgesamt 5,9 Milliarden € Einkommensteuer bei knapp 1,2 Millionen Steuerpflichtigen fest. 630 000 Steuerpflichtige in Sachsen verfügten über so geringe Einkünfte bzw. konnten Abzugsbeträge geltend machen (hohe Werbungskosten, Verluste etc.), so dass keine Einkommensteuer festgesetzt wurde. Somit waren 35 Prozent aller Steuerpflichtigen mit einem positiven Gesamtbetrag der Einkünfte im Jahr 2007 nicht steuerbelastet.

Die durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigen lagen im Jahr 2007 bei 23 523 €. Die Steuerbelastung betrug im Schnitt 5 087 € je Steuerpflichtigen bzw. 14 Prozent der Einkünfte. Die Verteilung des Gesamtbetrags der Einkünfte wies für 2007 einen Median¹¹⁾ von 16 480 € je Steuerpflichtigen aus, d. h. genau die Hälfte aller Steuerpflichtigen in Sachsen erzielte Jahreseinkünfte bis zu diesem Betrag; die andere Hälfte lag mit ihren Einkünften darüber.

Verteilung der Einkünfte

2007 erzielte jeder dritte Steuerpflichtige in Sachsen weniger als 10 000 € Jahreseinkünfte (vgl. Abb. 1 und Tab. 2). Diese waren jedoch weitgehend steuerfrei. 83 Prozent aller Steuerpflichtigen in dieser Einkommensgruppe waren nicht steuerbelastet. Die durchschnittliche Steuerbelastung bezogen auf die Gesamteinkünfte betrug für diese Gruppe lediglich 0,7 Prozent. Ein weiteres Drittel der Steuerpflichtigen erreichte Einkünfte von 10 000 bis unter 25 000 €. Auf diese Gruppe entfielen 10,2 Milliarden € bzw. 24 Prozent der Gesamteinkünfte aller Steuerpflichtigen im Freistaat. Steuerpflichtige mit Einkünften von 10 000 bis unter 25 000 € trugen mit 596,5 Millionen € ein Zehntel zur festgesetzten Einkommensteuer bei. Ihre durchschnittliche Steuerbelastung lag bei sechs Prozent der Einkünfte. 23 Prozent der sächsischen Steuerpflichtigen verfügten 2007 über Jahreseinkünfte von 25 000 bis unter 50 000 €. Das waren insgesamt 14,1 Milliarden € bzw. ein Drittel der Gesamteinkünfte im Freistaat. Diese Gruppe erbrachte mit 1,8 Milliarden € 30 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer bei einer durchschnittlichen Belastung von 13 Prozent der Einkünfte. Der Einkünftegruppe von 50 000 bis unter 100 000 € konnte noch jeder zwölfte Steuerpflichtige zugeordnet werden. Diese erzielten mit insgesamt 9,8 Milliarden € 23 Prozent der säch-

Tab. 2 Steuerliche Eckwerte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... €	Gesamtbetrag der Einkünfte		Zu versteuerndes Einkommen	Festgesetzte Einkommensteuer				Durchschnittliche Steuerbelastung des Gesamtbetrags der Einkünfte
	Stpfl.	Mill. €	Mill. €	Stpfl.	Mill. €	€ je Stpfl.	Steuersatz in %	%
0	6 138	-	-3	-	-	-	-	-
1 - 5 000	378 760	727	599	52 174	5	87	0,8	0,6
5 000 - 10 000	203 084	1 545	1 221	49 429	12	249	1,0	0,8
10 000 - 15 000	238 657	2 956	2 345	163 225	75	460	3,2	2,5
15 000 - 20 000	207 533	3 617	3 008	158 734	221	1 391	7,3	6,1
20 000 - 25 000	163 673	3 665	3 066	147 271	301	2 041	9,8	8,2
25 000 - 30 000	128 852	3 530	3 008	127 253	358	2 813	11,9	10,1
30 000 - 35 000	99 334	3 218	2 790	98 821	384	3 884	13,8	11,9
35 000 - 40 000	75 695	2 829	2 465	75 384	380	5 047	15,4	13,5
40 000 - 45 000	56 524	2 396	2 097	56 315	344	6 100	16,4	14,3
45 000 - 50 000	44 150	2 092	1 845	44 010	319	7 249	17,3	15,2
50 000 - 60 000	62 176	3 395	3 023	61 983	568	9 156	18,8	16,7
60 000 - 70 000	37 646	2 433	2 173	37 545	451	12 018	20,8	18,5
70 000 - 80 000	23 650	1 765	1 517	23 579	355	15 055	23,4	20,1
80 000 - 90 000	15 076	1 276	1 090	15 020	274	18 238	25,1	21,5
90 000 - 100 000	9 968	944	814	9 943	214	21 545	26,3	22,7
100 000 - 125 000	13 595	1 507	1 311	13 539	370	27 314	28,2	24,5
125 000 - 250 000	14 613	2 414	2 158	14 521	684	47 095	31,7	28,3
250 000 - 500 000	2 730	890	815	2 699	290	107 454	35,6	32,6
500 000 - 1 Mill.	601	396	367	589	137	231 975	37,3	34,5
1 Mill. und mehr	180	339	319	177	121	684 814	38,0	35,7
Insgesamt	1 782 635	41 934	36 027	1 152 211	5 862	5 087	16,3	14,0

sischen Gesamteinkünfte und erbrachten mit 1,9 Milliarden € Einkommensteuer fast ein Drittel des steuerlichen Gesamtaufkommens. Die durchschnittliche Steuerbelastung betrug 19 Prozent der Einkünfte.

Spitzenverdiener erbringen hohen Anteil am Steueraufkommen

Knapp zwei Prozent der Steuerpflichtigen in Sachsen verfügten 2007 über mehr als 100 000 € Jahreseinkünfte. Zusammen erzielten diese Steuerpflichtigen 5,5 Milliar-

den € bzw. 13 Prozent der Gesamteinkünfte. Sie trugen mit 1,6 Milliarden € festgesetzter Einkommensteuer mehr als ein Viertel zum gesamten Steueraufkommen bei. Das entsprach einer durchschnittlichen Steuerbelastung von 29 Prozent der Einkünfte. 180 sächsische „Einkommensmillionäre“ verfügten 2007 im Schnitt über 1,9 Millionen € Einkünfte. Diese wurden mit 36 Prozent steuerlich belastet. Das waren durchschnittlich 685 000 €. Im Vergleich zu 2004 hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen mit Jahreseinkünften von mindestens 1 Million € in Sachsen

von ehemals 74 mehr als verdoppelt. Etwa jeder zweite „Einkommensmillionär“ lebte 2007 in einer der drei Kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden oder Leipzig. Bezogen auf die sächsische Bevölkerung gab es 4,3 „Einkommensmillionäre“ je 100 000 Einwohner. Die sogenannte Lorenzkurve in Abb. 2 zeigt die Verteilung der Jahreseinkünfte auf die Steuerpflichtigen in Sachsen 2007 nach der Höhe des Gesamtbetrags der Einkünfte. Die Kurve unterhalb der Gleichverteilungsgeraden veranschaulicht das Ausmaß an Ungleichverteilung. [3]

Tab. 3 Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige 2007 nach Einkunftsarten

Einkunftsart	Einkünfte					
	positiv		negativ		insgesamt	
	Stpfl.	Mill. €	Stpfl.	Mill. €	Stpfl.	Mill. €
Land- und Forstwirtschaft	6 011	134	1 971	-8	8 115	126
Gewerbebetrieb	179 191	3 536	35 807	-127	225 780	3 409
Selbständige Arbeit	68 107	2 269	7 893	-18	79 838	2 251
Nichtselbständige Arbeit	1 561 077	34 154	2 165	-1	1 583 183	34 152
Kapitalvermögen	162 821	478	6 358	-5	336 245	472
Vermietung und Verpachtung	104 914	379	80 331	-364	187 795	15
Sonstige Einkünfte	223 423	1 651	495	-1	245 798	1 650
Insgesamt	1 776 534	42 600	125 938	-524	1 782 635	42 075

Einkunftsart nichtselbständige Arbeit am häufigsten

Knapp neun von zehn sächsischen Steuerpflichtigen erzielten 2007 Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit¹²⁾ (vgl. Abb. 3 und Tab. 3). Diese stellten mit 81 Prozent der Gesamteinkünfte die wichtigste Einkunftsart dar. Jeder fünfte Steuerpflichtige bezog Einkünfte aus Kapitalvermögen, die lediglich ein Prozent der Gesamteinkünfte ausmachten. 13 Prozent der Steuerpflichtigen erzielten Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Auf diese Einkunftsart entfielen acht Prozent

Abb. 2 Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige 2007 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte (Lorenzkurve) in Prozent

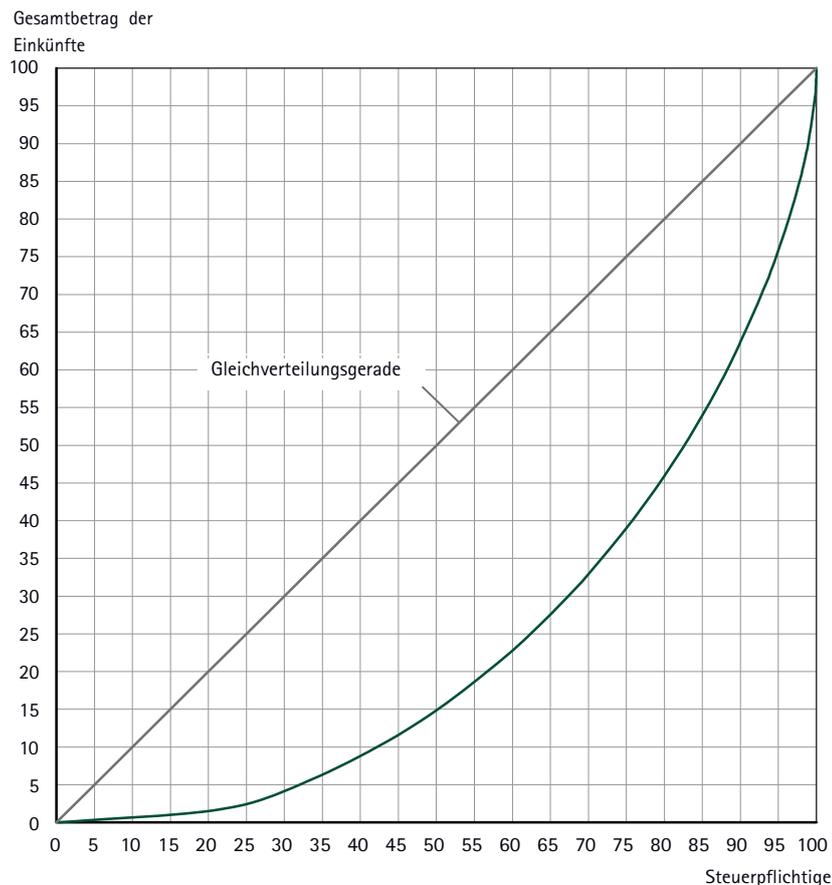


Abb. 3 Summe der Einkünfte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Einkunftsarten in Prozent



¹⁾ einschließlich Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft sowie Vermietung und Verpachtung

der Gesamteinkünfte. Jeder zehnte sächsische Steuerpflichtige gab Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung an. Bei dieser Einkunftsart lagen sachsenweit die Einnahmen (positive Einkünfte) nur knapp über den Ausgaben (negative Einkünfte), so dass die

Summe der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung lediglich 0,04 Prozent aller Einkünfte ausmachte. Ausgaben aus Vermietung und Verpachtung stellten 2007 in Sachsen 69 Prozent aller negativen Einkünfte dar; gefolgt von Verlusten aus Gewerbebetrieb mit

24 Prozent. Insgesamt standen 524,3 Millionen € negative Einkünfte bei 126 000 Steuerpflichtigen positiven Einkünften in Höhe von 42,6 Milliarden € bei knapp 1,8 Millionen Steuerpflichtigen gegenüber.

Höhe der Einkünfte aus selbständiger Arbeit deutlich vor anderen Einkunftsarten

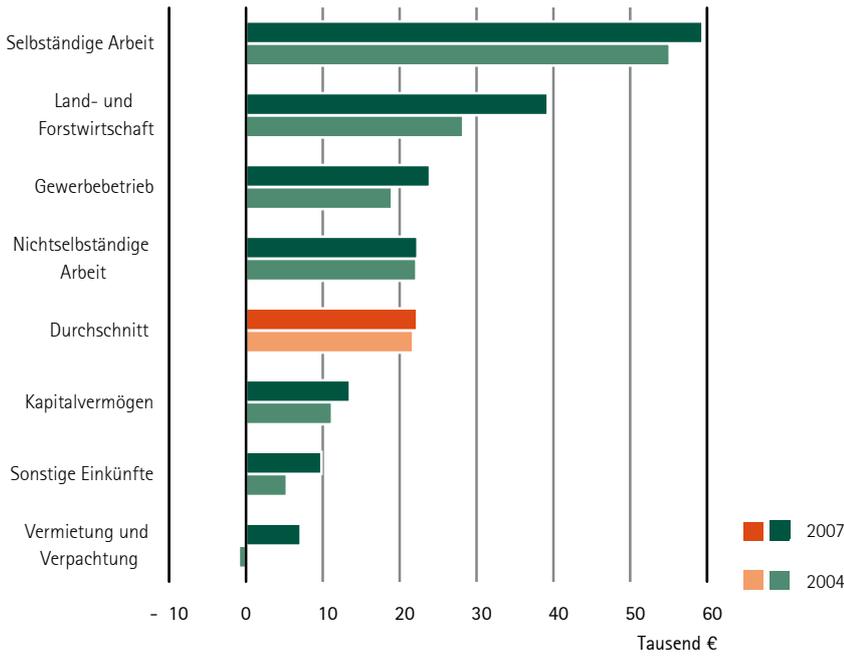
Die Auswertung der Einkünfte je Steuerpflichtigen nach überwiegender Einkunftsart zeigt, welche durchschnittlichen Einkünfte sich aus den verschiedenen Einkunftsarten erwirtschaften lassen (vgl. Abb. 4). Steuerpflichtige, die ihre Einkünfte überwiegend aus selbständiger Arbeit erzielten, erreichten 2007 im Durchschnitt 59 421 € Jahreseinkünfte aus dieser Einkunftsart. Diese Steuerpflichtigen waren als Selbständige unter anderem als Ärzte, Zahnärzte und Zahntechniker, Rechtsanwälte und Notare, Steuerberater oder freiberufliche Ingenieure tätig. Danach folgten überwiegende Jahreseinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft mit durchschnittlich 39 277 € und Einkünfte aus Gewerbebetrieb mit 23 931 €. Steuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit kamen 2007 auf Durchschnittseinkünfte von 22 321 €. Das entsprach lediglich 38 Prozent der durchschnittlich erzielten Jahreseinkünfte aus überwiegend selbständiger Arbeit.

Bemerkenswert sind die deutlich unterschiedlichen Zuwächse der verschiedenen Einkunftsarten. So stiegen seit 2004 die Durchschnittseinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft als überwiegende Einkunftsart um 39 Prozent und die aus Gewerbebetrieb um 26 Prozent. Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit nahmen um acht Prozent zu, während die Jahresdurchschnittseinkünfte aus überwiegend nichtselbständiger Arbeit mit einem minimalen Zuwachs von 0,7 Prozent nahezu stagnierten.

Durchschnittseinkünfte in der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen am höchsten

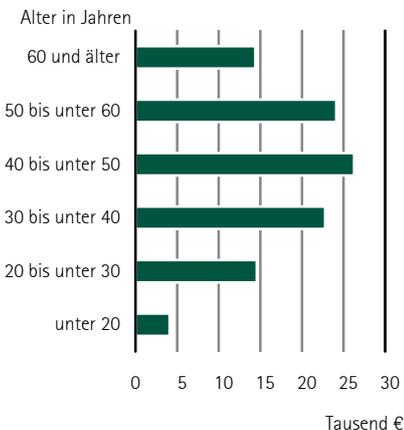
Die Auswertung der Einkünfte nach Altersgruppen zeigt zunächst einen Anstieg der durchschnittlichen Einkünfte je Steuerfall¹³⁾ mit zunehmendem Lebensalter, der in der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen seinen Höhepunkt erreicht (vgl. Abb. 5). So erzielten die 20- bis unter 30-Jährigen in der Lebensphase des beruflichen Einstiegs im Steuerjahr 2007 durchschnittliche Jahreseinkünfte von 14 579 €. Auf diese Altersgruppe entfielen zwölf Prozent der Steuerfälle mit positiven Einkünften, jedoch nur acht Prozent der insgesamt erzielten

Abb. 4 Durchschnittliche Einkünfte¹⁾ 2004 und 2007 nach überwiegender Einkunftsart



1) Positive und negative Einkünfte einschließlich Verlustfälle verrechnet.

Abb. 5 Durchschnittliche Summe der Einkünfte je Steuerfall 2007 nach Alter



Einkünfte. Die Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen (19 Prozent aller Steuerfälle) vereinnahmte mit durchschnittlichen Jahreseinkünften von 22 796 € zusammen ein Fünftel aller Einkünfte. Die höchsten Durchschnittseinkünfte wurden 2007 mit 26 260 € im Alter von 40 bis unter 50 Jahren erreicht. Steuerfälle dieser Altersgruppe repräsentierten 28 Prozent aller Steuerfälle und 34 Prozent aller Einkünfte. Die Gruppe der 50- bis unter 60-Jährigen, die ein Viertel aller Steuerfälle und 28 Prozent der Einkünfte ausmachte, kam im Schnitt auf 24 129 € Jahreseinkünfte je Steuerfall. In

der Lebensphase des beruflichen Ausstiegs (60 Jahre und älter) lagen die Jahresdurchschnittseinkünfte mit 14 405 € nah am Niveau der Berufseinsteiger (Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen).

Durchschnittseinkünfte der Männer deutlich über denen der Frauen

Markante Unterschiede weisen die Durchschnittseinkünfte nach Geschlecht aus (vgl. Abb. 6). Während männliche Einkommensbezieher im Jahr 2007 durchschnittliche Einkünfte von 21 017 € erzielten, lag dieser Wert für Frauen bei lediglich 15 840 €. Somit vereinnahmten Männer im Schnitt 5 177 € bzw. ein Drittel mehr als Frauen. Die Hälfte der männlichen Einkommensbezieher erzielte 2007 Einkünfte bis zu 15 827 € (Medianwert). Der Median aller weiblichen Einkommensbezieher betrug 12 030 € Jahreseinkünfte. Die Lageparameter arithmetisches Mittel und Median wiesen bei Männern größere Abstände aus als bei Frauen, d. h. die Summe der Einkünfte der Männer war in höherem Maße ungleich verteilt als die der Frauen. Im Zeitverlauf ist zudem festzustellen, dass die Differenz der Durchschnittseinkünfte männlicher zu weiblicher Einkommensbezieher deutlich angestiegen ist (von 3 908 € im Jahr 2001 auf 5 177 € im Jahr 2007).

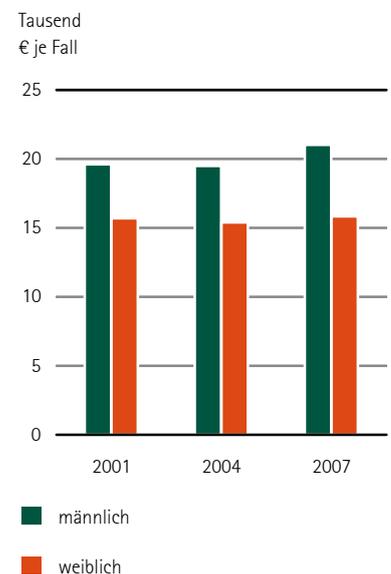
„Speckgürtel“ und strukturschwache Gebiete

Die sächsischen Steuerpflichtigen in den Kreisfreien Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz erzielten 2007 durchschnittliche Jahreseinkünfte von 24 665 € (vgl. Tab. 4). Das waren 1 655 € bzw. sieben Prozent mehr als die Durchschnittseinkünfte der Steuerpflichtigen in den Landkreisen, die sich auf 23 010 € beliefen. Die veranlagte Einkommensteuer betrug in den Kreisfreien Städten im Schnitt 5 770 € je Steuerpflichtigen bzw. knapp 16 Prozent der Gesamteinkünfte. Dagegen entrichteten die Steuerpflichtigen in den Landkreisen durchschnittlich 4 767 € (13 Prozent der Gesamteinkünfte).

Die höchsten durchschnittlichen Einkünfte erzielten im Vergleich der Kreisfreien Städte und Landkreise mit 25 963 € die Steuerpflichtigen der Landeshauptstadt Dresden. Entsprechend hoch war die Steuerbelastung mit durchschnittlich 6 122 € je Steuerpflichtigen bzw. 16 Prozent der Einkünfte. Über dem Sächsendurchschnitt des Gesamtbeitrags der Einkünfte (23 523 €) lagen zudem die Steuerpflichtigen der Landkreise Meißen (25 110 €), Leipzig (24 838 €) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (23 688 €) sowie die Steuerpflichtigen der Kreisfreien Städte Leipzig (23 839 €) und Chemnitz (23 598 €). Den niedrigsten Wert hinsichtlich der durchschnittlichen Gesamteinkünfte wies der Landkreis Görlitz mit 20 896 € aus. Hier wurden die Steuerpflichtigen im Schnitt mit 4 248 € Einkommensteuer (zwölf Prozent der Gesamteinkünfte) veranlagt.

Im Jahr 2007 lagen die Steuerpflichtigen von 137 sächsischen Gemeinden¹⁴⁾ hinsichtlich

Abb. 6 Durchschnittliche Summe der Einkünfte je Steuerfall nach Erhebungsjahren und Geschlecht



Tab. 4 Steuerliche Eckwerte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Kreisen und ausgewählten Gemeinden

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land Gemeinde	Gesamtbetrag der Einkünfte			Zu versteuerndes Einkommen	Festgesetzte Einkommensteuer			Steuer- satz	Durchschnittliche Steuerbelastung des Gesamtbetrags der Einkünfte
	Stpfl.	Mill. €	€ je Stpfl.	Mill. €	Stpfl.	Mill. €	€ je Stpfl.	%	
Chemnitz, Stadt	107 614	2 539	23 598	2 198	70 568	363	5 144	16,5	14,3
Erzgebirgskreis	157 850	3 411	21 612	2 871	97 225	405	4 163	14,1	11,9
Mittelsachsen	142 676	3 258	22 835	2 784	91 222	426	4 665	15,3	13,1
Vogtlandkreis	105 437	2 346	22 247	1 993	67 696	295	4 364	14,8	12,6
Zwickau	144 908	3 393	23 417	2 908	92 875	457	4 916	15,7	13,5
Direktionsbezirk Chemnitz	658 485	14 948	22 701	12 755	419 586	1 945	4 636	15,3	13,0
Dresden, Stadt	227 329	5 902	25 963	5 142	153 980	943	6 122	18,3	16,0
Bautzen	139 808	3 217	23 009	2 750	89 792	426	4 748	15,5	13,3
Görlitz	112 331	2 347	20 896	1 991	67 777	288	4 248	14,5	12,3
Meißen	108 039	2 713	25 110	2 334	71 121	396	5 570	17,0	14,6
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	109 662	2 598	23 688	2 214	71 180	351	4 930	15,8	13,5
Direktionsbezirk Dresden	697 169	16 777	24 064	14 431	453 850	2 404	5 297	16,7	14,3
Leipzig, Stadt	218 658	5 213	23 839	4 554	143 175	816	5 699	17,9	15,7
Leipzig	117 189	2 911	24 838	2 496	76 861	418	5 436	16,7	14,4
Nordsachsen	91 134	2 086	22 886	1 791	58 739	279	4 743	15,6	13,4
Direktionsbezirk Leipzig	426 981	10 209	23 910	8 841	278 775	1 512	5 425	17,1	14,8
Kreisfreie Städte insgesamt	553 601	13 654	24 665	11 893	367 723	2 122	5 770	17,8	15,5
Landkreise insgesamt	1 229 034	28 279	23 010	24 134	784 488	3 740	4 767	15,5	13,2
Sachsen	1 782 635	41 934	23 523	36 027	1 152 211	5 862	5 087	16,3	14,0
Darunter Gemeinden ¹⁾ nach durchschnittlichem Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen (absteigend sortiert)									
14 6 27 150 Moritzburg	3 699	134	36 248	117	2 592	26	9 899	21,9	19,1
14 7 29 250 Machern	3 127	107	34 075	93	2 223	20	8 856	21,1	18,5
14 7 29 260 Markkleeberg, Stadt	10 646	354	33 274	307	7 359	66	8 995	21,6	18,7
14 6 27 210 Radebeul, Stadt	14 976	495	33 021	428	10 378	91	8 726	21,2	18,3
14 7 29 190 Großpösna	2 509	80	31 695	69	1 750	13	7 607	19,4	16,7
14 6 28 050 Bannewitz	4 970	155	31 272	134	3 513	26	7 463	19,6	16,9
14 5 22 420 Niederwiesa	2 342	72	30 852	62	1 597	12	7 521	19,3	16,6
14 6 28 220 Kreischa	2 055	62	30 375	51	1 386	9	6 836	18,6	15,2
14 7 29 340 Parthenstein	1 690	50	29 439	43	1 160	8	6 978	18,9	16,3
14 7 29 070 Brandis, Stadt	4 100	120	29 340	104	2 855	20	6 907	18,9	16,4
...									
14 6 28 190 Hohnstein, Stadt	1 578	30	19 231	25	972	3	3 133	12,1	10,0
14 5 21 460 Olbernhau, Stadt	4 186	80	19 222	67	2 436	9	3 573	13,0	10,8
14 6 26 450 Reichenbach/O.L., Stadt	1 679	32	19 114	27	1 004	3	3 402	12,8	10,6
14 6 26 030 Bernstadt a. d. Eigen, Stadt	1 636	31	19 029	26	979	3	3 335	12,5	10,5
14 5 21 330 Jöhstadt, Stadt	1 284	24	18 998	20	758	2	3 034	11,3	9,4
14 6 26 420 Ostritz, Stadt	1 051	20	18 955	17	590	2	3 620	12,8	10,7
14 6 26 180 Herrnhut, Stadt	1 404	26	18 830	22	779	3	3 498	12,5	10,3
14 5 21 360 Lengefeld, Stadt	1 866	35	18 761	29	1 079	3	3 125	11,7	9,6
14 6 26 610 Zittau, Stadt	11 021	201	18 244	170	6 171	23	3 731	13,6	11,4
14 5 21 570 Seiffen/Erzgeb., Kurort	1 111	19	16 743	15	544	2	2 892	10,7	8,5

1) Gemeinden mit mindestens 1 000 Steuerpflichtigen

ihrer durchschnittlichen Gesamtbetrags der Einkünfte über dem Sachsendurchschnitt. Das betraf etwa jede vierte Gemeinde. Dort hatte genau die Hälfte der sächsischen Steuerpflichtigen ihren Wohnsitz. Sie erzielten 54

Prozent der Gesamteinkünfte im Freistaat und erbrachten 59 Prozent des Gesamtaufkommens an Einkommensteuer. Wiederum jeder zweite Steuerpflichtige in Sachsen wohnte 2007 in einer von 348 Gemeinden

(72 Prozent), die im Hinblick auf die durchschnittlichen Einkünfte ihrer Steuerpflichtigen unter dem sächsischen Durchschnitt lagen. Diese Steuerpflichtigen trugen 46 Prozent zu den Gesamteinkünften und 41

Prozent zum Gesamtaufkommen an Einkommensteuer in Sachsen bei.

Die Betrachtung der Einkommensteuerstatistik auf Gemeindeebene zeigt, wie unterschiedlich 2007 die durchschnittlichen Einkünfte und damit auch die Steuerbelastung in einzelnen Gemeinden des Freistaates waren. So verinnahmten die Steuerpflichtigen in den zehn sächsischen Gemeinden¹⁵⁾ mit den höchsten durchschnittlichen Gesamtbeträgen der Einkünfte im Mittel 32 507 € je Steuerpflichtigen. Der Durchschnittssteuersatz betrug 21 Prozent des zu versteuernden Einkommens bzw. 18 Prozent der Gesamteinkünfte. Die Steuerpflichtigen in den zehn sächsischen Gemeinden¹⁵⁾ mit den geringsten durchschnittlichen Gesamtbeträgen der Einkünfte kamen im Mittel auf 18 626 €. Der Durchschnittssteuersatz lag hier bei 13 Prozent des zu versteuernden Einkommens bzw. elf Prozent der Gesamteinkünfte. Anhand der in Tabelle 4 aufgeführten Gemeinden wird deutlich, dass Gemeinden mit „einkommensstarken“ Steuerpflichtigen vorrangig im „Speckgürtel“ der Großstädte zu finden sind, während sich Gemeinden, deren Steuerpflichtige durchschnittlich geringere Einkünfte erzielten, in strukturschwachen Regionen befinden.

Ausblick

Die Einkommensteuerstatistik stellt als Totalerhebung steuerlicher Kennziffern eine wesentliche Informationsquelle zur Analyse der Einkommensverteilung, insbesondere für höhere und hohe Einkommen dar. Dagegen werden geringe Einkommen (unterhalb steuerlicher Freibeträge) oder staatliche Transfer-einkommen nur teilweise abgebildet. [4] Die Daten der Einkommensteuerstatistik erlauben momentan alle drei Jahre einen tiefen und regionalisierten Einblick in die Struktur der Einkünfte und Einkommensteuerveranlagungen der sächsischen Steuerpflichtigen. Für wissenschaftliche Zwecke sowie zur Gesetzesfolgenabschätzung im Bereich des Einkommensteuerrechts sind jedoch durchgängige jährliche Zeitreihen notwendig. Dieser Bedarf wurde vom Gesetzgeber erkannt. Der Entwurf des nächsten Jahressteuergesetzes sieht eine Umstellung der Einkommensteuerstatistik ab Veranlagungszeitraum 2012 auf jährliche Periodizität vor. Da die notwendigen Daten aus den Besteuerungsverfahren in der Finanzverwaltung ohnehin vorliegen und ausschließlich sekundärstatistisch genutzt werden, entsteht den Steuerpflichtigen keine zusätzliche Belastung durch statistische Berichtspflichten.

Ulrike Trautmann, Dipl.-Volkswirtin, Referentin Steuerstatistiken

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Für die Durchführung der (Lohn- und) Einkommensteuerstatistik gelten folgende Rechtsgrundlagen in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStaTG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565). Dabei sind die jeweils gültigen letzten Änderungen zu beachten:
 - Gesetz über Steuerstatistiken vom 11. Oktober 1995, veröffentlicht als Artikel 35 im Jahressteuergesetz 1996 (BGBl. I S. 1250, 1409)
 - Einkommensteuergesetz 2002 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4210; BGBl. I S. 179)
 - Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 2000 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2000 (BGBl. I S. 717)
 - Einkommensteuer-Richtlinien 2005 in der Fassung vom 16. Dezember 2005 (BStBl. 2005 I Sondernummer 1/2005 S. 3)
 - Lohnsteuer-Durchführungsverordnung 1990 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 1989 (BGBl. I S. 1848)
 - Lohnsteuer-Richtlinien 2002 in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 2001 (BStBl. I Sondernummer 1/2001)
 - Gesetz über Sonderabschreibungen und Abzugsbeträge im Fördergebiet (FördG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1993 (BGBl. I S. 1654)
 - Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, berichtigt: BGBl. 2003 I S. 61)
 - Zerlegungsgesetz vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 1998), veröffentlicht als Artikel 1 im Gesetz zur Neuordnung des Zerlegungsrechts und zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuerrechts (Zerlegungs- und Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz)
 - Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2001 (BGBl. I S. 482).
- [2] http://www.statistik.sachsen.de/download/060_AVPErwerbstaetikeit/A_VI_6_t03_j_ET_WB_aktuell_Y.pdf.
- [3] <http://de.wikipedia.org/wiki/Lorenz-Kurve>
- [4] Vgl. hierzu: Merz, Joachim: Was fehlt in der EVS? - Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte. FFB Diskussionspapier Nr. 30, Mai 2001.

Fußnoten:

- 1) Bei Steuerpflichtigen, die keine Einkommensteuerveranlagung beim Finanzamt durchführen, erfolgt die Erhebung der Einkommensteuer ausschließlich durch den Lohnsteuerabzug auf den Arbeitslohn (Lohnsteuer als eine Form der Einkommensteuer). Die Arbeitgeber sind gesetzlich verpflichtet, den Lohnsteuerabzug an das Finanzamt durchzuführen. Sofern die Arbeitgeber noch nicht am elektronischen Lohnsteuerbescheinigungsverfahren (Elsterlohn) teilnehmen, werden die nicht zur Einkommensteuer veranlagten Lohnsteuerpflichtigen anhand der dem Statistischen Landesamt übersandten Papierlohnsteuerkarten nachgewiesen.
- 2) Nach § 1 Abs. 3 sowie § 1a Abs. 1 EStG werden auch natürliche Personen als unbeschränkt einkommensteuerpflichtig behandelt, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, soweit sie inländische Einkünfte im Sinne des § 49 EStG unter bestimmten Bedingungen haben (Grenzgänger/-pendler). Dagegen sind Personen, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, beschränkt einkommensteuerpflichtig, wenn sie die in § 49 EStG im Einzelnen aufgeführten inländischen Einkünfte haben. Grenzgänger/-pendler, beschränkt Steuerpflichtige sowie Verlustfälle werden in diesem Artikel nicht betrachtet. Um Verlustfälle handelt es sich, wenn sich bei der Veranlagung ein negativer Gesamtbetrag der Einkünfte ergibt. Die festgesetzte Einkommensteuer ist bei diesen Fällen in der Regel Null.
- 3) Bei Zusammenveranlagung von Ehepartnern (nach der sog. Splittingtabelle § 26 EStG) werden sämtliche Einkünfte beider Ehepartner, unabhängig davon, welcher Ehepartner welche Einkünfte erzielt, dem Ehepaar zugerechnet und dieses als ein Steuerpflichtiger behandelt. Dabei ist die Steuer von der Hälfte des gemeinsamen zu versteuernden Einkommens zu ermitteln und dann zu verdoppeln. Dieses Verfahren bewirkt eine Milderung des progressiven Steuertarifs. Eine Aufteilung des zu versteuernden Einkommens und der festgesetzten Einkommensteuer auf die Ehepartner nach der Höhe der eingebrachten Einkünfte ist nicht möglich.
- 4) Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen. Sie sind bei der Einkunftsart abzuziehen, bei der sie erwachsen (§ 9 EStG). Sofern nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden, können folgende Pauschbeträge (§ 9a EStG) zum Abzug:
 - von Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit: Arbeitnehmer-Pauschbetrag 920 €
 - von Einnahmen aus Kapitalvermögen: Pauschbetrag 51 €;
 - bei zusammenveranlagten Ehegatten (§§ 26, 26b EStG) 102 €
 - von Einnahmen im Sinne des § 22 Nr. 1, 1a und 5 EStG: Pauschbetrag von insgesamt 102 €.
- 5) Die Summe der Einkünfte ergibt sich aus den positiven oder negativen Einkünften aller Einkunftsarten zuzüglich Hinzu-rechnungsbetrag (§ 52 Abs. 3 Satz 3 EStG, § 8 Abs. 5 Satz 2 AIG).
- 6) Dazu gehören der Altersentlastungsbetrag (§ 24a EStG), der Freibetrag für Land- und Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG), der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (§ 24b EStG) sowie geerbte laufende Verluste (§ 10d EStG, § 62d EStDV).
- 7) Der Gesamtbetrag der Einkünfte vermindert um die Sonderausgaben (§§ 10, 10a, 10b, 10c EStG), die außergewöhnlichen Belastungen (§§ 33 bis 33b EStG), die Steuerbegünstigung der zu Wohnzwecken genutzten Wohnungen, Gebäude und Baudenkmale sowie der schutzwürdigen Kulturgüter (§§ 10e bis 10i EStG, § 52 Abs. 21 Satz 6 EStG i. d. F. vom 16. April 1997, BGBl. I S. 821 und § 7 FördG) und den Verlustabzug (§ 10d) sowie das zuzurechnende Einkommen (§ 15 Abs. 1 AStG) ist das Einkommen. Sonderausgaben sind Aufwendungen, die weder zu den Betriebsausgaben noch zu den Werbungskosten gehören. Nach dem Ausmaß der Abzugsfähigkeit werden zwei Arten von Sonderausgaben (§§ 10, 10a, 10b und 10c EStG) unterschieden:
 - unbeschränkt, in voller Höhe abzugsfähige Sonderausgaben (Renten und dauernde Lasten, gezahlte Kirchensteuer)
 - beschränkt bis zu einem bestimmten Höchstbetrag abzugsfähige Sonderausgaben (Kinderbetreuungskosten, Unterhaltsleistungen, Versicherungsbeiträge, eigene Berufsausbildungskosten, Schulgeld an Ersatz-/Ergänzungsschulen sowie Zuwendungen und Beiträge für gemeinnützige Zwecke und an politische Parteien).Für die vorgenannten Sonderausgaben gewährt § 10c EStG Pauschbeträge, wenn nicht höhere Sonderausgaben nachgewiesen werden. Das Gesetz unterscheidet zwischen einem Sonderausgaben-Pauschbetrag (§ 10c Abs. 1 EStG) und einer Vorsorgepauschale für Vorsorgeaufwendungen (§ 10c Abs. 2 bis 5 EStG). Außergewöhnliche Belastungen liegen vor, wenn einem Steuerpflichtigen zwangsläufig größere Aufwendungen als der überwiegenden Zahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommensverhältnisse, gleicher Vermögensverhältnisse und gleichen Familienstandes erwachsen. In diesen Fällen wird

auf Antrag des Steuerpflichtigen der Teil der Aufwendungen, der die zumutbare Eigenbelastung übersteigt, vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen (§ 33 EStG). Außergewöhnliche Belastungen sind gemäß §§ 33a und 33b EStG unter anderem:

- Aufwendungen für den Unterhalt und eine etwaige Berufsausbildung bedürftiger Personen (Unterhaltsfreibetrag)
 - Aufwendungen für die Berufsausbildung eines auswärtig untergebrachten, volljährigen Kindes (Ausbildungsfreibetrag)
 - Aufwendungen für die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt
 - Aufwendungen von Körperbehinderten, Hinterbliebenen und Pflegepersonen.
- 8) Das Einkommen, vermindert um die Kinderfreibeträge (§§ 31, 32 Abs. 6 EStG) und den Härteausgleich (§ 46 Abs. 3 EStG, § 70 EStDV) ist das zu versteuernde Einkommen.
- 9) Hierbei ist die tarifliche von der festgesetzten Einkommensteuer zu unterscheiden.
Folgendes Rechenschema findet Anwendung:
zu versteuerndes Einkommen (§ 2 Abs. 5 EStG)
Steuerbetrag
a) nach § 32a Abs. 1, 5; § 50 Abs. 3 EStG oder
b) nach dem bei Anwendung des Progressionsvorbehalts (§ 32b EStG) oder der Steuersatzbegrenzung sich ergebenden Steuersatz
+ Steuer auf Grund der Berechnung nach den §§ 34, 34b EStG
= tarifliche Einkommensteuer (§ 32a Abs. 1, 5 EStG)
- ausländische Steuern (§ 34c Abs. 1, 6 EStG, § 12 AStG)
- Steuerermäßigung (§ 35 EStG)
- Steuerermäßigung für Steuerpflichtige mit Kindern bei Inanspruchnahme erhöhter Absetzungen für Wohngebäude oder der Steuerbegünstigungen für eigengenutztes Wohneigentum (§ 34f Abs. 1, 2 EStG)
- Steuerermäßigung bei Zuwendungen an politische Parteien und unabhängige Wählervereinigungen (§ 34g EStG)
- Steuerermäßigung (§ 34f Abs. 3 EStG)
- Steuerermäßigung (§ 35a EStG)
+ Steuern (§ 34c Abs. 5 EStG)
+ Nachsteuer (§ 10 Abs. 5 EStG i. V. m. § 30 EStDV)
+ Zuschlag (§ 3 Abs. 4 Satz 2 Forstschäden-Ausgleichsgesetz)
+ Anspruch auf Zulage für Altersvorsorge (§ 10a Abs. 2 EStG)
+ Kindergeld oder vergleichbare Leistungen, soweit in den Fällen des § 31 EStG das Einkommen um Freibeträge für Kinder gemindert wurde
= festgesetzte Einkommensteuer (§ 2 Abs. 6 EStG).
Auf die festgesetzte Einkommensteuer werden Beträge wie z. B. Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Zinsabschlagsteuer und Körperschaftsteuer angerechnet. Daraus ergibt sich die verbleibende Einkommensteuer. Nimmt die verbleibende Einkommensteuer einen positiven Betrag an, ist dieser vom Steuerpflichtigen gemäß Steuerbescheid zu entrichten. Bei einem negativen Betrag erfolgt eine Erstattung vom Finanzamt.
- 10) Veranlagungspflicht besteht bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit nach Vorliegen der Gründe gemäß § 46 Abs. 2 EStG (z. B. Steuerklassenkombination III/V bei Splittingtarif) sowie nach § 56 EStDV, wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte (außer Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit Lohnsteuerabzug) den Grundfreibetrag nach § 32a Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 EStG übersteigt.
- 11) Der Median oder Zentralwert ist als Lageparameter wesentlich robuster gegenüber Ausreißern als das arithmetische Mittel.
- 12) Dabei kann es sich um Steuerpflichtige mit ausschließlich Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit oder zusätzlichen Einkünften aus einer oder mehrerer weiterer Einkunftsarten handeln.
- 13) Die Summe der Einkünfte kann als Kennziffer noch steuerfallbezogen, d. h. nach Alter und Geschlecht ausgewertet werden. Beim Gesamtbetrag der Einkünfte ist dies nicht mehr möglich, da zusammen veranlagte Steuerfälle dort als ein Steuerpflichtiger ausgewiesen werden.
- 14) Der Auswertung liegt der Gebietsstand zum 31. Dezember 2010 mit 485 Gemeinden zu Grunde.
- 15) In diese Auswertung wurden ausschließlich Gemeinden mit mindestens 1 000 Steuerpflichtigen einbezogen.

Landwirtschaftszählung 2010

Teil 2 – Bodennutzung

Vorbemerkungen

Der Artikel enthält aktuelle Daten aus der Landwirtschaftszählung 2010 für den Bereich der Bodennutzung. Auf die grundsätzliche Einordnung dieser Landwirtschaftszählung und die darin vorgenommenen methodischen und inhaltlichen Veränderungen gegenüber vorangegangenen Zensen ist bereits in einem Artikel dieser Zeitschrift eingegangen worden. [1] In den nachfolgenden Ausführungen wird auf diese Aussagen Bezug genommen. 2010 bearbeiteten 6 287 sächsische Landwirte und Gärtner eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 912 742 Hektar. Im Jahr 2009 wurde die Grundgesamtheit der zur Landwirtschaftszählung 2010 auskunftspflichtigen landwirtschaftlichen Betriebe ermittelt. Nach damals geltenden Erfassungsgrenzen [2] wurden 7 988 Betriebe festgestellt, welche eine Fläche von 914 920 Hektar bewirtschafteten. Es konnten 2010 nach der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes [3] und damit neuen, angehobenen Erfassungsgrenzen im Vergleich zu 2009 rund 1 700 Betriebe (21,3 Prozent) von der Berichtspflicht befreit werden. Sehr gering war der damit verbundene Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche um 2 178 Hektar (minus 0,2 Prozent). Deshalb kann in Sachsen auch in den nächsten Jahren die Entwicklung in der Landwirtschaft auf hohem Niveau abgebildet werden.

Vielfalt der Rechtsformen

Die sächsische Landwirtschaft weist eine große Vielfalt der Rechtsformen auf. Abbildung 1 zeigt eine Übersicht der hierzu erfragten Merkmalsausprägungen. Hinsichtlich der Betriebszahlen dominierten Betriebe in der Hand natürlicher Personen. 82,1 Prozent der sächsischen Landwirtschaftsbetriebe wurden als Einzelunternehmen, d. h. hauptsächlich Familienbetriebe,

geführt (vgl. Tab. 1). Diese bewirtschafteten 29,4 Prozent der gesamten LF und hatten eine durchschnittliche Flächenausstattung von 52 Hektar LF. Als juristische Personen (überwiegend eingetragene Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung) bewirtschafteten 9,7 Prozent der Betriebe mehr als die Hälfte der gesamten LF (54,2 Prozent). Darunter verfügten 199 eingetragene Genossenschaften (3,2 Prozent der Betriebe) über 30,2 Prozent der sächsischen LF. Ihre Betriebsgröße betrug im Durchschnitt 1 385 Hektar LF. 336 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (5,3 Prozent) bewirtschafteten 21,7 Prozent der LF mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 589 Hektar. [4]

Ein Vergleich der Rechtsformen mit Angaben aus der Landwirtschaftszählung 1999 zeigt einen Rückgang bei eingetragenen Genossenschaften sowohl in der Anzahl der Betriebe (45 bzw. 18,4 Prozent) als auch in der Fläche (54 576 Hektar bzw. 16,5 Prozent). Bei der Rechtsform Gesellschaften mit beschränkter Haftung war dagegen ein erheblicher Anstieg der Betriebszahl (57 bzw. 20,4 Prozent) als auch der bewirtschafteten Fläche (39 104 Hektar bzw. 24,6 Prozent) zu verzeichnen. Für die Einzelunternehmen zeigt sich bei dem Vergleich mit 1999 folgendes Bild. Die Betriebszahl sank um 123 bzw. 2,3 Prozent, die zugehörige LF vergrößerte sich aber um 30 721 Hektar bzw. 13,0 Prozent.

Abb.1 Rechtsformen der landwirtschaftlichen Betriebe

Natürliche Personen
Einzelunternehmen (Einzelpersonen, Ehepartner, Geschwister)
Personengemeinschaften, -gesellschaften
Nicht eingetragener Verein
Gesellschaft bürgerlichen Rechts
Offene Handelsgesellschaft
Kommanditgesellschaft
Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Co. Kommanditgesellschaft
Sonstige Personengemeinschaften
Juristische Personen des privaten Rechts
Eingetragener Verein
Eingetragene Genossenschaft
Gesellschaft mit beschränkter Haftung einschl. Unternehmensgesellschaft
Aktiengesellschaft
Anstalt, Stiftung und andere Zweckvermögen
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts
Juristische Personen des öffentlichen Rechts
Gebietskörperschaft Bund
Gebietskörperschaft Land
Sonstige Gebietskörperschaften (Kreis, Gemeinde, Kommunalverband)
Sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts

Tab.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) in Sachsen 1999 bis 2010 und in Deutschland 2010 nach Rechtsformen und Direktionsbezirken

Rechtsform	1999	2003	2007	2010	Direktionsbezirk			Deutschland
					Chemnitz	Dresden	Leipzig	
Anzahl der Betriebe								
Insgesamt	6 367	6 349	6 368	6 287	2 720	2 385	1 182	299 134
davon								
Natürliche Personen	5 790	5 775	5 796	5 675	2 495	2 146	1 034	294 072
darunter								
Einzelunternehmen	5 285	5 246	5 302	5 162	2 325	1 935	902	273 030
Juristische Personen	577	574	572	612	225	239	148	5 062
darunter								
Eingetragene Genossenschaft	244	225	206	199	83	79	37	1 067
Gesellschaft mit beschränkter Haftung	279	294	300	336	113	126	97	2 841
LF (in 1 000 ha)								
Insgesamt	913,0	908,4	911,8	912,7	316,7	362,6	233,4	16 704,0
davon								
Natürliche Personen	407,8	404,4	416,8	418,0	132,9	156,5	128,6	13 748,8
darunter								
Einzelunternehmen	237,2	247,1	266,5	267,9	93,8	101,9	72,2	11 084,7
Juristische Personen	505,3	504,0	495,0	494,7	183,9	206,1	104,8	2 955,2
darunter								
Eingetragene Genossenschaft	330,2	308,6	284,8	275,7	118,1	108,6	49,0	1 387,7
Gesellschaft mit beschränkter Haftung	158,9	176,7	187,7	198,0	60,5	86,7	50,7	1 385,3
Durchschnittliche Betriebsgröße (in ha)								
Insgesamt	143,4	143,1	143,2	145,2	116,4	152,0	197,5	55,8
davon								
Natürliche Personen	70,4	70,0	71,9	73,7	53,2	72,9	124,4	46,8
darunter								
Einzelunternehmen	44,9	47,1	50,3	51,9	40,3	52,7	80,0	40,6
Juristische Personen	875,7	878,0	865,4	808,3	817,1	862,3	707,9	583,8
darunter								
Eingetragene Genossenschaft	1 353,4	1 371,8	1 382,4	1 385,2	1 422,4	1 374,1	1 325,6	1 300,6
Gesellschaft mit beschränkter Haftung	569,4	601,1	625,6	589,2	535,6	688,2	523,0	487,6

Die Landwirtschaft ist vor allem im früheren Bundesgebiet im Vergleich zu Sachsen stärker durch Familienbetriebe (Einzelunternehmen) geprägt. Im Durchschnitt aller Bundesländer waren 91,3 Prozent der Betriebe Einzelunternehmen, die 66,4 Prozent der LF bearbeiteten. Ihre durchschnittliche Betriebsgröße lag bei 41 Hektar. Betriebe der Rechtsform juristischer Personen spielten im Bundesdurchschnitt mit einem Anteil von 1,5 Prozent an den Betrieben und 17,4 Prozent an der LF keine große Rolle. In Sachsen machte der LF-Anteil dieser Betriebe dagegen 54,2 Prozent aus.

Im Direktionsbezirk Dresden entsprachen der Anteil der Einzelunternehmen mit 81,1 Prozent und der Anteil der Betriebe der Rechtsform juristische Personen mit 10,0 Prozent an den Landwirtschaftsbetrieben dem gesamtsächsischen Durchschnittswert. Im Direktionsbezirk Chemnitz waren die Einzel-

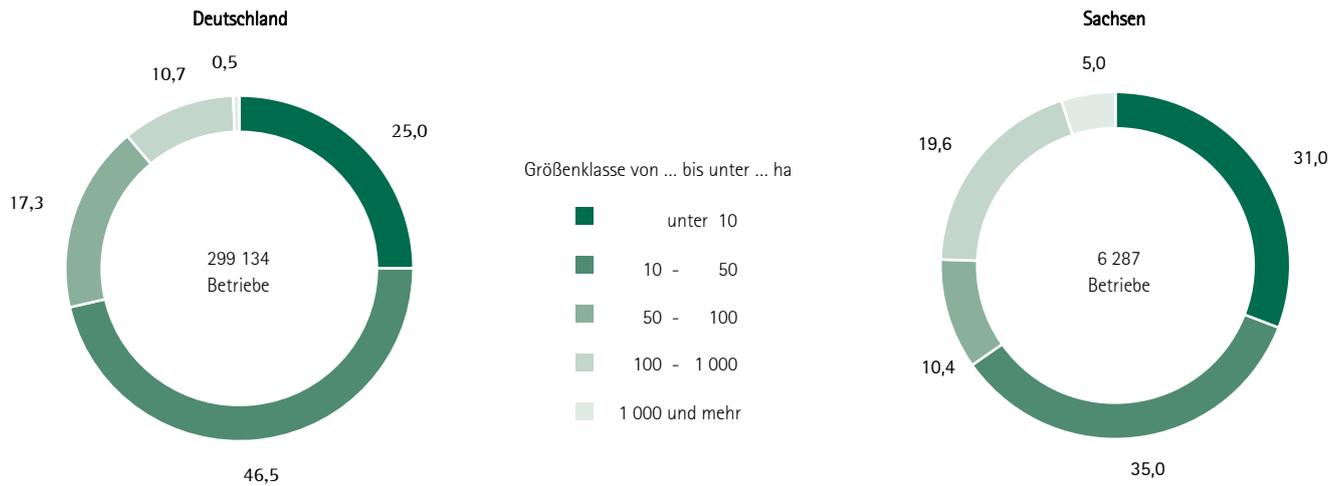
unternehmen (85,5 Prozent) besonders stark vertreten. Dagegen waren Betriebe in der Hand juristischer Personen (8,3 Prozent) in diesem Direktionsbezirk unterrepräsentiert, im Direktionsbezirk Leipzig (12,5 Prozent) jedoch etwas stärker vertreten. Hier lag der Anteil der Einzelunternehmen bei 76,3 Prozent.

Hohe Flächenausstattung weniger Großbetriebe

Auf nur wenige Großbetriebe entfällt in Sachsen ein großer Anteil der zu bewirtschaftenden LF (vgl. Tab. 2, Abb. 2 und 3). In der Größenklasse über 1 000 Hektar befanden sich lediglich 4,0 Prozent aller Betriebe, die jedoch fast die Hälfte (47,1 Prozent) der sächsischen Landwirtschaftsfläche bearbeiten. Jeder fünfte landwirtschaftliche Betrieb (19,6 Prozent) hatte eine Flächenausstattung von 100 bis unter 1 000 Hektar LF. Zusammen bewirt-

schafteten diese Betriebe 41,2 Prozent aller Flächen. Fast jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb (31,0 Prozent) verfügte über weniger als 10 Hektar LF. Dabei wurden von diesen Betrieben mit geringer Flächenausstattung nur 1,1 Prozent der Landwirtschaftsfläche bearbeitet. Im Vergleich dazu war im Bundesdurchschnitt die Landwirtschaft mehr zugunsten der kleineren Betriebe strukturiert. So bewirtschafteten 0,5 Prozent der Betriebe in der Größenklasse über 1 000 Hektar 15,3 Prozent der LF. Die mittlere Flächenausstattung in dieser Größenklasse lag bei 1 698 Hektar (Sachsen: 1 701 Hektar). Fast jeder neunte Betrieb (10,7 Prozent) verfügte über eine Fläche zwischen 100 bis 1 000 Hektar. Diese Betriebe bewirtschafteten 39,8 Prozent der LF, was einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 207 Hektar entspricht (Sachsen: 305 Hektar). Jeder vierte Betrieb (25,0 Prozent) bewirtschaftete weniger als 10 Hektar.

Abb. 2 Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Sachsen und in Deutschland 2010 in Prozent



Zu diesen Betrieben gehörten 2,4 Prozent der gesamtdeutschen LF. Die mittlere Betriebsgröße lag hier wie im sächsischen Durchschnitt bei 5 Hektar. Zusammengefasst ergibt sich für Sachsen eine durchschnittliche Betriebsgröße von 145,2 Hektar (Deutschland: 55,8 Hektar).

Ein Vergleich mit den vorangegangenen Erhebungen zeigt, dass die Anteile der Größenklassen zwischen 10 bis unter 100 Hek-

tar LF weitgehend konstant blieben. Dies betraf die Anzahl der Betriebe ebenso wie die LF. Ein kontinuierlicher Rückgang ist in der Größenklasse unter 5 Hektar zu verzeichnen. In dieser Größenklasse befanden sich viele Gartenbau- und kleine Viehhaltungsbetriebe. Einen ständigen, nennenswerten Anteilzugang sowohl der Betriebszahl als auch der Flächen war nur in der Größenklasse von 200 bis unter 500 Hektar

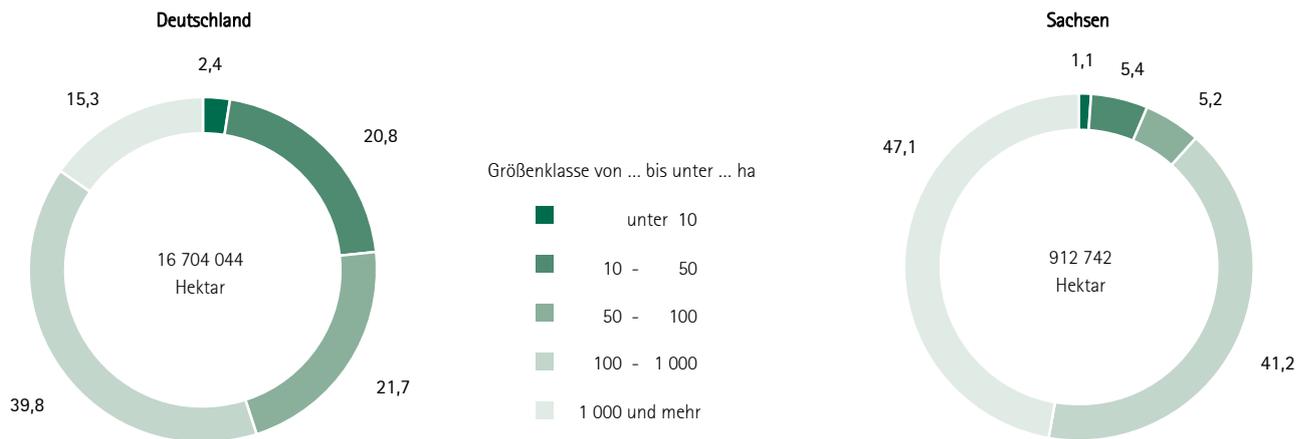
zu verzeichnen. In der Größenklasse über 1 000 Hektar und mehr war ein Rückgang vor allem beim Anteil der LF zu beobachten. Zu dieser Größenklasse gehörten nur 2,4 Prozent der Einzelunternehmen, aber gut die Hälfte (52,6 Prozent) der eingetragenen Genossenschaften.

Auch im früheren Bundesgebiet schritt der Konzentrationsprozess bei geringerem Ausgangsniveau weiter voran. Die durchschnitt-

Tab. 2 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) in Sachsen 1999 bis 2010 und in Deutschland 2010 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche sowie ausgewählten Rechtsformen

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Einheit	1999	2003	2007	2010	Davon			Deutschland
						Natürliche Personen	darunter Einzelunternehmen	Juristische Personen	
Betriebe insgesamt	Anzahl	6 367	6 349	6 368	6 287	5 675	5 162	612	299 134
unter 5	%	16,1	14,7	13,1	12,1	11,4	10,4	0,7	9,1
5 - 10	%	17,7	17,8	18,7	18,9	18,5	18,1	0,4	15,8
10 - 20	%	18,2	18,7	18,8	18,7	18,2	17,7	0,5	21,1
20 - 50	%	16,2	16,3	16,1	16,3	15,8	15,1	0,5	25,4
50 - 100	%	10,3	10,3	9,9	10,4	9,8	8,9	0,5	17,3
100 - 200	%	8,2	8,4	9,1	8,9	8,4	7,0	0,5	7,6
200 - 500	%	5,8	6,4	6,8	7,2	5,9	4,0	1,2	2,4
500 - 1 000	%	3,4	3,5	3,4	3,5	1,5	0,7	2,0	0,7
1 000 und mehr	%	4,1	3,9	4,0	4,0	0,7	0,1	3,4	0,5
LF insgesamt	1 000 ha	913,0	908,4	911,8	912,7	418,0	267,9	494,7	16 704,0
unter 5	%	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,3
5 - 10	%	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,0	2,1
10 - 20	%	1,8	1,9	1,9	1,9	1,8	1,8	0,1	5,7
20 - 50	%	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4	3,3	0,1	15,2
50 - 100	%	5,1	5,2	5,0	5,2	4,9	4,5	0,3	21,7
100 - 200	%	8,1	8,4	9,0	8,7	8,2	6,8	0,5	18,4
200 - 500	%	12,5	13,7	14,5	14,9	12,0	8,0	2,9	12,6
500 - 1 000	%	17,1	18,1	17,3	17,6	7,3	3,3	10,3	8,8
1 000 und mehr	%	50,7	48,1	47,7	47,1	7,1	0,7	40,0	15,3

Abb. 3 Landwirtschaftliche genutzte Fläche nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Sachsen und in Deutschland 2010 in Prozent



liche Flächenausstattung je Betrieb stieg im Bundesdurchschnitt auf 56 Hektar an. Innerhalb Sachsens waren regionale Unterschiede bei der Verteilung nach der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe ersichtlich. Im ackerbaulich geprägten Direktionsbezirk Leipzig wiesen die Landwirtschaftsbetriebe mit 198 Hektar die höchste durchschnittliche Flächenausstattung aus (vgl. Tab. 1). 18,8 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe hatten hier ihren Sitz. Sie bewirtschafteten 25,6 Prozent der LF Sachsens. Auf den Direktionsbezirk Dresden entfielen 37,9 Prozent der Betriebe und 39,7 Prozent der LF. Ihre durchschnittliche Betriebsgröße betrug 152 Hektar und kam damit dem Sachsendurchschnitt von 145 Hektar pro Betrieb am nächsten. Die Landwirtschaftsbetriebe des Direktionsbezirkes Chemnitz, wo Viehhaltung und Grünlandbewirtschaftung vorherrschten, verfügten im Durchschnitt über 116 Hektar LF. Hier hatten 43,3 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ihren Sitz. Sie besaßen gut ein Drittel (34,7 Prozent) der LF in Sachsen. Durch die Spezialisierung vor allem in der Milchviehhaltung gab es im Direktionsbezirk Chemnitz in der Größenklasse über 1 000 und mehr Hektar mit einer durchschnittlichen Flächenausstattung von 1 725 Hektar die größten Betriebe.

Ökologischer Landbau weiter im Aufwind

In Sachsen zeigte sich, wenn auch auf noch niedrigem Niveau, ein starker Anstieg der ökologisch bewirtschafteten Fläche. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die sich der ökologischen Bearbeitung ihrer Flächen¹⁾ widmen, nahm gegenüber 1999 um 258 bzw. 196,9 Prozent auf 389 zu (vgl. Tab 3). Der Flächenzuwachs lag bei 171,8 Prozent. Wurden 1999 nur 13 972 Hektar ökologisch bearbeitet, waren es 2010 bereits 37 973 Hektar. Trotz dieser erheblichen Steigerung kann man

noch nicht von einem Durchbruch sprechen. Längst ist der ökologische Landbau keine Domäne mehr nur von kleineren Betrieben bzw. Einzelunternehmen. 91 Betriebe bzw. 23,4 Prozent bewirtschaften 100 und mehr Hektar LF (vgl. Tab. 4). Darunter befanden sich 54 Betriebe bzw. 59,3 Prozent der Rechtsform Einzelunternehmen und 19 Betriebe (20,9 Prozent) gehörten zu den juristischen Personen. Von den gesamten Betrieben der Rechtsform juristische Personen bewirtschafteten 7,8 Prozent ihre Flächen ökologisch. Damit lagen sie über dem sächsischen Durchschnitt (6,2 Prozent), allerdings fiel mit 2,2 Prozent der Anteil der Flächen mit ökologischer Bewirtschaftung sehr gering aus. Von den Einzelunternehmen wirtschafteten 5,7 Prozent ökologisch. Damit lagen sie leicht unter dem sächsischen Durchschnittswert. Sie nahmen aber mit einem Flächenanteil von 6,9 Prozent einen Spitzenwert ein. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten bzw. in Umstellung befindlichen Fläche an der gesamten LF betrug 2010 in Sachsen 3,7 Prozent. Für Deutschland insgesamt lag dieser Wert bereits bei 5,6 Prozent. Führend waren Bundesländer wie das Saarland (10,6 Prozent), Brandenburg (10,6 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (8,7 Prozent). [5]

Anbau in Sachsen

Von der LF Sachsens entfielen 34,7 Prozent (316 704 Hektar) auf den Direktionsbezirk Chemnitz, 39,7 Prozent (362 637 Hektar) auf Dresden und 25,6 Prozent (233 401 Hektar) auf Leipzig (vgl. Tab 5). Ackerland stellte mit 79,0 Prozent (Deutschland: 70,9 Prozent) bzw. 720 739 Hektar wiederum die Hauptnutzung der LF im Freistaat Sachsen dar (vgl. Abb. 4). Dauergrünland nahm 20,4 Prozent (Deutschland: 27,9 Prozent) bzw. 186 622 Hektar der LF ein. Im Direktionsbezirk Chemnitz entfielen 73,2

Prozent (231 942 Hektar) auf Ackerland und 26,6 Prozent (84 120 Hektar) auf Dauergrünland. Der überdurchschnittliche Grünlandanteil spiegelt die natürlichen Standortbedingungen wider. Dagegen ist im Direktionsbezirk Leipzig der Marktfruchtanbau vorherrschend. 89,2 Prozent (208 115 Hektar) der LF dieses Direktionsbezirkes waren Ackerland und nur 10,1 Prozent (23 476 Hektar) Dauergrünland. Der Direktionsbezirk Dresden wies 77,4 Prozent Ackerland (280 682 Hektar) und 21,8 Prozent Dauergrünland (79 026 Hektar) aus. Außerdem lagen in diesem Direktionsbezirk 54,2 Prozent (2 158 Hektar) der sächsischen Obstanbauflächen.

Getreide einschließlich Körnermais wuchs 2010 auf einer Anbaufläche von 409 701 Hektar heran. Damit wurde Getreide in diesem Jahr auf 56,8 Prozent (Deutschland: 55,7 Prozent) der Ackerfläche angebaut.

Weizen war mit 198 157 Hektar die am häufigsten angebaute Getreideart und nahm 48,4 Prozent (Deutschland: 50,0 Prozent) der Getreideanbaufläche ein. Die Anbaufläche für Gerste, der zweitgrößten Getreideanbaufläche, nahm 30,5 Prozent (Deutschland: 24,9 Prozent) bzw. eine Fläche von 124 831 Hektar ein. Weiterhin bestellten die sächsischen Landwirte Flächen mit Hafer, Triticale, Roggen und Wintergetreide sowie Körnermais einschließlich Corn-Cob-Mix. Winterrap wurde auf einer Fläche von 136 843 Hektar ausgedrillt und belegte somit 19,0 Prozent (Deutschland: 12,3 Prozent) der Ackerfläche. Auf weiteren 169 925 Hektar wurden hauptsächlich Silomais/Grünmais, Kartoffeln, Zuckerrüben, Erbsen, Gemüse und Erdbeeren angebaut. Der Rest dieser Flächen wurde unter anderem verwendet zur Saat- und Pflanzguterzeugung für Gräser, Hackfrüchte (ohne

¹⁾ Gesamt-LF der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, bestehend aus ökologisch bewirtschafteter, in Umstellung befindlicher und ggf. konventioneller bearbeiteter LF.

Tab. 3 Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau in Sachsen 1999 bis 2010

Land Direktionsbezirk Merkmal	1999		2003		2007		2010	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Sachsen								
Insgesamt	6 367	913 033	6 349	908 415	6 368	911 843	6 287	912 742
ökologischer Landbau	131	13 972	225	30 772	286	31 980	389	37 973
Anteil des ökologischen Landbaus in %	2,1	1,5	3,5	3,4	4,5	3,5	6,2	4,2
Direktionsbezirk Chemnitz								
Zusammen	2 861	318 930	2 819	314 837	2 767	315 803	2 720	316 704
ökologischer Landbau	45	3 128	83	9 927	104	10 481	147	12 902
Anteil des ökologischen Landbaus in %	1,6	1,0	2,9	3,2	3,8	3,3	5,4	4,1
Direktionsbezirk Dresden								
Zusammen	2 387	363 034	2 386	361 545	2 408	362 784	2 385	362 637
ökologischer Landbau	53	5 824	85	10 943	104	11 590	151	14 231
Anteil des ökologischen Landbaus in %	2,2	1,6	3,6	3,0	4,3	3,2	6,3	3,9
Direktionsbezirk Leipzig								
Zusammen	1 119	231 069	1 144	232 033	1 193	233 256	1 182	233 401
ökologischer Landbau	33	5 021	57	9 902	78	9 909	91	10 839
Anteil des ökologischen Landbaus in %	2,9	2,2	5,0	4,3	6,5	4,2	7,7	4,6

Tab. 4 Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau in Sachsen 2010 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) und ausgewählten Rechtsformen

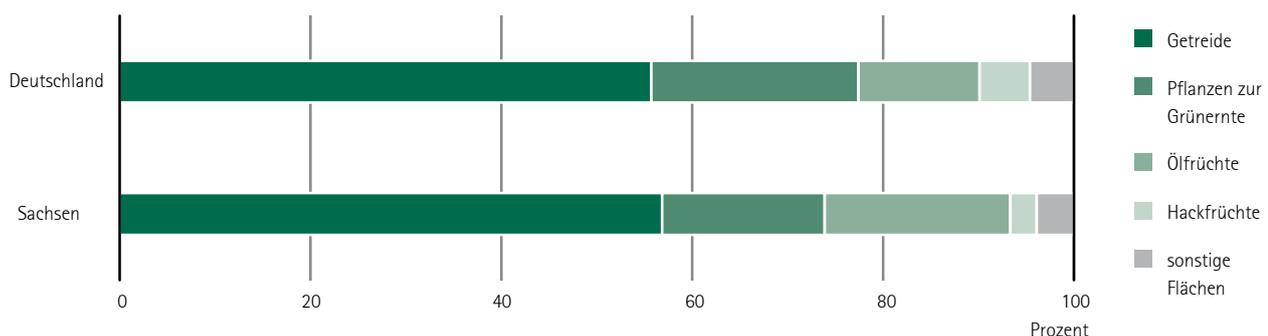
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Insgesamt		Davon									
			Natürliche Personen		darunter Einzelunternehmen		Juristische Personen		darunter			
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
unter 10	46	264	38	217	35	207	8	48	-	-	4	.
10 - 20	70	1 023	65	950	62	909	5	72	-	-	2	.
20 - 50	101	3 181	94	2 958	84	2 628	7	223	-	-	4	115
50 - 100	81	5 738	72	5 082	61	4 286	9	656	-	-	6	436
100 und mehr	91	27 767	72	17 955	54	10 446	19	9 812	3	3 349	15	6 355
Insgesamt	389	37 973	341	27 162	296	18 477	48	10 810	3	3 349	31	6 956

Kartoffeln) und Handelsgewächse sowie zu Flächenstilllegungen. Im Direktionsbezirk Leipzig wurden 60,3 Prozent der Ackerfläche mit Getreide angebaut. 20,7 Prozent beanspruchte noch

der Winterrraps und auf 7,7 Prozent stand Silomais/Grünmais. Im Direktionsbezirk Chemnitz hingegen wurden nur 53,5 Prozent des Ackerlandes für Getreideflächen, 18,5 Prozent für Winterrraps und 10,5 Pro-

zent für Maisfläche zur Grünernte genutzt. Im Direktionsbezirk Dresden stand auf 57,0 Prozent seiner Ackerfläche Getreide, auf 18,1 Prozent Winterrraps und auf 10,2 Prozent Silomais/Grünmais.

Abb. 4 Anbau auf dem Ackerland in Sachsen und in Deutschland 2010 nach Fruchtarten



Über die Jahre 1999 bis 2010 zeigt sich eine vielfältige Entwicklung. Ackerland ging um 2 396 Hektar bzw. 0,3 Prozent zurück und Obstanlagen nahmen um 824 Hektar bzw. 17,1 Prozent ab. Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich die Fläche des Dauergrünlandes um 3 148 Hektar bzw. 1,7 Prozent. Bei den Fruchtarten nahm die Anbaufläche von Getreide, trotz kleinen Schwankungen, um rund 12 202 Hektar bzw. 3,1 Prozent zu. Speziell beim Weizen wurde eine Ausdehnung der Anbaufläche um 30,4 Prozent (46 160 Hektar) und bei Gerste ein Rückgang um 24 529 Hektar bzw. 16,4 Prozent festgestellt. Bei Hackfrüchten und Erbsen ist über den gesamten Zeitraum eine kontinuierliche Abnahme der Anbaufläche zu verzeichnen. Bei Silomais/Grünmais wurde sie dagegen vor allem im Jahr 2010 noch einmal erheblich ausgeweitet. Ähnliches ist bei der Anbaufläche für Winterraps festzustellen. Ursache der Verringerung von Stilllegungsflächen und Brachen war die Rücknahme des obligatorischen Stilllegungssatzes [6] im Jahr 2008. Bis dahin galt für Sachsen ein vorgegebener Stilllegungsanteil von 8,47 Prozent der LF.

Schlussbemerkungen

In den letzten 20 Jahren haben sich im Freistaat Sachsen stabile Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft herausgebildet, die sich wesentlich von denen im früheren Bundesgebiet unterscheiden. Die sächsischen Landwirtschaftsbetriebe liegen hinsichtlich ihrer Betriebsgröße sowie des Anteils juristischer Personen über dem Bundesdurchschnitt. Im ökologischen Landbau gab es ausgehend von einem niedrigen Niveau eine steil ansteigende Entwicklung.

Barbara Fritsche, Agrar-Ing., Fachverantwortliche Feldwirtschaft
Ulrich Ertel, Dipl.-Ing., Referent Landwirtschaftsstatistik

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Ertel, U., Landwirtschaftszählung 2010, Teil 1 – Einführung. In: Statistik in Sachsen, 4/2011, S. 15 – 18
- [2] Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1662), zuletzt geändert durch § 20 des Gesetzes vom 9. April 2008 (BGBl. I S. 714)
- [3] Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886),
- [4] Statistischer Bericht C/LZ 2010-1 Landwirtschaftszählung, Bodennutzung im Freistaat Sachsen
- [5] Fachserie 3 Reihe 2.2.1 – Statistisches Bundesamt
- [6] Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates der Europäischen Union vom 19. Januar 2009

Tab. 5 Ausgewählte Kultur- und Fruchtarten in Sachsen 1999 bis 2010 und nach Direktionsbezirken

Kultur- und Fruchtart	1999	2003	2007	2010	Davon					
					Direktionsbezirk			Anteil an Sachsen		
					Chemnitz	Dresden	Leipzig	Chemnitz	Dresden	Leipzig
					ha			%		
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	913 033	908 415	911 843	912 742	316 704	362 637	233 401	34,7	39,7	25,6
darunter										
Ackerland	723 135	721 806	720 165	720 739	231 942	280 682	208 115	32,2	38,9	28,9
darunter										
Getreide ¹⁾ zusammen	397 499	401 558	398 460	409 701	124 189	159 968	125 544	30,3	39,0	30,6
Weizen zusammen	151 997	167 137	175 529	198 157	56 397	74 756	67 005	28,5	37,7	33,8
Gerste zusammen	149 360	140 865	134 888	124 831	48 054	42 991	33 786	38,5	34,4	27,1
Silomais/Grünmais einschl. Lieschkolbenschrot	55 882	63 578	61 176	68 987	24 408	28 620	15 958	35,4	41,5	23,1
Kartoffeln	8 216	7 899	7 887	6 982	2 653	2 027	2 302	38,0	29,0	33,0
Zuckerrüben	18 357	16 398	15 492	12 531	2 223	4 387	5 922	17,7	35,0	47,3
Erbsen	20 697	17 894	8 370	6 707	2 397	2 820	1 490	35,7	42,0	22,2
Winterraps	101 315	117 167	141 476	136 843	42 876	50 789	43 177	31,3	37,1	31,6
Stillgelegte Flächen und Brache mit und ohne Beihilfe-/Prämienanspruch	37 281	40 147	24 544	5 761	1 707	3 223	832	29,6	55,9	14,4
Gemüse u. Erdbeeren auf dem Freiland	4 777	5 444	4 875	4 307	711	2 002	1 594	16,5	46,5	37,0
Baum- und Beerenobst einschl. Nüsse	4 808	4 728	4 461	3 984	361	2 158	1 465	9,1	54,2	36,8
Dauergrünland	183 474	180 429	185 834	186 622	84 120	79 026	23 476	45,1	42,3	12,6

1) zur Körnergewinnung

Beeinträchtigung der Umwelt durch Stoffe mit Wassergefährdungspotential

Teil 2: Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen

Vorbemerkungen

Sowohl beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (in Anlagen) als auch bei deren Transport kommt es immer wieder zu Unfällen. Dabei gelangen Stoffe unbeabsichtigt in die Umwelt und gelangen möglicherweise zusammen mit dem Niederschlagswasser in den Boden oder ins Grund- oder Oberflächenwasser. Das Austreten eines wassergefährdenden Stoffes in einer nicht unbedeutenden Menge stellt immer eine potentielle Gefährdung der Umwelt dar.

Grundsätzlich besteht Meldepflicht für derartige Vorfälle, sodass umgehend Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergriffen werden können. Das Unfallereignis ist unverzüglich der zuständigen Behörde (Untere Wasserbehörde) oder einer Polizeidienststelle anzuzeigen, sofern die Stoffe in ein oberirdisches Gewässer, eine Abwasseranlage oder in den Boden eingedrungen sind oder aus sonstigen Gründen eine Verunreinigung oder Gefährdung eines Gewässers erwartet wird. Diese Anzeigen werden bundesweit im Rahmen einer jährlichen Statistik auf Grundlage des § 9, Absätze 1 und 2 des Umweltstatistikgesetzes [1] ausgewertet und als Ergebnislage veröffentlicht. Darüber hinaus analysiert die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung diese Unfallstatistiken jährlich und veröffentlicht weiterführende Untersuchungsergebnisse.

Als **Unfall** im Sinne der nachfolgenden Darstellung gilt das Austreten einer im Hinblick auf den Schutz der Gewässer nicht unerheblichen Menge wassergefährdender Stoffe aus Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (hierzu gehören auch deren Sicherheitseinrichtungen).

Der **Umgang** findet hierbei beim Lagern, Abfüllen und Umschlagen (LAU-Anlagen), beim Herstellen, Behandeln und Verwenden (HBV-Anlagen) sowie beim innerbetrieblichen

Befördern von wassergefährdenden Stoffen (Rohrleitungen) statt. Zum Umgang zählen auch die Übernahme und Ablieferung, das Ver- und Auspacken sowie das Be- und Entladen wassergefährdender Stoffe während der Beförderung dieser Stoffe.

Die **Beförderung** beschreibt den Vorgang der Ortsveränderung einschließlich zeitweiliger Aufenthalte (Zwischenlagerung) und auch jedes Auslaufen von Betriebsstoffen einschließlich Hydrauliköl bei Fahrzeugen aller Art.

Dabei hängt die Bagatellgrenze einer nicht unerheblichen Menge jeweils von der besonderen Situation beim Unfall ab (z. B. Wassergefährdungsklasse des Beförderungsgutes, Unfallort/-gebiet, Unfallfolge) und obliegt der Fachkompetenz der zuständigen Behörde. Unabhängig davon liegt ein erheblicher Unfall vor, wenn

- eine Warnung oder Information an eine Abwasseranlage oder einen Gewässernutzer erforderlich wurde,
- Stoffe mit der Wassergefährdungsklasse (WGK) 3 freigesetzt wurden,
- mehr als 50 Liter eines wassergefährdenden Stoffes mit WGK 2 oder WGK 1 freigesetzt wurde,
- großflächiges Aufstreuen/Aufnehmen von Bindemitteln notwendig wurde oder
- die Schadenshöhe mehr als 1 000 € beträgt.

Das unfallbedingte Austreten der wassergefährdenden Stoffe und die nachfolgenden Verunreinigungen von Boden oder Gewässer stellen in jedem Fall eine massive Gefährdung für die Umwelt dar. Hauptursache für Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender

Stoffe ist dabei häufig menschliches Fehlverhalten. Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind zu ähnlichen Teilen auf technische Mängel und menschliches Fehlverhalten zurückzuführen

Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen

Der vorliegende Aufsatz beinhaltet die Ergebnisse der Erhebungen über die Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Sachsen. Diese Erhebungen werden auf Grundlage des Umweltstatistikgesetzes [1] jährlich bei den nach Landesrecht für die Entgegennahme der Anzeigen über die Unfälle zuständigen Behörden (Untere Wasserbehörden) durchgeführt. Sie dienen dem regelmäßigen Überblick über das Gefahrenpotenzial und die sich aus den Unfällen ergebenden Umweltbelastungen im Hinblick auf den Gewässerschutz.

Erfasst werden

- die Anzahl der Unfälle,
- die Menge der freigesetzten (am Unfallort ausgetretenen) Menge wassergefährdender Stoffe. Hierzu zählen nicht die Beimengungen infolge eingeleiteter Sofort- und Folgemaßnahme (wie z. B. Löschwasser, Bindemittel, Bodenaushub usw.),
- die wiedergewonnene Menge wassergefährdender Stoffe, die einer anschließenden Nutzung, Verwendung weiterhin zur Verfügung steht oder einer gesonderten Entsorgung zugeführt wird,

die Restmenge der freigesetzten Menge, die in der Umwelt verbleibt (nicht wiedergewonnene Menge als Differenz aus freigesetzter und wiedergewonnener Menge),

Unfallfolgen, Unfallgebiet, Unfallursachen sowie

getroffene Sofort- und Folgemaßnahmen zur Verminderung der Umweltschädigung.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Deutschland

Bundesweit ereigneten sich im Jahr 2010 2 460 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Dabei wurde eine Menge von rund 24 100 Kubikmetern potentiell umweltschädigender Stoffe freigesetzt – das entspricht dem Inhalt von 960 Tanklastzügen. Das langjährige Mittel (1997 bis 2010) der unfallbedingten Freisetzungsmenge liegt in Deutschland bei rund 8 900 Kubikmetern. Bedingt durch einen Großunfall in einer Anlage für Jauche, Gülle und Silagesickersäfte wurden 2010 allerdings allein rund 14 000 Kubikmeter Gülle und Gärreste freigesetzt. Grundsätzlich werden Jauche, Gülle und Silagesickersäfte nicht in Wassergefährdungsklassen eingestuft. In einer derart erheblichen Menge bedeuten sie jedoch eine gravierende Gefährdung für die Umwelt.

1 623 Unfälle passierten deutschlandweit im Berichtsjahr 2010 bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe und zwar größtenteils beim Transport auf Deutschlands Straßen (1 506 Unfälle).

837 Unfälle wurden beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Anlagen von gewerblichen Betrieben oder privaten Haushalten gezählt. Insgesamt wurde dabei eine Schadstoffmenge von 23,6 Millionen Litern freigesetzt.

Häufigste Unfallursachen waren das Ver-

sagen von Schutzeinrichtungen, Materialmängel und menschliches Versagen. Rund 79 Prozent der freigesetzten Gesamtmenge konnten nach Freisetzung wiedergewonnen werden, so beispielsweise durch Umpumpen oder Umladen in andere Behälter.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen im Freistaat Sachsen

Die zuständigen Behörden registrierten 2010 in Sachsen 88 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, bei denen eine Gesamtmenge von 1 076,5 Kubikmetern freigesetzt wurde. Die im Vergleich mit den vorangegangenen Jahren deutlich höhere Anzahl und die gleichfalls wesentlich größere Menge freigesetzter Stoffe mit Wassergefährdungspotential waren ursächlich auf das August-Hochwasser der Lausitzer Neiße zurückzuführen. Von 55 gemeldeten Unfällen mit sonstiger oder ungeklärter Ursache wurden 62 Prozent gleichfalls dem Hochwasser zugeschrieben.

Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Freistaat Sachsen

Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Anlagen wurde 2010 eine Menge von 1 069,4 Kubikmetern Schadstoffe freigesetzt. Infolge der Unfälle kam es u.a. zu Verunreinigungen von Flächen und Boden, Gewässern, Wasserversorgungseinrichtungen (Kläranlage oder Kanalnetz) bzw. zu Bränden oder Explosionen.

Durch Einleiten von Sofortmaßnahmen können in einer Vielzahl von Unfällen die direkte Schädigung der Gewässer abgemindert oder vermieden werden.

Hierzu gehören

- Abdichten schadhafter Behälter und Anlagenteile,
- Verhinderung des weiteren Auslaufens,

- Umpumpen/Umladen in andere Behälter,
- Aufbringen von Bindemitteln,
- Beseitigung von Brand- und Explosionsgefahren, Löschen etwaiger Brände,
- Analyse des verunreinigten Materials u. a.

Des Weiteren werden verschiedene Folgemaßnahmen getroffen, um die Schädigung der Umwelt weiter zu minimieren.

Hierzu zählen

- Aufnehmen oder Ausheben des verunreinigten Materials,
- Abfuhr des verunreinigten Materials oder
- Aufbereiten des verunreinigten Materials vor Ort,
- Niederbringung von Grundwasserbeobachtungsrohren,
- Anlegen von Schürfgruben,
- Errichtung von Brunnen zum Abpumpen des Schadstoffes und
- weitere Folgemaßnahmen, die nicht absehbar sind oder nicht näher zugeordnet werden können.

Aufgrund eingeleiteter Sofortmaßnahmen konnte bei 19 Unfällen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ein weiteres Auslaufen und in 16 Fällen deren weiteres Ausbreiten verhindert werden. In sechs Fällen war ein Umpumpen bzw. Umladen in andere Behälter erfolgreich und in sieben Fällen wurden Sperren in Gewässern eingebracht. In 13 Fällen erfolgte das Aufbringen von Bindemitteln. Weitere Sofortmaßnahmen wurden in 42 Fällen eingeleitet, darunter befanden sich 33 durch das Hochwasser bedingte Fälle.

Tab. 1 Hauptursachen der Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe in Deutschland

Merkmal	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Mängel an Behälter/ Verpackung	120	97	112	100	74	73	92	64	35	53	23	35	31
Mängel an Armaturen	22	30	54	28	44	25	41	41	32	104	30	17	38
Mängel an Fahrzeug und Sicherheitseinrichtungen	56	58	86	59	65	54	57	139	91	162	110	125	138
Sonstige Materialursache	106	92	131	113	108	109	101	101	142	141	126	119	149
Verhaltensfehler	773	849	853	819	833	742	857	870	576	522	606	670	842
Sonstige/ungeklärte Ursache	300	337	338	332	247	210	364	286	509	446	574	511	425
Unfälle insgesamt	1 377	1 463	1 574	1 451	1 371	1 213	1 512	1 501	1 385	1 428	1 469	1 477	1 623

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 19 Umwelt, Reihe 2.3 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 2001 bis 2010

Tab. 2 Folgen der Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Deutschland ¹⁾

Merkmal	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Verunreinigung einer versiegelten/befestigten Fläche ²⁾									1 162	1 221	1 283	1 323	1 428
Verunreinigung des Bodens (Eindringen in das Erdreich)	828	1 807	1 808	1 705	1 519	1 355	1 515	1 477	1 260	1 261	1 238	1 309	1 351
Verunreinigung eines Kanalnetzes und/oder Kläranlage	555	540	553	530	497	420	488	511	487	487	475	492	500
Verunreinigung eines Oberflächengewässers	725	697	678	656	592	499	567	552	509	555	509	537	598
darunter mit Fischsterben	25	23	20	18	21	29	31	34	28	32	25	31	22
Verunreinigung des Grundwassers	78	76	70	75	66	46	67	48	59	53	56	46	54
Verunreinigung einer Wasserversorgung	9	4	3	8	1	3	6	9	3	10	2	5	5
Brand/Explosion	68	60	92	66	75	100	98	86	80	64	84	68	105
Sonstige Unfallfolgen	214	250	246	270	340	254	409	423	172	109	77	86	99
Ungeklärte Unfallfolgen	25	54	19	41	36	25	25	25	11	10	21	9	11
Unfälle insgesamt	2 665	2 630	2 620	2 514	2 357	2 023	2 340	2 292	2 175	2 211	2 203	2 313	2 460

1) Mehrfachzählung möglich

2) ab 2006 ausgewiesen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 19 Umwelt, Reihe 2.3 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 2001 bis 2010

Mittels eingeleiteter Folgemaßnahmen wurden in 26 Fällen 567 Kubikmeter verunreinigtes Material aufgenommen und abgefahren. 570 Kubikmeter (53 Prozent) der insgesamt freigesetzten Schadstoffmenge konnten wiedergewonnen werden und wurden einer geordneten Entsorgung oder weiteren Verwendung zugeführt. 499,4 Kubikmeter konnten nicht wieder gewonnen werden, darunter 89 Kubikmeter Mineralölprodukte. 14 Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ereigneten sich in einem Überschwemmungsgebiet, wobei 387,7 Kubikmeter der wassergefährdenden Stoffe freigesetzt wurden

Unfälle bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe im Freistaat Sachsen

26 Prozent der Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Sachsen ereigneten sich bei der Beförderung. Dabei wurden 7,1 Kubikmeter Schadstoffe freigesetzt, wobei es sich fast ausschließlich (6,5 Kubikmeter) um Mineralölprodukte handelte. 21 Unfälle ereigneten sich bei Transporten mit Straßenfahrzeugen. Bei 20 Fahrzeugen wurde hierbei ausschließlich der Betriebsstofftank beschädigt, wobei 6,9 Kubikmeter Schadstoffe austraten. Bei drei Beförderungsmitteln wurden andere Behälter beschädigt und eine Schadstoffmenge von 0,3 Kubikmetern freigesetzt. Gefahrguttransporte waren an den Unfällen nicht beteiligt.

Von der freigesetzten Schadstoffmenge konnten 45,1 Prozent (3,2 Kubikmeter) einer

geordneten Entsorgung oder weiteren Verwendung zugeführt werden.

Bei eingeleiteten Folgemaßnahmen wurden 93 Kubikmeter verunreinigtes Material ausgehoben/aufgenommen und vom Unfallort abtransportiert. Mehr als die Hälfte aller bei der Beförderung ausgetretenen Schadstoffe (4 Kubikmeter = 56 Prozent) konnten nicht wiedergewonnen werden und verblieben in der Umwelt. Hiervon betroffen war auch ein Schadstoffeintrag von 1 500 Litern der Gefährdungskategorie 2, der in einem sonstigen schutzwürdigen Gebiet zu verzeichnen war.

Der überwiegende Teil der nicht wiedergewonnenen Schadstoffmenge (2,5 Kubikmeter) verblieb in einem nicht als schutzwürdig eingestuftem Gebiet. Im Oberflächengewässer verblieben 700 Liter Schadstoffe.

Zusammenfassung

Die Freisetzung wassergefährdender Stoffe stellt grundsätzlich eine Gefährdung der Umwelt dar. Das langjährige Mittel der Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in den letzten 14 Jahren liegt bundesweit bei 2 399

Abb. 1 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Sachsen



Unfällen, das der unfallbedingten Freisetzungsmenge bei 8 883 Kubikmetern.

Die Betrachtung der starken Schwankungen beider Werte über die Jahre verdeutlicht, dass nicht die jährliche Anzahl der Unfälle bei der Beförderung oder dem Umgang mit diesen Stoffen von Bedeutung ist, sondern die Menge der unfallbedingt freigesetzten Stoffe mit Schädigungspotential, teilweise sogar bezogen auf den Einzelfall. Der Anteil der nicht wiedergewonnenen Freisetzungsmenge ist ein direkter Gradmesser für die unfallbedingte Schädigung der natürlichen Ressourcen (Wasser, Boden, Luft).

In der Bundesrepublik Deutschland wird derzeit u. a. auch geprüft, ob die Gefährdung der Umwelt durch den Transport wassergefährdender Stoffe verringert werden kann, wenn dieser von der Straße auf die Schiene verlagert wird.

Eine Einschätzung der möglichen bzw. tatsächlichen Umweltbeeinträchtigung durch das Einwirken wassergefährdender Stoffe seitens der amtlichen Statistik erweist sich grundsätzlich als schwierig. Während Daten zu Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen jährlich erhoben werden, liegen die Angaben zum Gefährdungspotential der Anlagen im Umgang mit derartigen Stoffen nur aller fünf Jahre vor.

Um die Beeinträchtigung der Umwelt im Allgemeinen und die Schädigung der natürlichen Ressource Wasser im Besonderen durch Stoffe mit Gefährdungspotential zu vermeiden, wird die Entwicklung auf diesem Gebiet durch die nach Landesrecht zuständigen Behörden überwacht.

Susanne Stoll, Dipl.-Ing.-Ökonomin,
Referentin Umweltstatistik

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2446), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2723)

Tab. 3 Unfallfolgen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Sachsen 2010

Merkmal	Anzahl der Unfälle	Freigesetzte Menge insgesamt	Nichtwiedergewonnene Menge insgesamt
		m ³	
Insgesamt	65 ²⁾	1 069,4	499,4
Verunreinigung			
einer versiegelten und befestigten Fläche	14	51,6	45,8
des Bodens	22	35,9	30,4
eines Kanalnetzes bzw. Kläranlage	8	29,0	23,6
eines Oberflächengewässers	47	1 039,2	470,0
des Grundwassers	2	10,1	5,1
einer Wasserversorgung	1	10,0	5,0
Brand/Explosion	3	20,6	20,5
Sonstige Unfallfolgen	2	20,1	20,0

1) 2010 ereigneten sich Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen durch das August-Hochwasser der Lausitzer Neiße.

Tab. 4 Unfallfolgen bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe in Sachsen 2010

Merkmal	Anzahl der Unfälle	Freigesetzte Menge insgesamt	Nichtwiedergewonnene Menge insgesamt
		m ³	
Insgesamt	23	7,1	4,0
Verunreinigung			
einer versiegelten und befestigten Fläche	16	4,6	1,6
des Bodens	14	4,9	3,4
eines Kanalnetzes bzw. Kläranlage	8	2,7	1,2
eines Oberflächengewässers	5	1,3	0,7
des Grundwassers	-	-	-
einer Wasserversorgung	-	-	-
Brand/Explosion	-	-	-
Sonstige Unfallfolgen	13	3,6	1,3

Export und Import von Krankenhausdienstleistungen in Sachsen 1995 bis 2009

Vorbemerkungen

Die stationäre Versorgung ist ein wichtiges und von der Bevölkerung hochgeschätztes Glied der medizinischen Versorgungskette im deutschen und sächsischen Gesundheitssystem. Rund 2,2 Milliarden € gaben allein die gesetzlichen Krankenkassen¹⁾ in Sachsen 2009 für Krankenhausbehandlungen aus, das ist etwa ein Viertel ihrer Gesamtausgaben. [1] Die zunehmende Patientenmobilität und die Herausbildung des europäischen Gesundheitsmarktes²⁾ führen dabei zu einer verstärkten Inanspruchnahme bundesländer- und grenzüberschreitender Behandlungen. Grundsätzlich sind zwei Typen von Patienten zu differenzieren, welche Gesundheitsdienstleistungen im Ausland oder außerhalb des eigenen Bundeslandes konsumieren:

- Patienten, die während eines Aufenthaltes im Ausland oder in einem anderen Bundesland eine akute medizinische Versorgung benötigen, die nicht aufgeschoben werden kann, und
- Patienten, die sich gezielt bei einem geplanten Eingriff für einen ausländischen oder bundesländerüberschreitenden Leistungserbringer entscheiden. [3]

Bei der Wahl des Behandlungsortes sind die Patienten in Deutschland jedoch nicht völlig frei, sondern es gelten gewisse Einschränkungen. So wird der Wettbewerb der Krankenhäuser dadurch beeinflusst, dass die Ärzte bei der Einweisung in ein Krankenhaus nach § 73 Absatz 4 Satz 3 SGB V³⁾ dem Patienten die beiden nächst erreichbaren für die Behandlung geeigneten Krankenhäuser anzugeben haben. Wählt der Versicherte ein anderes Krankenhaus, können die Krankenkassen nach § 39 Absatz 2 SGB V⁴⁾ die Mehrkosten der Behandlung dem Versicherten in Rechnung stellen. [4] Diese Einschränkungen

sollen zum einen eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung gewährleisten und zum anderen sicherstellen, dass die Beiträge der Versicherten wirtschaftlich verwendet werden.

Unabhängig davon ist die Akquise der im Ausland oder in einem anderen Bundesland wohnenden Patienten für sächsische Krankenhäuser eine Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen zu realisieren.

Den Berechnungen der Exportleistungen als Teil der Gesundheitsausgabenrechnung⁵⁾ wurde in der Vergangenheit wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl sich gerade in deutschen Krankenhäusern zahlreiche Patienten aus dem Ausland behandeln lassen. Aufgrund der Notwendigkeit zur Durchführung weiterer Recherchen zu dieser Thematik wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig in Form einer Diplomarbeit die Bedeutung der grenzüberschreitenden Versorgung und die sächsischen Exportleistungen im stationären Gesundheitswesen analysiert und berechnet. [5] Der vorliegende Beitrag basiert auf der methodischen Vorgehensweise der oben genannten Diplomarbeit, jedoch wurden hier aktuelle Ergebnisse für 2009 mit eingeschlossen.

Begriffsdefinitionen und Methodik

Auf dem Markt für Krankenhausdienstleistungen bieten Krankenhäuser den versicherten Patienten ihre Dienste an. Die Krankenhäuser erhalten für die erforderlichen Behandlungen der Patienten die vereinbarten Fallpauschalen⁶⁾ von den Versicherungen der Patienten. Somit ist für versicherte deutsche Patienten die Höhe der Preise bzw. der Fallpauschalen innerhalb Deutschlands ohne direkte Bedeutung. Die Entscheidungen der deutschen Patienten für ein bestimmtes Krankenhaus werden eher von den Faktoren wie der Nähe zu den Wohnorten, der Art und

Breite der angebotenen Behandlungen, den Hinweisen behandelnder Ärzte, der Qualität der angebotenen Leistungen und der Ausstattung mit medizinischen Großgeräten bestimmt. [4]

Bei einer grenzüberschreitenden Inanspruchnahme von Krankenhausdienstleistungen

- 1) Zu den gesetzlichen Krankenkassen zählen die Primärkassen Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK), Innungskrankenkasse (IKK) sowie die Betriebskrankenkasse (BKK). Des Weiteren werden zu den gesetzlichen Krankenkassen auch die Bundes- und Ersatzkrankenkassen gezählt. Dazu gehören die Landwirtschaftskrankenkasse (LKK), die Knappschaft Bahn-See (KBS) sowie der Verband der Ersatzkassen e. V. (bestehend aus sechs Ersatzkassen, dazu gehören u. a. die Barmer GEK oder die Techniker Krankenkasse).
- 2) Mit der Öffnung der Gesundheitsmärkte und der nationalen Umsetzung der europäischen Rechtsnormen wird die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen im EU-Ausland erleichtert. So ist spätestens ab 2013 eine freie Arzt- und Krankenhauswahl in Europa möglich. Europäische Patienten können sich künftig in jedem beliebigen EU-Staat ohne vorherige Genehmigung ihrer Krankenkasse ambulant behandeln lassen. Bei längeren Krankenhausaufenthalten und teuren Spezialbehandlungen ist zwar zunächst eine Genehmigung einzuholen, die Kassen dürfen diese aber nur im Ausnahmefall verweigern. Das hat das Europäische Parlament 2011 mit klarer Mehrheit in Straßburg beschlossen. Den Beschluss müssen die EU-Staaten bis Ende 2013 in nationales Recht umsetzen. Die Krankenkassen müssen allerdings in beiden Fällen nur den Betrag erstatten, den sie auch im Heimatland erstattet hätten. Ist die Behandlung teurer, muss der Patient die Differenz tragen. [2]
- 3) SGB V § 73 Absatz 4 Satz 3 (In der Fassung vom 21. Juli 2004): „In der Verordnung von Krankenhausbehandlung sind in den geeigneten Fällen auch die beiden nächsterreichbaren, für die vorgesehene Krankenhausbehandlung geeigneten Krankenhäuser anzugeben.“
- 4) SGB V § 39 Absatz 2 (In der Fassung vom 21. Juli 2004): „Wählen Versicherte ohne zwingenden Grund ein anderes als ein in der ärztlichen Einweisung genanntes Krankenhaus, können ihnen die Mehrkosten ganz oder teilweise auferlegt werden.“
- 5) Die Gesundheitsausgabenrechnung beschäftigt sich mit der Ermittlung der Ausgaben im Gesundheitswesen nach Leistungsarten, Einrichtungen sowie Ausgabenträgern. Daten zu den Gesundheitsausgaben liegen auf nationaler Ebene in vergleichbarer Form ab dem Berichtsjahr 1992 vor. In Sachsen werden die Gesundheitsausgaben vorerst nur nach Ausgabenträgern erfasst. Hier stehen seit dem Berichtsjahr 2006 Daten zur Verfügung.
- 6) Nach Wikipedia ist „die Fallpauschale eine Form der Vergütung von Leistungen im Gesundheitssystem. Im Gegensatz zu zeitraumbezogenen Vergütungsformen (wie tagesgleiche Pflegesätze) oder einer Vergütung einzelner Leistungen (Einzelleistungsvergütung) erfolgt bei Fallpauschalen die Vergütung von medizinischen Leistungen pro Behandlungsfall. Das Verfahren wird international in vielen Ländern benutzt. Das Verfahren hilft, die Kosten für die Behandlung im Einzelfall zu begrenzen.“ (aufgerufen am 04.01.2012)

sind vor allem, abgesehen von den Akut- und Notfallbehandlungen, die geringeren Kosten gegenüber einer Behandlung im eigenen Land, aber auch die Wartelisten bei bestimmten Behandlungen entscheidende Gründe für die Wahl einer Krankenhausbehandlung im Ausland. [6]

Die vorliegende Analyse untersucht die grenz- und bundesländerüberschreitenden Patientenströme und die daraus entstehenden Import- und Exportleistungen anhand der territorialen Einheit des Freistaates Sachsen. Die Reise eines Patienten aus einem Land oder Bundesland zur Behandlung in ein in Sachsen liegendes Krankenhaus wird dabei als Export der Krankenhausdienstleistung und die Behandlung eines sächsischen Patienten durch ein Krankenhaus eines anderen Staates oder Bundeslandes als Import der Krankenhausdienstleistung betrachtet.

In die Auswertung einbezogen sind die Daten der Krankenhausstatistik⁷⁾ aus den Jahren 1995 bis 2009. Dazu zählen die Grunddaten aus Teil I sowie die bereinigten Kosten der Krankenhaus-Kostendaten aus Teil III der Krankenhausstatistik. Die Erhebung der Krankenhausstatistik bezieht sich auf alle Krankenhäuser einschließlich der mit ihnen verbundenen Ausbildungsstätten. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie Krankenhäuser im Straf- oder Maßregelvollzug und Polizeikrankenhäuser sind von dieser Erhebung ausgenommen. [7]

Die Krankenhausstatistik Sachsens liefert Informationen zu den in sächsischen Krankenhäusern behandelten Patienten mit Wohnort im Ausland oder in einem anderen Bundesland. Aus den daraus gewonnenen Informationen können die Exportleistungen der sächsischen Krankenhäuser berechnet werden. Zur Berechnung der Importleistungen muss aufgrund einer fehlenden Datenbasis der Anteil der im Ausland behandelten Sachsen geschätzt werden. Die außerhalb des Freistaates Sachsen, aber innerhalb Deutschlands behandelten Patienten mit Wohnort in Sachsen lassen sich jedoch aus der Krankenhausstatistik Deutschlands entnehmen (vgl. Abb. 1).

Die Export- und Importleistungen werden anhand bereinigter Kosten berechnet. Diese stellen die vollstationären Kosten für allgemeine Krankenhausleistungen dar und ergeben sich aus der Differenz zwischen den Gesamtkosten und den Abzügen. Sie sind über alle betrachteten Jahre hinweg vergleichbar. [8] Es wird im Folgenden immer auf diese Kostenart Bezug genommen. Entsprechend werden die Begriffe Kosten und bereinigte Kosten synonym verwendet.

Abb. 1 Aussagemöglichkeiten zum sächsischen Export und Import von Krankenhausdienstleistungen auf der Grundlage der Krankenhausstatistik



Berechnung der Exportleistungen

Die Exportleistungen werden anhand der bereinigten Kosten berechnet, die durch die in Sachsen behandelten Patienten mit Wohnort außerhalb Sachsens verursacht werden. Dies erfolgt in zwei Schritten:

1. Berechnung der sächsischen Krankenhauskosten je Belegungstag aus der Summe der bereinigten Kosten in Sachsen insgesamt dividiert durch die Belegungstage in Sachsen insgesamt.
2. Berechnung der sächsischen Exportleistungen aus den sächsischen Krankenhauskosten je Belegungstag multipliziert mit den Belegungstagen der in Sachsen behandelten Patienten mit Wohnort außerhalb von Sachsen (getrennt nach Ausland und anderem Bundesland).

Neben den Exportleistungen werden die durchschnittliche Verweildauer und die Kosten je Fall eines eingereisten Patienten berechnet. Die durchschnittliche Verweildauer gibt die Zahl der Tage an, die ein Patient durchschnittlich in vollstationärer Behandlung verbracht hat. Sie ergibt sich aus den Berechnungs- und Belegungstagen und den Fallzahlen der in Sachsen behandelten Patienten mit Wohnort außerhalb Sachsens. Die Kosten je Behandlungsfall errechnen sich aus den bereinigten Kosten des Exportes und den Fallzahlen der in Sachsen behandelten nicht-sächsischen Patienten.

Berechnung der Importleistungen

Zunächst wird der Import von Krankenhausdienstleistungen aus den anderen Bundesländern betrachtet. Die Importleistungen werden anhand der bereinigten

Kosten je Belegungstag der Krankenhäuser in Deutschland berechnet. Dabei werden die Kosten je Belegungstag im deutschen Durchschnitt mit den Belegungstagen der in Sachsen wohnenden, aber außerhalb von Sachsen behandelten Patienten multipliziert. Die Kosten pro Fall werden anhand der bereinigten Importkosten und der Fallzahlen der außerhalb von Sachsen behandelten sächsischen Patienten berechnet. Die aus diesen Berechnungen gewonnenen Ergebnisse spiegeln nur den Import der deutschen Krankenhausdienstleistungen wider. Der aus dem Ausland importierte Anteil muss geschätzt werden.

Schätzung der im Ausland erbrachten Importleistungen

Aufgrund der fehlenden Datenbasis zur grenzüberschreitenden stationären Versorgung der Sachsen im Ausland werden die Daten auf Grundlage einer Studie der Techniker Krankenkasse (TK) zur Nachfrage der TK-Mitglieder nach EU-Auslandsbehandlungen geschätzt⁸⁾. In dieser Studie wurden sämtliche Auslandsbehandlungen – geplant und ungeplant – in allen Ländern berücksichtigt, in denen die europäische Krankenversiche-

7) Krankenhausstatistik Sachsen 2009 – Krankenhäuser – Teil I: Grunddaten und Teil III: Kostennachweis; Veröffentlichung erfolgt im Statistischen Bericht des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen: Krankenhäuser im Freistaat Sachsen, Kennziffer A IV 2; Rechtsgrundlage: Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser (Krankenhausstatistik-Verordnung – KHStatV) vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 3429, 3442) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).

8) Die Studie „Die TK in Europa“ basiert auf einer schriftlichen Befragung aller TK-Mitglieder, die 2008 mindestens eine EU-Auslandsbehandlung hatten. Es wurden unter anderem Fragen zum Alter, Wohnort, Bruttoeinkommen, zur Behandlungsart und zur Zufriedenheit gestellt.

Abb. 2 Berechnung der Anzahl der im Ausland behandelten Sachsen

Berechnungsschritte	
	(Patienten-Fallzahlen in Sachsen in Sachsen behandelte Patienten mit Wohnort außerhalb Sachsens - hier andere Bundesländer und Ausland zusammen
-	sächsische Patienten, die außerhalb Sachsens behandelt wurden - hier nur in anderen Bundesländern)
+	100
*	Anteil der stationär behandelten sächsischen Patienten (ohne Auslandsbehandlungen) an insgesamt (99,4 Prozent)
/	
=	Stationär behandelte sächsische Patienten (ohne Auslandsbehandlungen)
*	Anteil der im Ausland behandelten sächsischen Patienten (0,6 Prozent)
/	100
=	sächsische Patienten mit stationärer Behandlung im Ausland

runterkarte (EHIC)⁹⁾ gilt. Dies betrifft alle Mitgliedsstaaten der EU sowie des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und die Schweiz. [9]

In der TK-Studie werden die Anzahl der Auslandsbehandlungen unter anderem nach Bundesländern und nach Behandlungsarten¹⁰⁾ ausgewiesen. Auf der Basis dieser Angaben konnte ermittelt werden, dass im Jahr 2008 204 Patienten (Fälle) mit Wohnort in Sachsen im europäischen Ausland stationär behandelt wurden. Wird angenommen, dass wie im Durchschnitt von Sachsen, rund 23 Prozent der sächsischen TK-Versicherten pro Jahr stationär in einem sächsischen Krankenhaus behandelt werden, entspricht der Anteil der im Ausland durchgeführten stationären Behandlungen 0,5 Prozent der insgesamt in Sachsen sowie im Ausland aufgetretenen Behandlungsfälle. Die außerhalb des europäischen Auslands vollzogenen stationären Behandlungen bleiben in der Studie unberücksichtigt. Aufgrund des oben berechneten Auslandsanteils sächsischer Patienten und einer Hinzuschätzung der in der TK-Studie unberücksichtigten stationären Leistungen im weiteren Ausland wird angenommen, dass 0,6 Prozent der sächsischen Patienten jährlich im Ausland stationär behandelt werden, aufgrund dessen auch 0,6 Prozent an den durch sächsische Patienten verursachte Krankenhauskosten im Ausland entstehen. Die Ermittlung der Anzahl der im Ausland behandelten Sachsen zeigt Abbildung 2.

Saldoberechnung

In einem letzten Schritt werden die Salden aus Import- und Exportleistungen zwischen Sachsen und den anderen Bundesländern so-

Tab. 1 In sächsischen Krankenhäusern stationär behandelte Patienten 1995 bis 2009

Jahr	Fallzahl	Berechnungs- und Belegungstage	Bereinigte Kosten insgesamt	Bereinigte Kosten je Behandlungsfall	Bereinigte Kosten je Belegungstag	Durchschnittliche Verweildauer
	Anzahl	Tage	1 000 €	€	€	Tage
1995	749 765	9 319 540	2 149 441	2 867	231	12,4
1996	781 484	9 264 182	2 223 275	2 845	240	11,9
1997	811 665	9 161 693	2 319 100	2 857	253	11,3
1998	847 728	9 262 008	2 383 526	2 812	257	10,9
1999	872 245	9 265 584	2 429 926	2 786	262	10,6
2000	877 237	9 204 592	2 465 785	2 811	268	10,5
2001	884 494	9 044 967	2 519 359	2 848	279	10,2
2002	906 613	8 919 345	2 638 328	2 910	296	9,8
2003	914 112	8 650 664	2 717 379	2 973	314	9,5
2004	888 311	8 052 568	2 744 783	3 090	341	9,1
2005	916 444	7 959 314	2 796 726	3 052	351	8,7
2006	917 915	7 759 411	2 866 052	3 122	369	8,5
2007	926 534	7 697 469	2 957 313	3 192	384	8,3
2008	947 577	7 640 431	3 090 263	3 261	404	8,1
2009	969 253	7 749 885	3 303 311	3 408	426	8,0

Quelle: Krankenhausstatistik Sachsen, z. T. eigene Berechnungen auf Basis der Krankenhausstatistik

wie mit dem Ausland berechnet. Das Ergebnis zeigt die Bilanz aus den jeweiligen Import- und Exportleistungen an.

Ergebnisse

Stationäre Versorgung in Sachsen

In den Kliniken Sachsens wurden 2009 969 253 Patienten behandelt, die Kosten in Höhe von über 3,3 Milliarden € verursachten. Keine Berücksichtigung in dieser Summe fanden die nicht pflegesatzfähigen Kosten. Das sind Kosten für Leistungen, die nicht der stationären oder teilstationären Krankenhausbehandlung zuzuordnen sind, z. B. die Kosten für Lehre und Forschung.

Diese bereinigten Kosten der Krankenhäuser sind 2009 zum Vorjahr um 6,9 Prozent und im betrachteten Zeitraum 1995 bis 2009 um 53,7 Prozent gestiegen. Die bereinigten Kosten pro Behandlungsfall kletterten 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozent auf durchschnittlich 3 408 € (vgl. Tab. 1). Im Bundesdurchschnitt betragen die Kosten je Behandlungsfall in diesem Jahr 3 772 €. Somit weist Sachsen 2009 gegenüber Deutschland niedrigere absolute Behandlungskosten je Fall auf. Dies war auch für den gesamten betrachteten Zeitraum ab 1995 der Fall.

Ein Vergleich der Wachstumsraten zwischen den bereinigten Kosten je Behandlungsfall und den Fallzahlen der in sächsischen Krankenhäusern stationär behandelten Patienten zeigt, dass die Fallzahlen 2009 mit nur

2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr weniger stark gestiegen sind als die bereinigten Kosten je Behandlungsfall mit 4,5 Prozent. Die höheren Gesamtkosten sind neben den zunehmenden Patientenzahlen somit zu einem großen Teil auch auf die steigenden Personal- und Sachkosten zurückzuführen.

Im Gegensatz zu den Kosten und Behandlungsfällen hat sich die durchschnittliche Verweildauer der in Sachsen behandelten Patienten von 12,4 Tage 1995 um 35,5 Prozent auf 8,0 Tage 2009 verringert (vgl. Tab. 1 und Abb. 3). Dies entspricht auch dem deutschen Durchschnitt. Zu einer Verkürzung der Verweildauer führten zum einen der medizinisch-technische Fortschritt, vor allem aber der zunehmende Kostendruck auf die Krankenhäuser. Denn während es früher betriebswirtschaftlich reizvoll war, unterbelegte Betten durch möglichst lange Krankenhausaufenthalte auszulasten, ist das heute aufgrund der vorgegebenen diagnosebezogenen

9) Mit der Europäischen Krankenversicherungskarte (European Health Insurance Card - EHIC) können gesetzlich Krankenversicherte europaweit medizinische Leistungen erhalten. Die Karte gilt in allen Ländern der EU sowie einigen weiteren europäischen Staaten. Wer in Deutschland gesetzlich versichert ist, muss die Europäische Krankenversicherungskarte nicht beantragen. Sie ist automatisch auf der Rückseite der Versichertenkarte aufgedruckt. Innerhalb der EU ersetzt sie den früher notwendigen Auslandskrankenschein. Der Versicherte erhält damit eine Behandlung durch das öffentliche System (Krankenhäuser und Ärzte) in anderen EU-Ländern. Die Europäische Krankenversicherungskarte gilt aber nicht für Gesundheitsdienstleister aus dem privaten Sektor. [11]

10) Zu den Behandlungsarten zählen hier unter anderem die Kurbehandlung, die Behandlung beim Arzt für Allgemeinmedizin, Zahnmedizin oder bei einem Facharzt sowie die stationäre Behandlung in einem Krankenhaus.

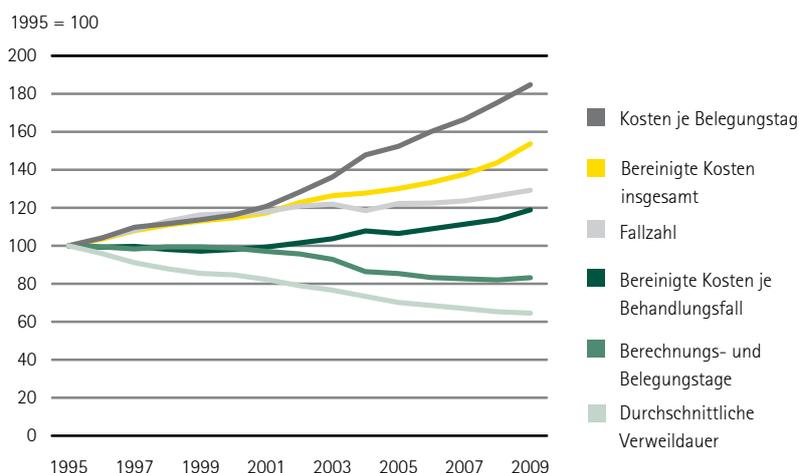
Fallgruppen-Vergütung umgekehrt¹¹⁾: Wird ein Patient früher aus der Klinik entlassen als es dem durchschnittlichen vergleichbaren Krankheitsfall entspricht, dann ist dies heute positiv für die Erträge des Krankenhauses zu sehen. [10]

Patientenimport – Dienstleistungsexport im stationären Sektor Sachsens

Von den 969 253 Patienten, die sich 2009 in Sachsens Krankenhäusern vollstationär behandeln ließen, hatten 48 311 Patienten einen Wohnort außerhalb Sachsens. Das entspricht 5,0 Prozent aller in Sachsen behandelten Patienten. Von den Patienten mit Wohnort außerhalb Sachsens waren wiederum 2,0 Prozent im Ausland wohnhaft.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Zahlen der nichtsächsischen Patienten mit Wohnort in Deutschland um 2,7 Prozent gestiegen, gegenüber 1995 um 79,6 Prozent. Bei Betrachtung der in Sachsen behandelten Patienten mit Wohnort im Ausland lässt sich feststellen, dass die Fallzahlen 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent gestiegen sind, im Vergleich zu 1995 aber um insgesamt 38,5 Prozent fielen. Dabei verlief diese Entwicklung nicht kontinuierlich. Im Jahr 2002 wurde mit 536 Patienten die geringste Anzahl an Patienten mit Wohnort im Ausland registriert. Seit 2003 steigen aber diese Patientenzahlen in sächsischen Krankenhäusern wieder an (vgl. Tab. 2).

Abb. 3 Entwicklung ausgewählter Merkmale der stationären Behandlung in Sachsen 1995 bis 2009



Die meisten der in Sachsen behandelten Patienten mit Wohnort außerhalb von Sachsen kamen 2009 mit jeweils mehr als 10 000 Patientenfällen aus den angrenzenden Bundesländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen. Das Nachbarbundesland Bayern verzeichnete hingegen geringe Fallzahlen in Höhe von 3 477 Patienten (vgl. Abb. 4). Werden die Zahlen der im Ausland wohnenden Patienten analysiert, dann lässt sich – wie zu erwarten – feststellen, dass vor allem die Nachbarländer Polen und Tschechien mit jeweils 136 bzw. 97 Patientenfällen (2009) und einem Anteil von insgesamt 24,3 Prozent den Hauptan-

teil der in Sachsen behandelten Patienten mit Wohnort im Ausland bildeten (vgl. Abb. 5). In zeitlicher Betrachtung verlief die Entwicklung der Patientenzahlen aus Polen und

11) Bis zum Jahr 2002 wurden die stationären Krankenhausleistungen zu ca. 80 Prozent über tagesgleiche Pflegesätze und zu ca. 20 Prozent über Fallpauschalen bzw. Sonderentgelte abgerechnet. Die Kliniken rechnen seit 2003 optional, seit 2004 verbindlich alle Akutkrankenhausleistungen über Fallpauschalen, d. h. DRGs, ab. Ausgenommen sind davon grundsätzlich Abteilungen und Kliniken für Psychiatrie, Psychosomatik und psychotherapeutische Medizin. Zudem können hoch spezialisierte Einrichtungen zeitlich befristet die Herausnahme aus dem DRG-System beantragen, wenn sich ihre Leistungen noch nicht dem Aufwand entsprechend im DRG-System abbilden lassen.

Tab. 2 In Sachsen stationär behandelte Patienten mit Wohnort außerhalb von Sachsen 1995 bis 2009

Jahr	Fallzahlen ¹⁾		Berechnungs- und Belegungstage		Bereinigte Kosten		Bereinigte Kosten je Behandlungsfall		Durchschnittliche Verweildauer	
	Deutschland ²⁾	Ausland ²⁾	Deutschland ²⁾	Ausland ²⁾	Deutschland ²⁾	Ausland ²⁾	Deutschland ²⁾	Ausland ²⁾	Deutschland ²⁾	Ausland ²⁾
	Anzahl		Tage		€		€		Tage	
1995	26 367	1 560	293 165	13 018	67 615 016	3 002 447	2 564	1 925	11,1	8,3
1996	28 744	1 218	314 029	10 205	75 362 582	2 449 058	2 622	2 011	10,9	8,4
1997	34 114	1 792	345 816	15 392	87 536 422	3 896 178	2 566	2 174	10,1	8,6
1998	34 931	746	332 910	7 071	85 672 516	1 819 682	2 453	2 439	9,5	9,5
1999	36 843	709	342 841	5 952	89 911 033	1 560 929	2 440	2 202	9,3	8,4
2000	38 168	735	356 035	6 033	95 376 934	1 616 159	2 499	2 199	9,3	8,2
2001	39 251	625	360 650	6 118	100 454 410	1 704 090	2 559	2 727	9,2	9,8
2002	39 971	536	355 071	3 639	105 029 434	1 076 410	2 628	2 008	8,9	6,8
2003	41 654	661	367 079	5 603	115 308 231	1 760 035	2 768	2 663	8,8	8,5
2004	43 081	627	356 752	4 686	121 601 808	1 597 261	2 823	2 547	8,3	7,5
2005	41 928	628	349 205	4 243	122 702 874	1 490 896	2 927	2 374	8,3	6,8
2006	42 294	778	340 869	4 823	125 904 953	1 781 446	2 977	2 290	8,1	6,2
2007	44 746	819	352 361	5 161	135 374 597	1 982 820	3 025	2 421	7,9	6,3
2008	46 127	933	356 591	6 112	144 227 462	2 472 071	3 127	2 650	7,7	6,6
2009	47 352	959	386 904	6 023	164 898 485	2 567 003	3 482	2 677	8,2	6,3

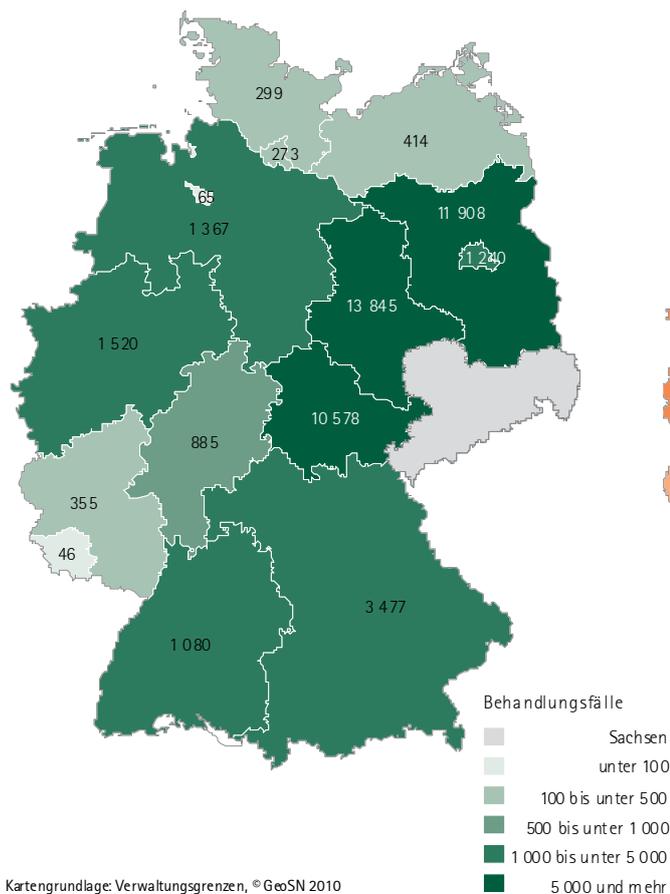
Quelle: Krankenhausstatistik Sachsen, z. T. eigene Berechnungen auf Basis der Krankenhausstatistik

1) Die hier aufgeführten Fallzahlen lassen sich konkret einem Bundesland oder einem Land zuordnen, Patienten mit einer "ungeklärten" Nationalität oder Patienten "ohne Angaben" sind in den Fallzahlen nicht mit enthalten.

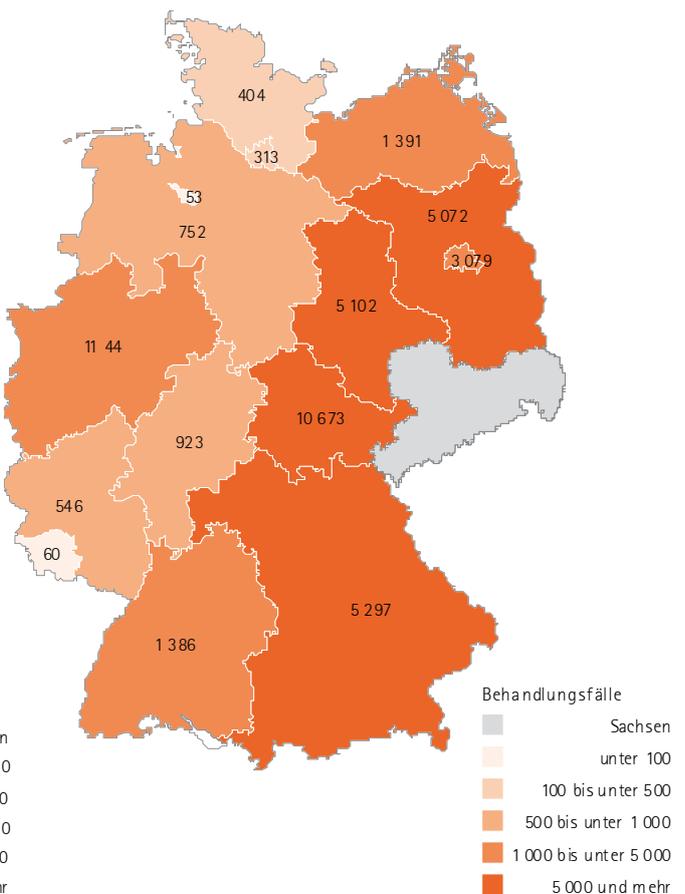
2) Wohnort der behandelten Patienten

Abb. 4 Patientenbewegungen Sachsen – andere Bundesländer 2009

In Sachsen behandelte Patienten mit Wohnort außerhalb von Sachsen



Sächsische Patienten mit Behandlungsort außerhalb von Sachsen

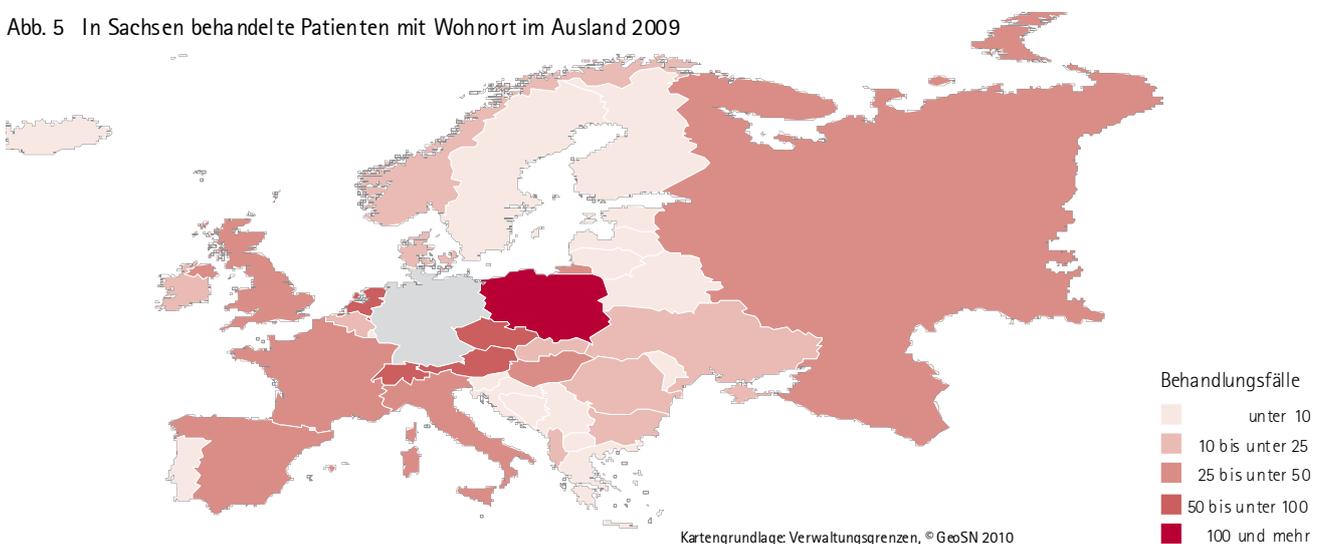


Tschechien gegenläufig. Die Anzahl der in Polen wohnenden Patienten nahm 2009 gegenüber 1995 um 7,5 Prozent ab. Dagegen nahm die Anzahl der in Tschechien wohnenden Patienten gegenüber 1995 um 59,0 Prozent zu. Relativ viele Patienten wurden in sächsischen Krankenhäusern 2009 weiterhin aus Österreich (8,0 Prozent), den USA (5,9 Prozent),

der Schweiz (5,6 Prozent) und den Niederlanden (5,3 Prozent) versorgt. Im Vergleich zu der Gesamtzahl der in Sachsen behandelten Patienten ist die durchschnittliche Verweildauer der in Deutschland, aber außerhalb von Sachsen wohnenden Patienten bis 2008 stets geringer. Nur 2009 wurden die Patienten aus anderen Bundes-

ländern um 0,2 Tage länger stationär behandelt als die in sächsischen Krankenhäusern behandelten Patienten insgesamt. Die Patienten mit Wohnort im Ausland wiesen in sächsischen Krankenhäusern die kürzeste Verweildauer auf (vgl. Tab. 1 und Tab. 2). Die monetären Exportleistungen der sächsischen Krankenhäuser entsprachen 2009

Abb. 5 In Sachsen behandelte Patienten mit Wohnort im Ausland 2009



*Außerhalb Europas wiesen die Patienten aus den USA mit 57 Behandlungsfällen die meisten Fallzahlen in sächsischen Krankenhäusern 2009 auf.

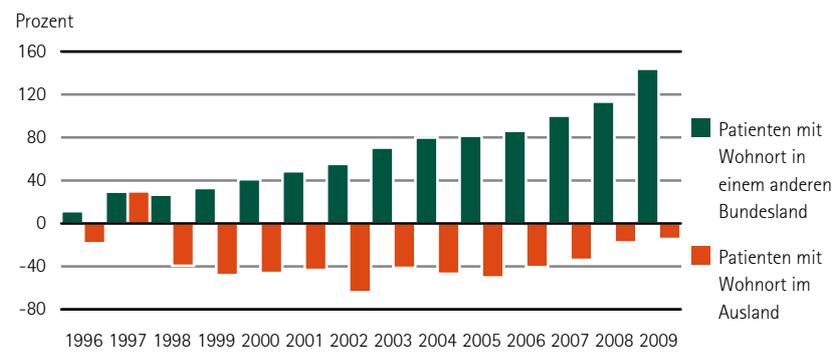
insgesamt 167,5 Millionen €. Davon wurden 2,6 Millionen € bzw. 1,5 Prozent für die Behandlung der im Ausland wohnenden Patienten erbracht.

Aufgrund der zunehmenden Patientenzahlen aus einem anderen Bundesland oder dem Ausland sowie der erhöhten Behandlungskosten je Fall sind die Exportleistungen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 14,2 Prozent (14,3 Prozent bei Patienten aus anderen Bundesländern und 3,8 Prozent bei den im Ausland wohnenden Patienten) gestiegen. Dies entspricht einer höheren Wachstumsrate als die der Gesamtkosten für die in Sachsen behandelten Patienten insgesamt (6,9 Prozent). Gegenüber 1995 stiegen die Exportleistungen sächsischer Krankenhäuser um insgesamt 137,1 Prozent.

Bezüglich der Behandlungskosten je Fall wurden in sächsischen Krankenhäusern entsprechend der Herkunft der Patienten zum Teil sehr unterschiedliche Werte festgestellt. Patienten mit Wohnort außerhalb von Sachsen, aber innerhalb Deutschlands, verursachten um 2,2 Prozent höhere Kosten je Fall als der Durchschnitt aller Patienten in sächsischen Krankenhäusern. Die Kosten für die behandelten Patienten mit Wohnort im Ausland waren dagegen um 21,5 Prozent geringer. Ursache hierfür sind vor allem die unterschiedlichen Werte für die Verweildauer (vgl. Tab. 2). Die Exportleistungen, die an den in Sachsen behandelten Patienten mit Wohnort im Ausland erbracht wurden, waren im betrachteten Zeitraum mit Ausnahme von 1997 stets geringer als die Exportleistungen des Jahres 1995. Ursache hierfür sind vor allem die geringeren Patientenzahlen. Die Veränderungsrate der Exportleistungen zum Vorjahr, die durch die in sächsischen Krankenhäusern behandelten Patienten, mit Wohnort in einem anderen Bundesland, erbracht wurden, stiegen mit Ausnahme von 1998 dagegen kontinuierlich (vgl. Abb. 6).

Anhand der Auswertungen lässt sich erkennen, dass der Export der Krankenhausdienstleistungen ins Ausland eine eher geringere Bedeutung einnimmt, der Hauptanteil des Exportes an Krankenhausdienstleistungen wird vor allem durch die Behandlungen von Patienten aus den benachbarten Bundesländern erbracht. So haben Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen einen Anteil von 79,1 Prozent am Export der sächsischen Krankenhausdienstleistungen in die anderen Bundesländer (vgl. Tab. 4). Die höchsten Behandlungskosten je Fall weisen dabei die Patienten aus Sachsen-Anhalt auf. Neben den hohen Kosten haben sie auch mit 9,3 Tagen die längste Verweildauer. Hier kann angenommen werden, dass die Universitätsklinik Leipzig mit ihren Spezialzentren, wie Trans-

Abb. 6 Veränderung der bereinigten Kosten der in Sachsen stationär behandelten Patienten mit Wohnort außerhalb Sachsens 1996 bis 2009 gegenüber 1995



Tab. 3 Sächsische Patienten mit stationärer Behandlung außerhalb von Sachsen 1995 bis 2009

Jahr	Fallzahlen		Berechnungs- und Belegungstage	Bereinigte Kosten		Bereinigte Kosten je Behandlungsfall	Durchschnittliche Verweildauer
	in Deutschland	im Ausland ¹⁾		in Deutschland	im Ausland ¹⁾		
	Anzahl		Tage	€		€	Tage
1995	35 200	4 570	426 999	111 868 733	13 223 494	3 178	12,1
1996	35 483	4 751	411 853	113 650 621	13 636 500	3 203	11,6
1997	35 064	4 894	391 318	110 867 684	14 115 905	3 162	11,2
1998	36 674	5 123	396 360	114 499 656	14 550 502	3 122	10,8
1999	37 696	5 266	405 621	120 946 977	14 845 478	3 208	10,8
2000	38 115	5 290	396 838	122 047 281	15 035 247	3 202	10,4
2001	37 533	5 325	377 750	122 285 898	15 328 892	3 258	10,1
2002	36 261	5 447	355 797	121 720 279	16 019 773	3 357	9,8
2003	36 006	5 480	349 647	126 779 794	16 461 311	3 521	9,7
2004	34 181	5 305	325 914	124 652 972	16 576 883	3 647	9,5
2005	33 128	5 475	313 066	123 990 887	16 880 421	3 743	9,5
2006	33 929	5 486	317 896	129 796 007	17 312 847	3 826	9,4
2007	34 709	5 527	320 302	135 501 166	17 839 779	3 904	9,2
2008	35 238	5 648	330 899	146 826 094	18 654 263	4 167	9,4
2009	36 195	5 777	333 084	157 170 043	19 877 357	4 342	9,2

Quelle für Deutschlanddaten: Grunddaten der Krankenhäuser 2009, Fachserie 12, Reihe 6.1.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

1) Die Daten wurden anhand einer Schätzung auf Grundlage der TK-Studie [8] berechnet.

2) Die bereinigten Kosten wurden anhand der in Deutschland durchschnittlichen Kosten je Belegungstag berechnet.

plantationszentrum, Cochlea Implantat Zentrum oder Hauttumorzentrum, einen großen Einzugsbereich vor allem auch auf das benachbarte Bundesland Sachsen-Anhalt hat. Die Schwere der in den Spezialzentren Leipzigs behandelten Krankheiten wirkt sich zudem sicher auch auf die Höhe der Kosten und die Verweildauer aus (vgl. Tab. 4).

Patientenexport – Dienstleistungsimpport im stationären Sektor Sachsens

36 195 Sachsen ließen sich 2009 außerhalb des Freistaates Sachsen, aber innerhalb von Deutschland, vollstationär behandeln. Im Ausland waren es nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes 5 777 Perso-

nen. Der Anteil der Sachsen, die außerhalb des eigenen Bundeslandes behandelt wurden, lag im Vergleich zur Gesamtzahl der in einem Krankenhaus stationär behandelten sächsischen Patienten insgesamt bei 4,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ist die Fallzahl der außerhalb von Sachsen behandelten sächsischen Patienten um insgesamt 2,7 Prozent gestiegen (vgl. Tab. 3).

72,2 Prozent der in den anderen Bundesländern behandelten sächsischen Patienten wurden 2009 allein in Thüringen, Bayern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg stationär versorgt (vgl. Abb. 4 und Tab. 4). Im Vergleich zu den in Sachsen behandelten Patienten ist die Verweildauer der sächsi-

Tab. 4 Export- und Importleistungen der stationären Behandlung Sachsens 2009 nach Bundesländern

Bundesland	In Sachsen stationär behandelte Patienten aus Deutschland					Sächsische Patienten mit stationärer Behandlung in Deutschland				
	Fallzahlen	Berechnungs- und Belegungstage	Bereinigte Kosten	Bereinigte Kosten je Behandlungsfall	Durchschnittliche Verweildauer	Fallzahlen	Berechnungs- und Belegungstage	Bereinigte Kosten	Bereinigte Kosten je Behandlungsfall	Durchschnittliche Verweildauer
	Anzahl	Tage	€	€	Tage	Anzahl	Tage	€	€	Tage
Saarland	46	389	165 792	3 604	8,5	60	391	184 498	3 075	6,5
Bremen	65	427	181 987	2 800	6,6	53	305	143 918	2 715	5,8
Hamburg	273	1 593	678 937	2 487	5,8	313	3 363	1 586 876	5 070	10,7
Schleswig-Holstein	299	1 719	732 638	2 450	5,7	404	5 655	2 668 386	6 605	14,0
Rheinland-Pfalz	355	2 636	1 123 463	3 165	7,4	546	4 679	2 207 847	4 044	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	414	2 955	1 259 421	3 042	7,1	1 391	7 567	3 570 588	2 567	5,4
Hessen	885	6 299	2 684 634	3 033	7,1	923	8 373	3 950 910	4 281	9,1
Baden-Württemberg	1 080	6 629	2 825 280	2 616	6,1	1 386	12 203	5 758 145	4 155	8,8
Berlin	1 240	11 153	4 753 409	3 833	9,0	3 079	24 331	11 480 901	3 729	7,9
Niedersachsen	1 367	10 267	4 375 795	3 201	7,5	752	5 779	2 726 897	3 626	7,7
Nordrhein-Westfalen	1 520	11 091	4 726 984	3 110	7,3	1 144	8 202	3 870 221	3 383	7,2
Bayern	3 477	25 879	11 029 630	3 172	7,4	5 297	46 955	22 156 331	4 183	8,9
Thüringen	10 578	88 358	37 658 180	3 560	8,4	10 673	102 345	48 292 827	4 525	9,6
Brandenburg	11 908	88 751	37 825 676	3 176	7,5	5 072	44 678	21 081 899	4 157	8,8
Sachsen-Anhalt	13 845	128 758	54 876 660	3 964	9,3	5 102	58 258	27 489 799	5 388	11,4
Deutschland insgesamt	47 352	386 904	164 898 485	3 482	8,2	36 195	333 084	157 170 043	4 342	9,2

Quelle für sächsische Daten: Krankenhausstatistik Sachsen, z. T. eigene Berechnungen auf Basis der Krankenhausstatistik

Quelle für Deutschlanddaten: Grunddaten der Krankenhäuser 2009, Fachserie 12, Reihe 6.1.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

schen Patienten mit Behandlungsort außerhalb Sachsens, aber innerhalb Deutschlands, sehr hoch. 2009 lag die Verweildauer bei 9,2 Tagen (vgl. Tab. 3). Das sind 1,2 Tage mehr als der Durchschnitt in sächsischen Krankenhäusern. Hier lässt sich vermuten, dass vor allem schwere Erkrankungen mit einer hohen Verweildauer, in dafür geeigneten Kliniken, wie z.B. der Charité in Berlin, behandelt werden. Aber auch die Notfallversorgung, z.B. nach einem schweren Verkehrsunfall in einem anderen Bundesland führt zu einer hohen Verweildauer. Die Routineeingriffe mit einer geringen Verweildauer werden hingegen in fast jedem sächsischen Krankenhaus durchgeführt.

Die monetären Importleistungen aus anderen deutschen Bundesländern entsprachen 2009 insgesamt 157,2 Millionen €. Seit 1995 sind sie um insgesamt 40,5 Prozent gestiegen. Die Importleistungen aus dem Ausland wurden 2009 auf rund 19,9 Millionen € geschätzt. Der Anteil der Krankenhausdienstleistungen, der aus dem Ausland importiert wurde, lag 2009 gemessen an den nach Sachsen importierten Kran-

kenhausdienstleistungen insgesamt bei 11,2 Prozent. Aufgrund der höheren Behandlungskosten je Fall im Bundesdurchschnitt sowie der höheren Zahl der Belegungstage liegen die Behandlungskosten je Fall der sächsischen Patienten in einem anderen Bundesland mit 27,4 Prozent deutlich über den Behandlungskosten in sächsischen Krankenhäusern.

Vergleich Import- und Exportleistungen

Ein Vergleich zwischen den in Sachsen behandelten nichtsächsischen (Wohnort außerhalb Sachsens) und den sächsischen Patienten mit stationärer Behandlung im Ausland oder einem anderen Bundesland zeigt folgendes auf (vgl. Tab. 5):

■ Zwischen 1995 und 2002 wurden mehr sächsische Patienten außerhalb Sachsens stationär behandelt, als nichtsächsische Patienten in sächsischen Krankenhäusern. 1995 lag der Unterschied bei 42,4 Prozent, seitdem sank er kontinuierlich (außer 1998).

■ Seit 2003 wurden mehr nichtsächsische Patienten in sächsischen Krankenhäusern behandelt als sächsische Patienten außerhalb von Sachsen. 2009 betrug dieser Unterschied 15,1 Prozent.

Bei Beachtung der Kosten zeigt sich jedoch, dass der Import nach Sachsen im gesamten Zeitraum höher war als der aus Sachsen exportierte Wert. 1995 waren die Importleistungen um 77,1 Prozent höher als die Exportleistungen. Im Verlauf der Jahre gleichen sich die Exportleistungen immer mehr den Importleistungen an, so dass 2009 die Importleistungen nur noch 5,7 Prozent über den Exportleistungen lagen. Insgesamt beliefen sich die Exportleistungen sächsischer Krankenhäuser 2009 auf 167,5 Millionen € und lagen somit nur noch 9,6 Millionen € unter den Importleistungen. (vgl. Tab. 5) Diese Analyse verdeutlicht, dass ein höherer Patientenimport nicht gleichzeitig höhere Exportleistungen bedeutet. Hier spielen weitere Faktoren wie Verweildauer, Kosten je Belegungstag und Kosten je Behandlungsfall eine wichtige Rolle.

Tab. 5 Saldo¹⁾ aus Import- und Exportleistungen 1995 bis 2009

Jahr	Saldo aus Export- und Importleistungen – Deutschland		Saldo aus Export- und Importleistungen – Ausland		Saldo aus Export- und Importleistungen insgesamt	
	Fallzahlen	Bereinigte Kosten	Fallzahlen	Bereinigte Kosten	Fallzahlen	Bereinigte Kosten
	Anzahl	€	Anzahl	€	Anzahl	€
1995	-8 833	-44 253 718	-3 010	-10 221 047	-11 843	-54 474 765
1996	-6 739	-38 288 039	-3 533	-11 187 442	-10 272	-49 475 482
1997	-950	-23 331 262	-3 102	-10 219 727	-4 052	-33 550 989
1998	-1 743	-28 827 140	-4 377	-12 730 820	-6 120	-41 557 960
1999	-853	-31 035 944	-4 557	-13 284 549	-5 410	-44 320 493
2000	53	-26 670 347	-4 555	-13 419 088	-4 502	-40 089 435
2001	1 718	-21 831 488	-4 700	-13 624 802	-2 982	-35 456 290
2002	3 710	-16 690 844	-4 911	-14 943 363	-1 201	-31 634 207
2003	5 648	-11 471 563	-4 819	-14 701 276	829	-26 172 838
2004	8 900	-3 051 165	-4 678	-14 979 622	4 222	-18 030 786
2005	8 800	-1 288 013	-4 847	-15 389 525	3 953	-16 677 538
2006	8 365	-3 891 054	-4 708	-15 531 401	3 657	-19 422 455
2007	10 037	-126 569	-4 708	-15 856 960	5 329	-15 983 529
2008	10 889	-2 598 632	-4 715	-16 182 192	6 174	-18 780 824
2009	11 157	7 728 442	-4 818	-17 310 355	6 339	-9 581 913

Quelle: eigene Berechnungen

1) Der Saldo der Fallzahlen bzw. der bereinigten Kosten ergibt sich aus der Differenz der Fallzahlen bzw. Kosten der nichtsächsischen Patienten, die in Sachsen behandelt wurden und den Fallzahlen bzw. den Kosten der sächsischen Patienten, die außerhalb von Sachsen behandelt wurden.

Schlussfolgerung und Ausblick

Der Export von Krankenhausdienstleistungen ist ein wichtiger Bestandteil der Leistungserbringung im stationären Gesundheitswesen Sachsens. Der Anteil der Exportleistungen an den Gesamtausgaben sächsischer Krankenhäuser stieg seit 1995 von 3,3 Prozent auf 5,1 Prozent 2009 kontinuierlich. Gründe für den Anstieg könnten vor allem Kostenvorteile, eine verbesserte Versorgungsqualität, das Umgehen von Wartelisten oder bessere Serviceleistungen sein. Die Auswertung zeigt weiterhin, dass sich die Nähe zur Grenze positiv auf die Fallzahlen von Patienten mit Wohnort im Ausland oder einem anderen Bundesland auswirkt. So kamen vor allem die Patienten aus den benachbarten Bundesländern sowie aus Polen und Tschechien nach Sachsen. Ein Grund hierfür kann in einem besseren Zugang zum Krankenhaus aufgrund kürzerer Anfahrtswege in Grenzregionen gesehen werden. Auffällig ist auch, dass Patienten mit Wohnort im Ausland im Durchschnitt kürzer im Krankenhaus verweilen als sächsische Patienten oder Patienten aus anderen Bundesländern. Hier spielen vor allem die Behandlungskosten für die im Ausland wohnenden Patienten eine große Rolle, da diese die Behandlungskosten zum Teil selbst tragen müssen und somit eine möglichst kurze Verweildauer anstreben.

Die Behandlung von sächsischen Patienten in Krankenhäusern außerhalb von Sachsen umfasste 2009 rund 42 000 Personen. Dies

entspricht einem Anteil von 4,4 Prozent an der Gesamtzahl der 2009 im Krankenhaus behandelten sächsischen Patienten. Die Importleistungen lagen 2009 bei 177 Millionen € bzw. 5,3 Prozent an den durch sächsische Patienten insgesamt verursachten Krankenhauskosten.

Seit 2003 ist der Anteil der nichtsächsischen Patienten in Sachsen höher als der Anteil der sächsischen Patienten außerhalb von Sachsen. Wird dieser für Sachsen positive Saldo mit dem Saldo aus Im- und Exportkosten verglichen, dann lässt sich feststellen, dass trotz des positiven Saldos der Patientenzahlen, die Importleistungen höher als die Exportleistungen sind. Dies liegt vor allem an den höheren Kosten pro Belegungstag in Deutschland sowie an der geringeren Verweildauer der nichtsächsischen Patienten in Sachsen. Offen bleibt die Frage nach dem genauen Importanteil aus dem Ausland. Aufgrund fehlender Daten muss die Anzahl der im Ausland behandelten sächsischen Patienten geschätzt werden. Hierzu sind weitere Analysen und wissenschaftliche Forschungen notwendig.

Kristina Richter, Dipl.-Geogr., Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Dr. Bernd Richter, Referent Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Eigene Berechnungen
- [2] FAZ.NET: Freie Arzt- und Krankenhauswahl in Europa, 20. Januar 2011, unter www.faz.net, [zuletzt aufgerufen am 25.08.2011].
- [3] Lutze, I.; A. Karmann, O. Schoffer: Empirische Bestandsaufnahme zum Patientenimport im stationären Sektor. In: Statistik in Sachsen, 1/2010, S. 30 – 36.
- [4] Kallfass, H.; B. A. Kuchinke: Die räumliche Marktgrenzung bei Zusammenschlüssen von Krankenhäusern in den USA und in Deutschland: Eine wettbewerbsökonomische Analyse. Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Universität Illmenau, April 2006.
- [5] Schürhoff, A.: Die Erbringung von Exportleistungen im stationären Gesundheitswesen – Quantifizierung, Ursachenforschung und Prognose. Diplomarbeit eingereicht am 21. Juli 2011 am Lehrstuhl für Statistik des Institutes für empirische Wirtschaftsforschung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig.
- [6] Müller, M.: Der Gesundheitssektor der Grenzregion Ostbrandenburg-Lubuskie. Strukturen und Optionen in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, Frankfurt (Oder), 2006.
- [7] Kosten für die stationäre medizinische Betreuung im Freistaat Sachsen 2009. Statistischer Bericht A IV 5 – j/09. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2010.
- [8] Gesundheitsberichterstattung des Bundes unter www.gbe-bund.de: Ausgaben, Kosten, Finanzierung: Definition „bereinigte Kosten“, [zuletzt aufgerufen am 06.07.2011].
- [9] Die TK in Europa: Deutsche Patienten auf dem Weg nach Europa. TK-Europabefragung 2009, Wissenschaftliches Institut der TK für Nutzen und Effizienz im Gesundheitswesen (WINEG), Hamburg, 3/2010.
- [10] Gesundheits-Brücke zwischen eigener Wohnung und Klinikaufenthalt: Patienten-Hotel und Pflege-Hotel, unter: <http://www.kloecknervision.eu/html/gesellschaft/hoffmann/gesundheitsbruecke.htm>, [zuletzt aufgerufen am 28.07.2011].
- [11] Krankenkassen. Deutschland, unter: <http://www.krankenkassen.de/zusatzversicherungen/auslandsrankenversicherung/> [zuletzt aufgerufen am 04.01.2012].

Vorbereitende Bestandsaufnahme für Auswertungen aus dem sächsischen Unternehmensregister zur Gesundheitswirtschaft

Vorbemerkungen

Im Rahmen der im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen durchgeführten Berechnungen zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft liegen Informationen zur Bruttowertschöpfung sowie zur Anzahl der Erwerbstätigen vor. [1] Die Ergebnisse sind Resultat der Anwendung des an der TU Darmstadt von Frau Dr. Ranscht und Herrn Dr. Ostwald entwickelten Wertschöpfungsansatzes, [2] der jedoch belastbare Ergebnisse nur auf Landesebene sowie für die Gesundheitswirtschaft als Ganzes liefert.

Damit kann nicht spezifiziert werden, welcher Teil der Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft im sogenannten Kernbereich, der ambulanten und stationären Betreuung, realisiert wird und welche Rolle weitere Wirtschaftszweige, z. B. die Pharmaindustrie oder der Handel mit medizinischen Artikeln, bei der Generierung von Wertschöpfung und Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft spielen. Insbesondere ist eine Abbildung der spezifischen Struktur der sächsischen Gesundheitswirtschaft auf dieser Datengrundlage nicht möglich. Es stand deshalb die Frage, inwieweit solche Informationen ohne großen zusätzlichen Befragungsaufwand anderweitig erschlossen werden können. Hier geriet die Nutzung des sächsischen Unternehmensregisters in den Blickpunkt der Betrachtung. Dort sind die in Sachsen wirtschaftlich tätigen Einheiten aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen erfasst und es sind zusätzliche Informationen verfügbar. Es werden z. B. für Unternehmen der Umsatz aus Lieferungen und Leistungen (steuerbarer Umsatz aus der Umsatzsteuervoranmeldung) und für Betriebe und Unternehmen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gemäß Statistikregistergesetz ausgewiesen. [3] Hauptquellen der Registerpflege sind damit die Daten der Bundesagentur für Arbeit zu Betrieben mit sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten sowie der Finanzverwaltung zu Umsatzsteuervoranmeldepflichtigen. Weitere Informationen werden gewonnen aus anderen Verwaltungsdaten, aus statistischen Erhebungen sowie aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Grundlage für die Registerauswertungen ist ein Auszug aus dem Unternehmensregister, der nach Abschluss definierter Bearbeitungsschritte zur Verarbeitung dieser Daten getätigt wird. [4] Bisher durchgeführte Auswertungen aus dem sächsischen Unternehmensregister liefern wichtige Strukturinformationen zur Wirtschaft in Sachsen (vgl. z. B. [5]).

Auch für spezielle Fragestellungen bildet das Unternehmensregister eine belastbare Datenquelle. [6] Es wurde deshalb die Nutzung des sächsischen Unternehmensregisters als mögliche Datenquelle für Aussagen zur Gesundheitswirtschaft in Sachsen ins Auge gefasst.

Im Rahmen einer Voruntersuchung wurden ausgewählte Bereiche der Gesundheitswirtschaft, für die im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung Referenzwerte vorliegen, mit den Angaben des sächsischen Unternehmensregisters abgeglichen. Es zeigte sich, dass auf den ersten Blick Abweichungen zwischen beiden Quellen auftraten. Es wurde untersucht, inwieweit unter diesen Rahmenbedingungen das sächsische Unternehmensregister als ergänzende Informationsquelle zur Beschreibung der Gesundheitswirtschaft in Sachsen nutzbar ist.

Methodik

Um die Ursachen dieser Abweichungen zu klären, wurde ein Teilbereich genauer betrachtet. Dabei handelt es sich um den Wirtschaftszweig (WZ) 86.10 Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Datengrundlage für die Untersuchungen war das sächsische Unternehmens-

register mit Registerstand 30. April 2011 mit den Angaben zu steuerbarem Umsatz und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus der zuletzt verarbeiteten Verwaltungsdatenlieferung 2009. Die Informationen lagen nach der Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008 vor. [7] Der hier betrachtete Teilbereich ist ein wesentlicher Teil der Gesundheitswirtschaft.¹⁾

Die Analyse der Registerdaten erfolgte sowohl durch Betrachtung der Unternehmens- als auch der Betriebsebene. Auf Grund der Spezifik der Untersuchung, welche die Nutzungsmöglichkeiten des Unternehmensregisters als ergänzende Informationsquelle zur Beschreibung der Gesundheitswirtschaft in Sachsen zum Inhalt hat, wurde im Ergebnis der oben beschriebenen Voruntersuchung das Primat auf die Betrachtung der Betriebe gelegt. Das hat den Nachteil, dass nicht das gesamte Spektrum an Informationen des Unternehmensregisters nutzbar ist, insbesondere sind die Angaben zum Umsatz nur für die Unternehmen verfügbar.

Auf die Einbeziehung der Unternehmen bei den hier durchgeführten Analysen wurde aus diesem Grund nicht ganz verzichtet.

Grund für die Auswahl des hier betrachteten Bereiches WZ 86.10 war, dass durch die Krankenhausstatistik [9] Referenzinformationen über die Krankenhäuser sowie die Vorsorge- und Rehabilitationsreinrichtungen im Freistaat Sachsen zur Verfügung standen. Datengrundlage für die Gewinnung dieser Referenzwerte waren die entsprechenden Veröffentlichungen [10] sowie das Krankenhausverzeichnis des Freistaates Sachsen. [11] Dazu gehören Angaben wie die Anzahl der Krankenhäuser bzw. der Vorsorge- oder Rehabilitationsreinrichtungen in Sachsen,

1) Es wurde zur Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft die von der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) erarbeitete Definition der Gesundheitswirtschaft nach WZ 2008 verwendet [8].

Name, Adresse und Träger der einzelnen Einrichtungen, aber auch die Anzahl der Betten in den einzelnen Fachabteilungen.

Für die wirtschaftlichen Einheiten der betrachteten Wirtschaftszweige (WZ 86.10) wurden im sächsischen Unternehmensregister im Rahmen dieser Analyse auch Zusatzinformationen ausgewertet, u. a. die Information, ob die jeweilige wirtschaftliche Einheit in der Krankenhausstatistik²⁾ erfasst ist.

Generell war zu erwarten, dass im Unternehmensregister mehr wirtschaftliche Einheiten erfasst waren, als in der Krankenhausstatistik.

[12] Eine Ursache für abweichende Gesamtzahlen ist, dass es für die Auskunftspflicht in der Krankenhausstatistik und die Aufnahme ins Unternehmensregister unter WZ 86.10 Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen unterschiedliche Kriterien gibt. Die Erhebung der Krankenhausstatistik erstreckt sich auf alle Krankenhäuser nach § 107 Abs. 1 Sozialgesetzbuch V (SGB V) und die der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nach § 107 Abs. 2 SGB V. [10] Im Unternehmensregister erfolgt die Zuordnung entsprechend der wirtschaftlichen Tätigkeit nach der Wirtschaftsklassifikation WZ 2008. [13] Dadurch können auch Einrichtungen in der WZ 86.10 erfasst sein, die nach § 107 SGB V nicht berichtspflichtig für die Krankenhausstatistik sind. Bei der Ausübung mehrerer Tätigkeiten durch die betrachtete wirtschaftliche Einheit, ein Sachverhalt der im stationären Gesundheitswesen nicht ungewöhnlich ist, ist die Haupttätigkeit für die Zuordnung ausschlaggebend. Die Haupttätigkeit ist diese im Arbeitsspektrum der betrachteten wirtschaftlichen Einheit, welche den größten Beitrag zur Bruttowertschöpfung liefert. [14] Da hierfür in der Regel keine Informationen vorliegen, ist die Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Tätigkeitsbereichen ein guter Indikator zur Ermittlung der Haupttätigkeit. Teilweise ist die amtliche Statistik auch auf die Eigendarstellung der Einrichtungen gegenüber der Bundesagentur für Arbeit und der daraus resultierenden Verschlüsselungen angewiesen. Eine Überprüfung der Verschlüsselung im Unternehmensregister kann nur anlassbezogen erfolgen.

Ergebnisse

Die Auswertung des sächsischen Unternehmensregisters zum 30. April 2011 ergab 207 Datensätze für die WZ 86.10 (Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationsreinrichtungen).

79 wirtschaftliche Einheiten des sächsischen Unternehmensregisters waren im Rahmen der Krankenhausstatistik und 44 Einheiten

Tab. 1 Abweichungen von der Krankenhausstatistik¹⁾ bei Einbetriebsunternehmen des sächsischen Unternehmensregisters²⁾ des Wirtschaftszweiges 86.10³⁾

Ursache für die Nichtberücksichtigung in der Krankenhausstatistik (einschl. Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen)	Anzahl wirtschaftlicher Einheiten	Anteil in Prozent
Schwerpunkt der Tätigkeit liegt im ambulanten Bereich	18	69
darunter spezielle Angebote wie		
Zahnheilkunde	2	8
Angebot am zweiten Gesundheitsmarkt ausgerichtet	4	15
Datensatz spiegelt nicht den aktuellsten Stand wider	3	12
Doppelerfassung	3	12
Sonderbetriebsform	2	8

1) einschließlich der Statistik der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2010

2) Quelle: Sächsisches Unternehmensregister, Auszug zum 30. April 2011 auf der Grundlage der Verwaltungsdaten von 2009

3) WZ 86.10: Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

im Rahmen der Statistik der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen als auskunftspflichtig gekennzeichnet³⁾, wobei für sieben Einrichtungen die Auskunftspflicht für beide Statistiken bestand. Damit gibt es eine gute Übereinstimmung mit den Angaben der Krankenhausstatistik.⁴⁾ Für den 31. Dezember 2010 wurden in Sachsen 80 Krankenhäuser sowie 48 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nachgewiesen.

Die 91 verbliebenen Datensätze wurden weiter mit dem Ziel untersucht, die Gründe für die Nichtberücksichtigung dieser Einrichtungen in der Krankenhausstatistik zu ermitteln. Grundlage für diese weitere Untersuchung war die Einbeziehung des Registermerkmals „Art der Einheit“, welches Aussagen zum organisatorischen Aufbau der betrachteten wirtschaftlichen Einheiten (Einbetriebs-, Mehrbetriebs- oder Mehrländerunternehmen) gestattet.

Es zeigte sich folgende Struktur der betrachteten restlichen 91 wirtschaftlichen Einheiten:

- 26 Einbetriebsunternehmen,
- 31 Mehrbetriebsunternehmen,
- 27 Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen,
- 2 Mehrländerunternehmen,
- 5 Betriebe von Mehrländerunternehmen.

Im Folgenden werden diese Gruppen im Einzelnen betrachtet. Grundlage für die Untersuchungen waren Referenzinformationen (Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Freistaat Sachsen [11], Krankenhausplan des Freistaates Sachsen [15]) sowie die im Internet für die fraglichen Einrichtungen verfügbaren Informationen.

Einbetriebsunternehmen

Die Vielschichtigkeit der medizinischen Betreuung spiegelt sich neben den „klassischen“ Dienstleistungen von Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen auch in Leistungsangeboten ambulanter Einrichtungen wieder, die eine breite Spannweite umfassen, von medizinischen Behandlungen (ambulanten Operationen) bis hin zum Wellnessbereich. 18 Einrichtungen und damit mehr als zwei Drittel der nicht zuzuordnenden 26 Einbetriebsunternehmen waren ambulante Einrichtungen, die dem stationären Gesundheitssektor zuzuordnen waren (Bereitstellung von Betten für Operationen oder Wellnessbehandlungen).

Sonderformen von gesundheitswirtschaftlichen Einrichtungen (eine GmbH aus drei Krankenhäusern zur Betreibung eines Spezialgerätes bzw. eine Rehabilitationseinrichtung, die in ein Krankenhaus integriert ist) wurden zweimal festgestellt. Damit sind bei fast vier Fünftel der betrachteten Fälle ganz konkrete, spezifische Sachverhalte der Grund für die erfolgte wirtschaftliche Zuordnung im Unternehmensregister unter WZ 86.10 und diese kann als korrekt angesehen werden.

In drei Fällen waren aktuelle Entwicklungen (Umwandlung in eine rein ambulante Betreuungseinrichtung, Zusammenschluss mit einer anderen stationären Einrichtung, Schließung der Einrichtung) noch nicht in das Register eingearbeitet.

2) Erhebungseinheiten der Krankenhausstatistik sind gemäß § 2 der Krankenhausstatistik-Verordnung [9] Krankenhäuser einschließlich Ausbildungsstätten sowie Vorsorge- oder Rehabilitationsreinrichtungen.

3) Im Rahmen der Krankenhausstatistik werden sowohl Krankenhäuser als auch Vorsorge- oder Rehabilitationsreinrichtungen befragt. Die Fragebögen für beide Einrichtungsarten sind nicht deckungsgleich. Es handelt sich de facto um zwei eigenständige Statistiken, die jedoch unter dem Oberbegriff „Krankenhausstatistik“ zusammengefasst werden. Im Folgenden wird dieser Oberbegriff für die Befragungen der Krankenhäuser und der Vorsorge- oder Rehabilitationsreinrichtungen genutzt.

4) Dies gilt insbesondere, da der vorhandene Time lag als Grund für die auftretenden Abweichungen angesehen werden kann.

In drei weiteren Fällen war die konkrete Einrichtung durch mehr als einen Datensatz im Register abgebildet. In der Krankenhausstatistik waren diese Einrichtungen entsprechend nur einmal vorhanden (vgl. Tab. 1).

Mehrbetriebsunternehmen

25 und damit mehr als vier Fünftel der hier ermittelten 31 Abweichungen zur Krankenhausstatistik waren in der Methodik des Registers begründet.

Hier waren die einzelnen Betriebe dieser Mehrbetriebsunternehmen in der Krankenhausstatistik als Auskunftsspflichtige erfasst. Die wirtschaftliche Einheit war damit korrekt im Unternehmensregister widergespiegelt und es wird deutlich, dass es für Analysen zur Gesundheitswirtschaft zielführend ist, auf der Betriebsebene aufzusetzen.

In der Regel betrieben die Mehrbetriebsunternehmen gleichzeitig Krankenhaus und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung oder boten neben stationärer Betreuung auch ambulante Behandlungsleistungen an. Neben dieser methodisch bedingten Ursache für die festgestellten Abweichungen konnte, wie schon bei den Einbetriebsunternehmen, die Vielschichtigkeit der Leistungsangebote der Gesundheitswirtschaft als ein weiterer Grund für die nicht mögliche Zuordnung einiger Unternehmen identifiziert werden. Bei fünf Einrichtungen lag der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im ambulanten Bereich.

In einem Fall existierte die aufgeführte Klinik nicht mehr als selbstständige Einrichtung.

Betriebe von Mehrbetriebsunternehmens

27 Betriebe, die als Betrieb eines Mehrbetriebsunternehmens gekennzeichnet waren und nicht in der Krankenhausstatistik aufgeführt sind, wurden ermittelt. Die Analyse ergab zwei wichtige Gründe dafür. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der entsprechenden Einrichtungen lag zum einen nicht im Bereich der stationären medizinischen Betreuung. In der Regel war dieser in der ambulanten Betreuung angesiedelt bzw. es wurde eine stationäre Betreuung im sozialen Bereich (z. B. Wohnheime für Jugendliche) angeboten. Weiterhin zeigte sich, dass eine Reihe von Einrichtungen als Nebenstelle, Außenstelle oder Betriebsstätte eines anderen Krankenhauses betrieben wurden. Zum Teil sind diese Einrichtungen so auch im Krankenhausverzeichnis ausgewiesen, nicht jedoch als selbstständige Einrichtung.

Insgesamt sind damit über 90 Prozent der festgestellten Abweichungen auf diese beiden, in der Methodik des Unternehmensregisters begründeten, Ursachen zurückzuführen (vgl. Tab. 2).

Tab. 2 Abweichungen von der Krankenhausstatistik¹⁾ bei Betrieben von Mehrbetriebsunternehmen des sächsischen Unternehmensregisters²⁾ des Wirtschaftszweiges 86.10³⁾

Ursache für die Nichtberücksichtigung in der Krankenhausstatistik (einschl. Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen)	Anzahl wirtschaftlicher Einheiten	Anteil in Prozent
Schwerpunkt der Tätigkeit im ambulanten Bereich bzw. soziale Betreuungsangebote im stationären Bereich	14	52
Nebenstelle, Außenstelle, Betriebsstätte eines Krankenhauses, welches im Krankenhausverzeichnis aufgeführt ist	11	41
Datensatz spiegelt nicht den aktuellsten Stand wider	2	7

1) einschließlich der Statistik der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2010

2) Quelle: Sächsisches Unternehmensregister, Auszug zum 30. April 2011 auf der Grundlage der Verwaltungsdaten von 2009

3) WZ 86.10: Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Mehrländerunternehmen

Die hier vorhandenen zwei Wirtschaftseinheiten zeigten an, dass mehr als ein Betrieb zugehörig ist und mindestens ein Betrieb außerhalb von Sachsen liegt. Die entsprechenden Betriebe sind unter der Kategorie „Betrieb eines Mehrländerunternehmens“ aufgeführt. Analog zum Mehrbetriebsunternehmen ist die Betrachtung dieser Einrichtungsart nicht zielführend bei Betrachtungen zur Gesundheitswirtschaft.

Betriebe von Mehrländerunternehmen

Hier wurden fünf Datensätze ermittelt, die nicht in der Krankenhausstatistik aufgeführt sind. Bei zwei dieser Einrichtungen steht die ambulante Betreuung im Zentrum der wirtschaftlichen Aktivitäten, zweimal handelte es sich um eine Außenstelle eines Krankenhauses, welches in der Krankenhausstatistik erfasst wird. In einem Fall war die Angabe im Register noch nicht aktualisiert.

Zusammenfassung

Der Abgleich der Angaben des sächsischen Unternehmensregisters mit den auskunftsspflichtigen Einrichtungen der Krankenhausstatistik hat gezeigt, dass für eine Nutzung des sächsischen Unternehmensregisters für Aussagen zur Gesundheitswirtschaft die Betrachtung auf Betriebsebene zielführend ist. Hier wurden 58 Abweichungen festgestellt. Die für diese Abweichungen ermittelten Ursachen konnten drei Hauptgruppen zugeordnet werden.

Für 34 Einrichtungen (59 Prozent) war die stationäre medizinische Betreuung im herkömmlichen Sinne nicht der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit. Bei diesen Einrichtungen wurden zu einem großen Teil Dienstleistungen angeboten, die am Schnittpunkt zwischen ambulanter und stationärer Betreuung anzusiedeln sind (z. B. ambulant durchgeführte Operationen) und damit einen

gewissen Bezug zur stationären medizinischen Betreuung haben.

Die methodische Spezifik des Unternehmensregisters wurde bei 13 Einrichtungen (22 Prozent) als Ursache identifiziert. Hier handelte es sich um stationäre Betreuungseinrichtungen, welche de facto existieren, aber juristisch nicht selbstständig sind und deren Haupt- oder Verwaltungssitz sich an anderer Stelle befindet. Entsprechend erfolgte keine gesonderte Befragung im Rahmen der Krankenhausstatistik und die Erfassung der statistischen Informationen erfolgt für alle Außen-, Neben- oder Teilbereiche dieser medizinischen Betreuungseinrichtung zusammen.

Für neun Einrichtungen (16 Prozent) waren die Angaben im Unternehmensregister nicht aktuell. Es handelte sich um doppelte Datensätze bzw. um erloschene Einrichtungen. Keine Aussagen sind möglich, inwieweit diese Abweichungen im Rahmen der aktuellen Arbeiten am Register bereits eingepflegt sind bzw. werden. Es ist jedoch zu vermuten, dass dies für einen Teil der Einrichtungen realisiert wurde.

Sonderbetriebsformen als Ursache für die Abweichung wurden zweimal festgestellt. Diese Einrichtungen sind den Einrichtungen zur stationären medizinischen Betreuung zuzuordnen, sind jedoch keine eigenständigen Betreuungseinrichtungen.

Insgesamt konnten damit 84 Prozent der festgestellten Abweichungen auf sachliche Gründe zurückgeführt werden. Das sächsische Unternehmensregister stellt damit für den betrachteten Bereich eine verlässliche, belastbare Datenquelle dar. Die ganze Spezifik der stationären medizinischen Betreuung, auch über die Betreuung in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationsreinrichtungen hinaus, wird hier abgebildet und die Vielfalt der juristischen Eigentumsformen spiegelt sich wider.

Tab. 3 Abweichungen von der Krankenhausstatistik¹⁾ bei Betrieben des sächsischen Unternehmensregisters²⁾ des Wirtschaftszweiges 86.10³⁾

Ursache	Einbetriebs- unternehmen	Betrieb eines Mehrbetriebs- unternehmens	Betrieb eines Mehrländer- unternehmens	Summe ⁴⁾
absolute Werte				
stationäre Betreuung ist nicht der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit	18	14	2	34
methodische Spezifik des Registers	-	11	2	13
Time lag-Auswirkung und Doppelerfassung	6	2	1	9
Sonderbetriebsform	2	-	-	2
Summe	26	27	5	58
Spaltenprozent				
stationäre Betreuung ist nicht der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit	69	52	40	59
methodische Spezifik des Registers	-	41	40	22
Time lag-Auswirkung und Doppelerfassung	23	7	20	16
Sonderbetriebsform	8	-	-	3
Summe	100	100	100	100
Zeilenprozent				
stationäre Betreuung ist nicht der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit	53	41	6	100
methodische Spezifik des Registers	-	85	15	100
Time lag-Auswirkung und Doppelerfassung	67	22	11	100
Sonderbetriebsform	100	-	-	100
Summe	45	47	9	100

1) einschließlich der Statistik der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2010

2) Quelle: Sächsisches Unternehmensregister, Auszug zum 30. April 2011 auf der Grundlage der Verwaltungsdaten von 2009

3) WZ 86.10: Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

4) Nicht betrachtet in dieser Darstellung wurden die 31 Abweichungen bei den Mehrbetriebsunternehmen und die zwei Abweichungen bei den Mehrländerunternehmen.

Schlussfolgerung und Ausblick

Die Nutzung des Unternehmensregisters für den Wirtschaftszweig 86.10 (Krankenhäuser) nach WZ 2008 ist unter Beachtung folgender Rahmenbedingungen möglich (vgl. Tab. 3):

- Grundlage für belastbare Aussagen zur Gesundheitswirtschaft sind Auswertungen auf Betriebsebene. Hier stellt das Unternehmensregister eine belastbare Datenquelle dar.⁵⁾
- Im Bereich 86.10 nach WZ 2008 werden neben den Krankenhäusern bzw. Vorsorge- oder Rehabilitationsreinrichtungen auch solche wirtschaftlichen Akteure abgebildet, deren Arbeit im Gesundheits- bzw. Sozialwesen angesiedelt ist und einen Bezug zur stationären Betreuung hat. Dazu gehören Tageskliniken, die Betten vorhalten oder Wohn- bzw. Erholungsheime für ausgewählte Personengruppen, wie z. B. Behinderte oder sozial Benachteiligte. Damit gibt das Unternehmensregister ein ausführliches Bild der Gesundheitswirtschaft für diesen Bereich, eine Abstimmung mit den Referenzwerten aus anderen Statistiken ist nicht möglich.

Für die Nutzung des Unternehmensregisters zur Gewinnung von Informationen zur

Gesundheitswirtschaft lassen sich folgende Schlussfolgerungen ableiten:

- Das Unternehmensregister ist für Aussagen zur Gesundheitswirtschaft prinzipiell nutzbar. Methodische Besonderheiten des Unternehmensregisters erfordern eine qualifizierte Analyse und Ergebniserstellung.
- Analog zu Auswertungen von Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sollten die Betrachtungen auch für die Gesundheitswirtschaft als Ganzes auf Betriebsebene durchgeführt und als einheitliche Methodik zur Nutzung des Unternehmensregisters festgeschrieben werden.⁵⁾
- Besondere Organisationsformen von Unternehmen können zu abweichenden Ergebnissen in Bezug auf bestehende Referenzwerte führen. Hier ist eine Analogiesituation zu den Krankenhäusern denkbar. Dort gibt es Einrichtungen, die mehrere Betriebsstätten aufweisen, jedoch nur eine juristische Person darstellen. Entsprechend ist das Krankenhaus als juristische Person nur einmal für die Krankenhausstatistik berichtspflichtig, im Unternehmensregister sind aber die

einzelnen Betriebsstätten abgebildet. Ähnliche Sachverhalte sind auch in weiteren Wirtschaftszweigen denkbar.

- Die Anzahl ausgewiesener Betriebe im Unternehmensregister kann auch auf Grund der wirtschaftlichen Vielfalt von Referenzwerten abweichen. Grund dafür ist, dass die Zuordnung zu einem konkreten Wirtschaftszweig in vielen Fällen nicht eindeutig möglich ist. Die Zuordnung von Tageskliniken zu den Krankenhäusern z. B., ist formell nicht richtig. Wenn diese Tageskliniken jedoch Betten vorhalten und Operationen durchführen, ist die Zuordnung unter inhaltlichem Aspekt jedoch auch nicht falsch. Mit der Durchführung von Operationen wird automatisch eine stationäre Betreuung assoziiert, die in diesen Einrichtungen auch erfolgt. Wird durch diese Operationen der Hauptteil der Bruttowertschöpfung dieser Einrichtung erzielt, dürfte diese Zuordnung auch inhaltlich richtig sein.

5) Auf Auswertungen auf Unternehmensebene kann jedoch nicht in jedem Fall verzichtet werden. Auf dieser Ebene sind Aussagen zur Anzahl und territorialen Verteilung der Unternehmen als juristische Person möglich und ergänzen so die Aussagen auf Betriebsebene. Weiterhin ist z. B. der steuerbare Umsatz aus Lieferungen und Leistungen nur auf dieser Auswertungsebene verfügbar.

Ein weiterer Grund für die Abweichungen zwischen den Angaben des Unternehmensregisters und Referenzwerten sind unterschiedliche Zeitpunkte bzw. -räume, auf die sich diese Angaben beziehen. Der Time lag sollte möglichst klein gehalten werden.

Aufbauend auf diesen allgemeinen Schlussfolgerungen sind für die einzelnen Wirtschaftsschnitte, die der Gesundheitswirtschaft zugeordnet werden, konkrete Recherchen notwendig, um spezifische Charakteristika aufzudecken und eine qualitativ abgesicherte Analyse durchzuführen. Es zeichnet sich ab, dass der erforderliche Arbeitsaufwand sehr differenziert zu veranschlagen ist. Für die Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime), die unter WZ 87.10 nach WZ 2008 erfasst sind, ist ein Analogieschluss von dem hier betrachteten Wirtschaftszweig 86.10. (Krankenhäuser) denkbar. Der ambulante Bereich der medizinischen Betreuung muss dagegen separat betrachtet und analysiert werden. Dasselbe trifft für die weiteren Wirtschaftsabschnitte zu, aus denen ebenfalls Wirtschaftszweige der Gesundheitswirtschaft angehören.

Nach Realisierung dieser Arbeitsschritte ist die Perspektive gegeben, das Unternehmensregister als wichtige Datenquelle zur Beschreibung der Gesundheitswirtschaft zu nutzen, um die Vielfalt der existierenden wirtschaftlichen Formen abzubilden und auch statistische Ergebnisse für räumliche Einheiten unterhalb der Landesebene⁶⁾ bereitzustellen. Insbesondere die Nutzung des Informationspotenzials der in dieser Art nur im Unternehmensregister verfügbaren Merkmale, wie z. B. die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten (für Betriebe und Unternehmen) und die für alle Wirtschaftszweige einheitliche Methodik der Datenerfassung, -bearbeitung und -präsentation, schaffen die Möglichkeit, das Informationsangebot zur Gesundheitswirtschaft fundiert zu erweitern.

Kristina Richter, Dipl.-Geogr., Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Dr. Bernd Richter, Referent Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Vgl. Medieninformation des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zur Gesundheitswirtschaft vom 27. Juni 2011 „Die Gesundheitswirtschaft in Sachsen 2008 – Garant für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum“.
- [2] Oettel, A., D. A. Ostwald, A. Ranscht, B. Richter, W.-D. Speich: Ermittlung von Potenzialen der Gesundheitswirtschaft mit Hilfe des Wertschöpfungsansatzes. In: Statistik in Sachsen, 4/2009, S. 32 - 36.
- [3] Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz – StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300, 2903), zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I, S. 2553).
- [4] Groß, B.: Auswertung aus dem sächsischen Unternehmensregister zum 31. Dezember 2007. In: Statistik in Sachsen, 4/2008, S.46 - 48.
- [5] Groß, B.: Auswertung aus dem sächsischen Unternehmensregister zum 31. Dezember 2008 nach Umstellung der Wirtschaftszweige. In: Statistik in Sachsen, 1/2010, S.61 - 63.
- [6] Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Institut für Mittelstandsforschung (imf), Universität Mannheim: Neue Datenquelle „Unternehmensregister“ Mehr Informationen über den Mittelstand ohne neue Bürokratie, Tübingen und Mannheim, 2007 Verantwortliche Bearbeiter: Dr. Andreas Koch, IAW, Frank Migalk, ifm.
- [7] Lenk, K., C. Wohlrab: Umstellung im Unternehmensregister auf die Wirtschaftszweikklassifikation WZ 2008. In: Statistik in Sachsen, 2/ 2008, S. 32 - 34.
- [8] Frie, B.; Muno, K.; Speich, W.-D.: Gesundheitswirtschaft und Wertschöpfungsansatz nach WZ 2008. In: Statistik in Sachsen, 2/2011, S. 30 - 41.
- [9] Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser (Krankenhausstatistik-Verordnung – KHStatV) vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S.534, 548) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).
- [10] Krankenhäuser im Freistaat Sachsen 2010. Statistischer Bericht A IV 2 – j/10. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2011.
- [11] Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen im Freistaat Sachsen 2009. Verzeichnis der Krankenhäuser j/09. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2010.
- [12] Auswertungen aus dem sächsischen Unternehmensregister. 20. April 2011. D II 1 – j/11. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2011, S.6 - 7.
- [13] Klassifikation der Wirtschaftszweige. Mit Erläuterungen. 2008. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008, S.9.
- [14] Vgl. [11], S. 20-21.
- [15] Sächsisches Staatsministerium für Soziales: Krankenhausplan des Freistaates Sachsen. Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zum Krankenhausplan des Freistaates Sachsen. Stand: 1. Januar 2009 (9. Fortschreibung) vom 9. Dezember 2008.

6) Die Veröffentlichung regionaler Ergebnisse aus dem Unternehmensregister erfolgt unter Beachtung des Datenschutzes.

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Mitgliederzahlen im Landessportbund

Vorbemerkungen

Für die sächsische Bevölkerung gehört der Sport schon aus Tradition zu einer der beliebtesten Freizeitbeschäftigungen. Der Freistaat Sachsen unterstützt den organisierten Sport in den drei Säulen: Breitensport, Leistungssport und Schulsport. [1] Im Jahr 2011 war jeder siebente Sachse in einem Sportverein organisiert.

Der Landessportbund gibt jährlich jeweils zum 1. Januar die Mitgliederzahlen bekannt. Das Statistische Landesamt erhält diese nach Sportarten und Altersgruppen sowie zum Teil auch auf regionaler Ebene für weitere Auswertungszwecke.

In diesem Beitrag werden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Mitgliederzahlen der sächsischen Sportvereine betrachtet. Die Zahlen der rückläufigen und älter werdenden Bevölkerung stellen auch die sächsischen Sportvereine vor neue Herausforderungen.

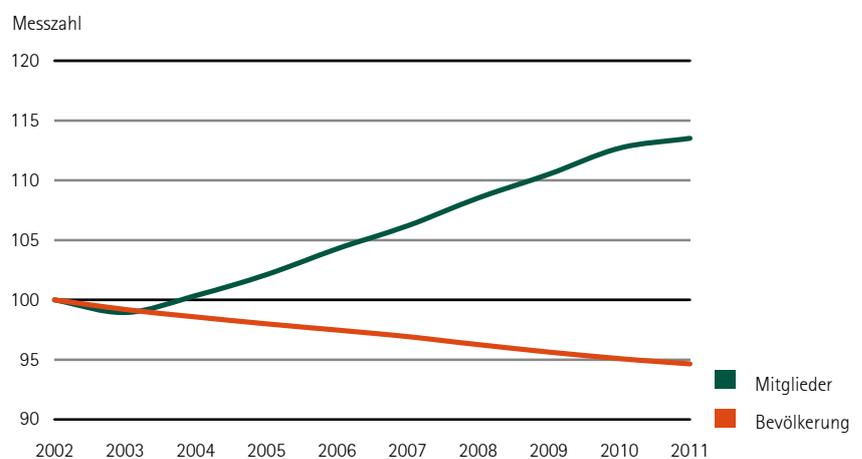
Kinder für den Sport begeistern

Die sächsische Staatsregierung und der Landessportbund Sachsen starteten 2009 die Gemeinschaftsinitiative „KOMM! In den Sportverein“ und übergaben allen Kindern der dritten Klassen einen Gutschein für den Besuch eines Sportvereins.

Die Aktion brachte 2011 den Sportvereinen 1 940 neue Mitglieder. Das waren 6 Prozent der Drittklässler, die diesen Gutschein nutzten.

Zum vierten Mal wird im Jahr 2012 die Aktion „KOMM! In den Sportverein“ durchgeführt und richtet sich dieses Mal an alle Erstklässler (32 885) der Grund- und allgemeinbildenden Förderschulen sowie der Freien Waldorfschulen in Sachsen. Der so genannte „KOMM! - Pass!“ soll die Mitgliedschaft in einem Sportverein bewirken.

Abb. 1 Entwicklung der Mitglieder im Landessportbund Sachsen e. V. und der Bevölkerung in Sachsen 2002 bis 2011
2002 = 100



Quelle: Landessportbund Sachsen e. V., Leipzig

Steigende Mitgliederzahlen trotz Rückgang der Bevölkerung

Entgegen den um 5,4 Prozent gesunkenen Bevölkerungszahlen in den letzten neun Jahren stieg die Anzahl der Mitglieder in Sportvereinen im gleichen Zeitraum um 13,5 Prozent. 577 645 Sachsen, 68 758 mehr als 2002, waren 2011 in einem Sportverein gemeldet. Gemessen an der Bevölkerung des Freistaates insgesamt zum 31. Dezember des jeweiligen Vorjahres entsprach das einer Mitgliederquote im Jahr 2002 von 11,6 Prozent und 2011 von 13,9 Prozent. Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil der Mitglieder im Landessportbund an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe ab. Während bei den 7- bis unter 15-Jährigen 45 Prozent oder bei den 15- bis unter 19-Jährigen 35 Prozent im Landessportbund organisiert waren, traf das bei den 61-Jährigen und älteren nur noch auf knapp 8 Prozent zu.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den einzelnen Altersgruppen fiel demografisch bedingt sehr unterschiedlich aus.

Anteil älterer Mitglieder nimmt zu

Während 2002 ein Drittel der Mitglieder älter als 40 Jahre alt war, traf das 2011 bereits auf 43 Prozent zu. Die Gruppe der Erwachsenen im Alter ab 27 Jahren nahm im Jahr 2011 mit fast 59 Prozent (2002: 55 Prozent) den größten Anteil an allen sächsischen Sportlern ein.

Erfreulich ist vor allem der Zuwachs bei den unter 7-Jährigen. 2011 nutzten fast 30 000 Kinder dieser Altersgruppe das vielfältige Sportangebot in einem Verein. Das ist eine Steigerung gegenüber 2002 um mehr als das Doppelte. Die zweithöchste Entwicklung weist die Zahl der 61-Jährigen und älteren Sportler mit einer Steigerung um 75 Prozent auf. Hier erhöhte sich die Mitgliederzahl von knapp 54 000 im Jahr 2002 auf 94 000 am Beginn des Jahres 2011. In der Altersgruppe der 41- bis 60-Jährigen stieg die Mitgliederzahl im Vergleich zu 2002 um ein Drittel auf 154 000 an. Demografisch bedingt wiesen die Mitgliederzahlen in den Altersgruppen der 15- bis unter 19-Jährigen sowie 27- bis

unter 41-Jährigen in den letzten neun Jahren eine rückläufige Entwicklung auf. Trotz sinkender Mitgliederzahlen erhöhte sich die Mitgliederquote in der jeweiligen Altersgruppe gegenüber 2002 bzw. blieb diese gleich. Das lässt darauf schließen, dass sich das Interesse an einer sportlichen Betätigung bei der Bevölkerung erhöht hat.

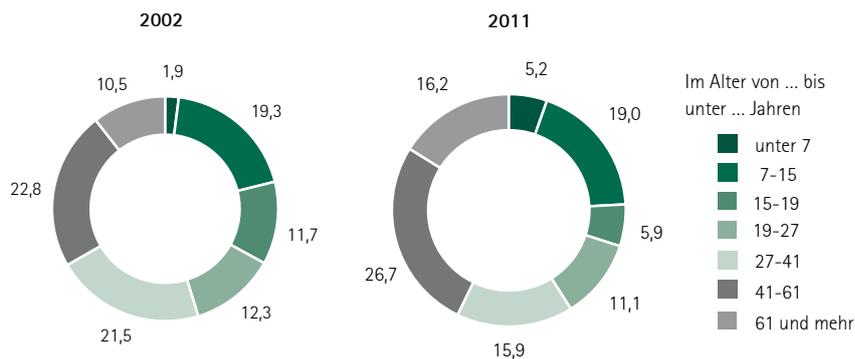
Die Jugend turnt und die Älteren walken

Die Altersverteilung war in den einzelnen klassischen sowie in den Trendsportarten in den Vereinen des sächsischen Landessportbundes sehr unterschiedlich. In der Sportart Turnen waren die unter 15-Jährigen mit 58 Prozent vertreten. Knapp ein Viertel war jünger als 7 Jahre. Bei den Kampfsportarten dominierten die Jugendlichen (15 bis unter 19 Jahre). Über die Hälfte der Kickboxer in Sachsen waren 15 bis unter 27 Jahre alt. Genau so beliebt in dieser Altersgruppe war American Football. Die geringste Jugendquote wies die Sportart Walking/Nordic Walking auf. Lediglich ein Prozent dieser Sportler waren jünger als 27 Jahre.

Mitgliederzahl in allen Kreisen gestiegen

In den drei Kreisfreien Städten und in allen Landkreisen sind 2011 im Vergleich zu 2002 die Mitgliederzahlen gestiegen. Am meisten konnten sich die Sachsen im Direktionsbezirk Leipzig für den Sport begeistern, dort waren

Abb. 2 Mitglieder im Landessportbund Sachsen e. V. am 1. Januar 2002 und 2011 nach Altersgruppen in Prozent



Quelle: Landessportbund Sachsen e. V., Leipzig

14,9 Prozent der Bevölkerung (Mitgliederquote) 2011 Mitglied im Landessportbund. Aus dem Direktionsbezirk Dresden stammen mit 39,6 Prozent die meisten aller organisierten Mitglieder in Sachsen.

Trotz gesunkener Bevölkerungszahlen in allen Landkreisen und der Kreisfreien Stadt Chemnitz stiegen die Mitgliederzahlen in den letzten neun Jahren zwischen 2 Prozent und 15 Prozent an. Ungeachtet dessen, dass der Landkreis Görlitz seit 2002 mit 12,4 Prozent den höchsten Bevölkerungsrückgang verzeichnen musste, stieg die Mitgliederzahl um knapp 2 Prozent. Somit erhöhte sich die

Mitgliederquote im Landessportbund um 2,1 Prozentpunkte auf 14,5.

Auch im Vogtlandkreis gab es mit 10 Prozent einen starken Bevölkerungsrückgang, andererseits einen Anstieg der Mitglieder im Sportverein um 15,5 Prozent. Hier waren damit 15,1 Prozent der Bevölkerung im Landessportbund organisiert. Das war nach der Stadt Leipzig (15,7 Prozent) die zweithöchste Mitgliederquote.

Fußball mit Abstand beliebteste Sportart

Die drei beliebtesten Sportarten der Sachsen waren Fußball, Allgemeiner Sport und Volley-

Tab. 1 Mitglieder im Landessportbund Sachsen e. V. am 1. Januar 2002 und 2011 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	2002		2011		Bevölkerungs- entwicklung 2011 zu 2002 in %		
	Mitglieder		Mitglieder				
	absolut	%	absolut	%			
Chemnitz, Stadt	29 354	5,8	11,5	31 316	5,4	12,9	-4,9
Erzgebirgskreis	44 874	8,8	10,9	47 092	8,2	12,8	-10,7
Mittelsachsen	41 312	8,1	11,3	43 783	7,6	13,3	-10,0
Vogtlandkreis	31 860	6,3	11,7	36 791	6,4	15,1	-10,0
Zwickau	38 310	7,5	10,2	40 845	7,1	11,9	-8,9
Direktionsbezirk Chemnitz	185 710	36,5	11,1	199 827	34,6	13,1	-9,1
Dresden, Stadt	53 143	10,4	11,1	70 992	12,3	13,6	9,3
Bautzen	42 183	8,3	11,8	43 859	7,6	13,6	-10,3
Görlitz	39 344	7,7	12,4	40 054	6,9	14,5	-12,4
Meißen	32 678	6,4	12,0	36 326	6,3	14,4	-7,2
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	33 043	6,5	12,2	37 748	6,5	15,0	-6,6
Direktionsbezirk Dresden	200 391	39,4	11,8	228 979	39,6	14,1	-4,1
Leipzig, Stadt	60 162	11,8	12,2	82 008	14,2	15,7	6,1
Leipzig	35 536	7,0	12,3	38 198	6,6	14,3	-7,2
Nordsachsen	27 088	5,3	11,9	28 633	5,0	13,9	-9,4
Direktionsbezirk Leipzig	122 786	24,1	12,2	148 839	25,8	14,9	-1,2
Sachsen	508 887	100	11,6	577 645	100	13,9	-5,4

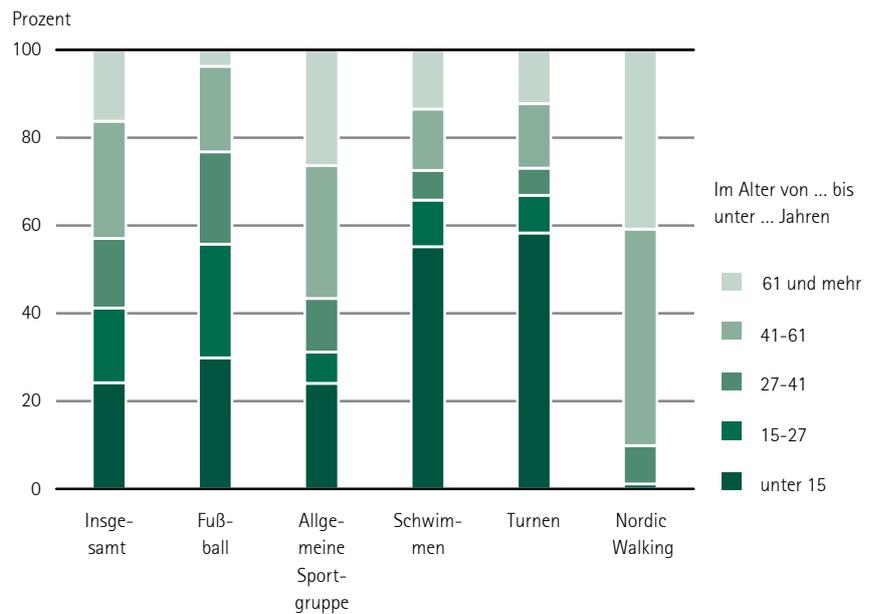
Quelle: Landessportbund Sachsen e. V., Leipzig

ball. Fußball hatte unter diesen Sportarten die jüngste Mitgliederstruktur und von den 127 800 Mitgliedern waren 56 Prozent unter 27 Jahre alt. An zweiter Stelle stand die Allgemeine Sportgruppe mit 60 500 Mitgliedern. Diese Sportart beinhaltet einen gesundheitsvorsorglichen Aspekt und wurde daher zu 69 Prozent von über 27-Jährigen besucht. Ähnlich sah es bei den Volleyballern aus, diese Mannschaftssportart war bei fast 28 700 Mitgliedern beliebt. 64 Prozent der Volleyballer waren älter als 27 Jahre, ein Drittel dieser Sportler 41 bis unter 61 Jahre.

Künftig sinkende Mitgliederzahlen?

Die Entwicklung der aktiven sportlichen Beteiligung einzelner Altersgruppen der Bevölkerung ist von vielseitigen Faktoren abhängig. Angefangen vom regionalen Angebot, der Erreichbarkeit von Sportstätten, der Höhe der Mitgliedsbeiträge bis hin zum Gesundheitszustand jedes Einzelnen. Werden diese Einflüsse unbeachtet gelassen und nur der demografische Faktor betrachtet, ergeben sich folgende voraussichtliche Entwicklungstendenzen. Auf Basis der Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für Sachsen und der Annahme, dass bis 2025 in den ausgewähl-

Abb. 3 Mitglieder¹⁾ in sächsischen Sportvereinen am 1. Januar 2011 nach ausgewählten Sportarten und Altersgruppen



1) Mehrfachzählung
Quelle: Landessportbund Sachsen e. V., Leipzig

ten Altersgruppen die Mitgliederquote unverändert bleibt, muss mit einem Rückgang der Mitgliederzahlen insgesamt um rund 10

Prozent gerechnet werden. Die ausgewählten Altersgruppen sind allerdings voraussichtlich unterschiedlich von sinkenden Mitglieder-

Tab. 2 Mitglieder im Landessportbund Sachsen e. V. am 1. Januar 2002 bis 2011 nach Altersgruppen

Jahr	Mitglieder	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 7	7 bis 15	15 bis 19	19 bis 27	27 bis 41	41 bis 61	61 und mehr
absolut								
2002	508 887	9 747	98 195	59 588	62 361	109 528	115 901	53 567
2003	503 536	11 369	90 271	58 936	61 367	103 084	120 859	57 650
2004	510 699	14 844	86 165	59 251	61 486	100 725	125 397	62 831
2005	519 594	17 358	83 862	59 545	63 284	97 899	129 074	68 572
2006	530 624	20 301	83 542	58 813	64 397	95 363	134 586	73 622
2007	540 400	23 003	88 085	53 284	65 714	93 286	139 214	77 814
2008	552 256	24 116	94 985	46 458	66 404	92 508	146 133	81 652
2009	562 345	25 588	101 345	39 972	67 863	91 801	150 544	85 232
2010	573 413	27 545	107 147	35 786	67 355	92 627	153 447	89 506
2011	577 645	29 862	109 975	34 023	64 193	91 885	154 052	93 655
Mitgliederquote (in Prozent)								
2002	11,6	5,4	28,8	25,7	14,3	12,8	9,5	4,8
2003	11,6	5,4	32,0	25,7	13,9	12,5	10,0	5,0
2004	11,8	6,8	34,0	26,2	13,7	12,6	10,3	5,4
2005	12,1	7,8	36,4	27,1	14,1	12,6	10,6	5,8
2006	12,4	9,0	39,5	27,9	14,4	12,6	11,0	6,2
2007	12,7	10,2	41,7	28,9	14,7	12,6	11,2	6,5
2008	13,1	10,6	43,7	30,0	15,1	12,8	11,5	6,9
2009	13,4	11,2	45,1	31,5	15,7	12,9	11,8	7,2
2010	13,8	11,9	46,1	34,9	15,9	13,2	11,9	7,5
2011	13,9	12,7	45,7	35,6	16,0	13,2	12,0	7,8

Quelle: Landessportbund Sachsen e. V., Leipzig

zahlen betroffen. Rückgänge könnten zwischen einem Fünftel bis zu einem Drittel der Mitglieder je nach Altersgruppe betragen. Bei den 7- bis unter 19-Jährigen sowie bei den 61-Jährigen und älteren kann mit steigenden Zahlen gerechnet werden. Wird außerdem angenommen, dass sich das Wahlverhalten bezüglich der Sportart in den Altersgruppen nicht verändert, werden Sportarten, wie z. B. Fußball oder selbst die allgemeine Sportgruppe 2025 mit einem Zehntel weniger Mitgliedern rechnen müssen. Beim Nordic Walking würde ein Anstieg der Mitgliederzahl bei den 61-Jährigen und älteren den Rückgang in den jüngeren Altersgruppen voraussichtlich nicht ausgleichen können.

Fazit

Entgegen des anhaltenden Bevölkerungsrückganges haben sich die Mitgliederzahlen im Landessportbund Sachsen im Zeitraum von Januar 2002 bis 2011 positiv entwickelt. Lediglich die Altersgruppe der 15- bis unter 19-Jährigen hatte einen größeren Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen.

Nach Einschätzung des Landessportbundes wird der Rückgang bei den unter 27-jährigen Mitgliedern recht unterschiedlich verlaufen. In Zukunft wird bei den Trendsportarten (z. B. Cheerleader und asiatische Kampfsportarten) ein Rückgang weniger spürbar sein, als in den klassischen Sportarten (Schwimmen oder Leichtathletik). Von der demografischen Entwicklung werden die Sportarten profitieren, die im Schnitt von älteren Mitgliedern genutzt werden. Diese Bevölkerungsgruppe wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Neben der sportlichen Betätigung im Sportverein bieten die sächsischen Krankenkassen für ihre Versicherten eine breite Auswahl an Gesundheitskursen an. So ermöglichen diese ihren Mitgliedern eine kostenfreie Teilnahme an bis zu zwei Gesundheitskursen im Jahr aus unterschiedlichen Bereichen. Rückenschule, Aqua Fitness oder Yoga sind Beispiele aus dem Kursangebot, das alle Versicherten ab 6 Jahre nutzen können.

Neben der sportlichen Betätigung im Sportverein bieten die sächsischen Volkshochschulen seit vielen Jahren den Programmbereich Gesundheit an. 2010 belegte ein Drittel

aller Kursteilnehmer einen solchen Kurs. Etwa 45 000 Volkshochschüler wählten unter anderem einen Pilates- oder Gymnastikkurs. Doppelt so viel Kursteilnehmer als noch vor zehn Jahren zeigen das steigende Interesse am Thema Gesundheit.

Die Gesundheit ist ein Mega-Thema unserer Zeit und ist wie kaum ein anderes mit dem demografischen Wandel verzahnt. Aktivität und gesundheitliche Prävention sind insbesondere im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung völlig neue Herausforderungen, vor welchen auch die sächsischen Sportvereine stehen.

Ausführliche Informationen zu einzelnen Sportarten sowie regionale Daten finden Sie unter www.sport-fuer-sachsen.de

Marion Patera, Sachbearbeiterin, Referentenbereich Analyse Bildung, Kultur, Rechtspflege

Literatur- und Quellenverzeichnis:

[1] Vgl. unter: <http://www.sachsen-macht-schule.de>

[2] Vgl. unter: <http://www.sport-fuer-sachsen.de>

Rezension

Heiland, Udo 2011: Unter Mocambicanern. Arbeit – Leben – Abenteuer 1979 bis 1985. Leipzig: Engelsdorfer Verlag

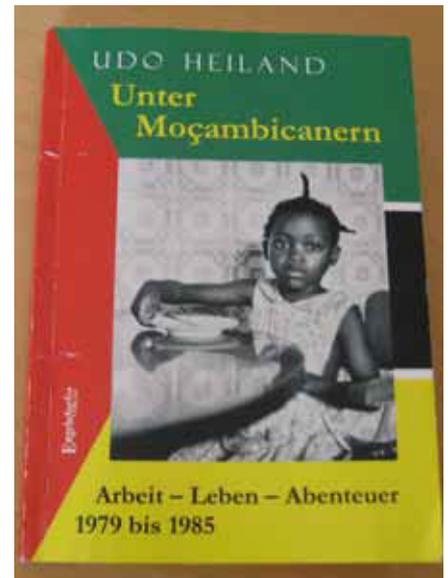
Die Durchführung einer Volkszählung in einem Entwicklungsland ist eine schwierige Kunst und eine logistische Meisterleistung. Dieses Fazit kann man nach der Lektüre von Udo Heilands Buch ziehen.

Das Buch ist ein Arbeits- und Erlebnisbericht über den Einsatz des Autors als Berater der mosambikanischen Nationaldirektion für Statistik von 1979 bis 1985. Seine Aufgaben bestanden in der fachlichen Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung in Mosambik sowie im Aufbau von arbeitsfähigen Strukturen der Statistik. Gegliedert ist es in die einzelnen Zeitabschnitte, in denen Heiland in Mosambik arbeitete. In seiner Darstellung lehnt er sich stark an die Form eines Tagebuches an. Das ist nicht ohne Charme, denn er lässt dadurch den Leser unmittelbar an den Ereignissen teilhaben.

Bei der Beschreibung seiner Arbeitsaufgaben fokussiert der Autor stark auf die Bedingungen unter denen die Volkszählung vorbereitet und durchgeführt wurde. Plastisch schildert er elementare Probleme der Erfassung der Bevölkerung in einem Entwicklungsland. Das Fehlen praxiserfahrener Spezialisten, der niedrige Bildungsgrad der Mitarbeiter,

aber auch archaische Stammesstrukturen in entlegenen Gebieten und Analphabetentum kennzeichnet Heiland als hauptsächliche Schwierigkeiten mit denen er in seiner täglichen Arbeit konfrontiert wurde. Seine Tätigkeit wurde aber auch durch den Bürgerkrieg geprägt. Vor allem dessen Verschärfung zwischen 1983 bis 1985 machte eine kontinuierliche Bevölkerungserfassung und Fortschreibung im Grenzgebiet zu Südafrika unmöglich.

Wer eine detaillierte fachstatistische Erörterung über Methodik, Arbeitsweise und Umsetzung der Erhebungen erwartet, wird sicherlich nicht zufrieden sein. Das war auch gewiss nicht die Absicht des Autors. Denn im Untertitel seines Buches ist festgehalten, dass es ebenfalls um Leben und Abenteuer geht. Insofern ist sein Buch auch ein interessanter Report über Kultur, Natur und Sitten eines afrikanischen Landes. Es ist aber nicht nur ein Reise- und Erlebnisbericht, sondern ein beredtes zeitgeschichtliches Dokument, welches den schweren Aufbau Mosambiks nach der Erreichung der Unabhängigkeit widerspiegelt. Deutlich wird in Heilands Buch auch, dass er nicht nur als Berater, sondern auch als Lernender in Mosambik weilte.



Der 1943 in Leipzig geborene Autor erlernte nach dem Abitur den Beruf eines Forstarbeiters. Danach hatte er verschiedene Funktionen beim Rat des Kreises in Luckau inne und wechselte später als Leiter zur dortigen Kreisstelle für Statistik. Seit 1991 fungierte er bis zu seinem Ruhestand als Referatsleiter im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen.

Neues aus Sachsen

Dr. Annika Herr, Nutzerin der Forschungsdatenzentren der Statistischen Landesämter, wurde mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2011 ausgezeichnet

Im Rahmen des 20. Wissenschaftlichen Kolloquiums zum Thema „Micro Data Access - Internationale und nationale Perspektiven“ wurde im November 2011 in Wiesbaden zum 13. Mal der Gerhard-Fürst-Preis an Wissenschaftler mit herausragenden wissenschaftlichen Arbeiten verliehen. In der Kategorie „Dissertationen“ zeichnete dabei das Statistische Bundesamt die Arbeit zum Thema „On Hospital Competition: Quality, Efficiency and Ownership“ von Frau Dr. Annika Herr aus. Diese Arbeit entstand unter Nutzung von FDZ-Mikrodaten der Krankenhausstatistik bei Professor Dr. Justus Haucap an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Die Betreuung der Datennutzung erfolgte durch die FDZ-Standorte Kamenz und Düsselndorf. In der Dissertation werden Fragen der Qualität, der Effizienz und der Trägerschaft von Krankenhäusern untersucht, die als besonders bedeutsam für den Krankenhaussektor betrachtet werden. Eine Vorstellung der Arbeit durch die Autorin kann man in der Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ Heft 2/2012 auf den Seiten 178 bis 183 finden. An dieser Stelle unseren herzlichen Glückwunsch von Seiten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

Mehr Studenten und Studienanfänger an Sachsens Hochschulen 2011

Die sächsischen Hochschulen verzeichneten 2011 insgesamt 111 635 Studenten und 21 478 Studienanfänger. Das waren 1 874 Studenten bzw. 1 209 Studienanfänger mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Frauen lag bei den Studierenden bei 45 Prozent und bei den Studienanfängern bei 43,6 Prozent. Beliebteste Fächergruppe waren die „Ingenieurwissenschaften“ mit 30 669 Studenten. Über ein Viertel aller Studenten wählte ein Studienfach dieser Fächergruppe. Mit 28 153 Immatrikulationen und somit einem weiteren Viertel aller Studenten erreichten die „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ Rang zwei.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses befanden sich 61 609 Studierende in einem Studiengang mit der gestuften Studienstruktur Bachelor – Master. Bezogen auf die Gesamtstudierendenzahl waren das 55 Prozent, gegenüber 50 Prozent im Vorjahr. Die Studierenden in Bachelor- und Masterstudien-

gängen an Fachhochschulen lagen 2011 anteilmäßig mit 63 Prozent (18 792 Studenten) vor denen der Universitäten mit 53 Prozent (41 731).

Immer gefragter werden die Hochschulen in Sachsen bei deutschen Studenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in den anderen Bundesländern oder im Ausland erworben haben. 2011 betrug der Anteil der „Nichtsachsen“ an den 100 126 deutschen Studenten insgesamt 46 Prozent, gegenüber 43 Prozent 2010. Die meisten nichtsächsischen deutschen Studenten kamen aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, aber auch 4 173 Studenten aus Bayern wählten ein Studium an einer sächsischen Hochschule.

Sachsen als Tourismusziel immer mehr gefragt

Im Jahr 2011 besuchten so viele Gäste wie noch nie zuvor den Freistaat Sachsen. 6,56 Millionen Gäste haben in den Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten (ohne Campingplätze) übernachtet, 4,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 3,1 Prozent auf 16,8 Millionen. Daraus ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,6 Tagen wie in den beiden Jahren zuvor. Die Zahl der angebotenen Gästebetten ist um 1,3 Prozent gestiegen und damit nicht so stark wie die Übernachtungszahlen. Somit erhöhte sich die durchschnittliche Auslastung dieser Gästebetten von 39,0 Prozent im Jahr 2010 auf 39,8 Prozent im Jahr 2011.

Mit 72 Prozent standen fast drei Viertel der angebotenen Gästebetten im Bereich der Hotellerie, wozu Hotels und Hotels garnis sowie Gasthöfe und Pensionen gehören. Dort wurden 11,8 Millionen Übernachtungen (Anteil 70,3 Prozent) gebucht, 5,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Bei den Ferienunterkünften, wozu u. a. Jugendherbergen, Erholungs- und Ferienheime, Ferienhäuser und -wohnungen gehören, wurden mit 2,4 Millionen Übernachtungen genauso viel wie im Vorjahr gezählt. Einen Rückgang der Gäste und Übernachtungen gab es dagegen in den 37 Vorsorge- und Reha-Kliniken Sachsens. Hier verbrachten die rund 116 000 Gäste knapp 2,6 Millionen Nächte (Rückgang um 0,1 bzw. 3,5 Prozent). Sie blieben durchschnittlich 22,1 Tage.

696 000 Gäste des Freistaates und damit etwas mehr als jeder zehnte Besucher kam aus dem Ausland. Diese Personen verbrachten 1 570 000 Nächte in Sachsen. Der Zuwachs

der Gäste um 0,2 Prozent und der Übernachtungen um 1,9 Prozent lag damit weit unter dem Durchschnitt aller Gäste. Die meisten ausländischen Gäste kamen trotz eines Rückgangs um 16,2 Prozent wie schon in den vergangenen Jahren aus den USA (62 800 Gäste), danach folgen die Gäste aus den Niederlanden (62 200; Rückgang um 1,9 Prozent), aus Österreich (52 900, Anstieg um 1,7 Prozent) und aus der Schweiz (52 900, Anstieg um 5,5 Prozent).

Sachsens Export 2011 mit neuen Rekordumsätzen

Die sächsische Wirtschaft hat im Jahr 2011 Erzeugnisse im Wert von 29,3 Milliarden € ausgeführt, das waren 19 Prozent mehr als im Jahr 2010. Mehr als ein Drittel davon waren Personenkraftwagen und Wohnmobile, deren Exportvolumen im vergangenen Jahr um 34 Prozent gegenüber dem Vorjahr anwuchs. Auch die Ausfuhr von Fahrgestellen, Karosserien, Motoren und sonstigem Zubehör für Kraftfahrzeuge stieg überdurchschnittlich (um 29 Prozent) auf 2,6 Milliarden €. Um fast ein Fünftel auf 3,7 Milliarden € erhöhte sich der Ausfuhrwert bei den Erzeugnissen des Maschinenbaus, so zum Beispiel bei Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebs-elementen (um 30 Prozent) oder bei sonstigen unspezifischen Maschinen (um 29 Prozent). Nahezu unaufhaltsam scheint die Ausfuhr nach China an Bedeutung zu gewinnen. Im Jahr 2011 exportierte der Freistaat Waren im Wert von 3,9 Milliarden € in das asiatische Land (70 Prozent mehr als ein Jahr zuvor; über das Dreifache des Jahres 2008) und damit mehr als auf den gesamten amerikanischen Kontinent. Dabei waren die Vereinigten Staaten mit einem Ausfuhrwert von 2,1 Milliarden € Sachsens zweitwichtigster Exportpartner. Jeweils mehr als die Hälfte der Lieferungen in diese beiden Länder waren Personenkraftwagen und Wohnmobile.

Der wichtigste Handelspartner des Freistaates Sachsen innerhalb Europas war Frankreich mit 1,8 Milliarden €, die größte Steigerungsrate erreichten hier die Lieferungen in die Russische Föderation (um 69 Prozent auf 1,2 Milliarden €).

Kommunale Steuereinnahmen in Sachsen so hoch wie nie zuvor

Mit 2 526 Millionen € Steuereinnahmen (netto) haben die sächsischen Kommunen einen neuen Rekord erzielt. Der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2008 wurde um 46 Millionen € überboten. Gegenüber dem

Vorjahr betrug der Zuwachs 204 Millionen € (8,8 Prozent). 1 005 Millionen € und damit fast 40 Prozent aller Steuereinnahmen (netto) wurden von den drei Kreisfreien Städten erbracht. Das waren 91 Millionen € (10,0 Prozent) mehr als im Jahr 2010. Die kreisangehörigen Gemeinden überboten mit 1 521 Millionen € ihr Vorjahresergebnis ebenfalls deutlich, und zwar um 112 Millionen € bzw. 8,0 Prozent. Dabei waren die Ergebnisse in allen Kreisgebieten positiv. Die Zuwachsraten lagen zwischen 3,0 Prozent im Kreisgebiet Görlitz und 15,5 Prozent im Kreisgebiet Zwickau. Insgesamt überstiegen bei drei Viertel aller Gemeinden die Steuereinnahmen (netto) das Vorjahresniveau. Bei den Pro-Kopf-Werten reichten die regionalen Schwankungen von 459 € im Kreisgebiet Görlitz bis 599 € im Kreisgebiet Mittelsachsen. Die Kreisfreien Städte nahmen im Durchschnitt 777 € je Einwohner ein.

Rund 46 Prozent aller Steuereinnahmen (netto) resultierten aus der Gewerbesteuer (netto). Mit 1 151 Millionen € betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 83 Millionen € (7,7 Prozent), der Rekordwert aus dem Jahr 2008 wurde hier jedoch knapp verfehlt. So hoch wie noch nie waren dagegen die Einnahmen aus den Grundsteuern (471 Millionen €), aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (702 Millionen €) sowie aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (181 Millionen €).

Frauen in Sachsen – Zum Internationalen Frauentag am 8. März

Fast 1,9 Millionen sächsische Frauen können am 8. März den Internationalen Frauentag feiern. Sie stellen mit einem Anteil von 51 Prozent die Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung. Bei der Geburt sind die Jungen noch in der Überzahl: auf 100 Mädchen kommen 104 Jungen.

50 Prozent der Frauen in Sachsen sind verheiratet, jede vierte Frau ist ledig. Im Jahr 2010 lag das Erstheiratsalter der Frauen im Durchschnitt bei 30 Jahren.

Statistisch betrachtet bringt eine Frau durchschnittlich 1,5 Kinder zur Welt. 56 Prozent der 25- bis unter 45-jährigen Frauen haben Kinder unter 18 Jahren, 16 Prozent betreuen Kinder unter 3 Jahren. Auch für sie ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit Normalität: 57 Prozent dieser Mütter von unter 3-jährigen Kindern sind erwerbstätig, mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 21 Stunden.

Von allen Frauen in Sachsen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sind 69 Prozent erwerbstätig. Zwei Drittel von ihnen arbeiten Vollzeit, dennoch sind 77 Prozent aller Teilzeiterwerbstätigen Frauen. Durchschnittlich arbeiten erwerbstätige Frauen 31 Stunden pro Woche

und damit 6 Stunden weniger als die Männer. 7 Prozent der erwerbstätigen Frauen haben den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt. Ein Blick auf den Schulabschluss an allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges zeigt, dass in Sachsen mehr Absolventinnen als Absolventen das Abitur ablegen (55 Prozent).

Sächsischer Einzelhandel 2011 mit gestiegenen Umsätzen

Im sächsischen Einzelhandel sind die Umsätze im Jahr 2011 nominal um 3,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Real (in den Preisen von 2005) war das immer noch ein Zuwachs um 2,1 Prozent.

Den größten Anteil daran hatte der „Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten“ mit einem nominalen Anstieg um mehr als ein Fünftel (21,3 Prozent), real waren es 15,4 Prozent. In dieser Wirtschaftsgruppe sorgte vor allem der „Internethandel“ für den kräftigen Aufschwung.

Der „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ als wichtigste Wirtschaftsgruppe – 46 Prozent aller Umsätze werden in Sachsen in diesen Geschäften getätigt – erzielte reale Umsätze auf Vorjahresniveau.

Dagegen erreichte der „spezialisierte Einzelhandel mit Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ einen nominalen Umsatzanstieg um 5,9 Prozent, was real einem Plus von 4,8 Prozent entsprach.

Um fast ein Viertel (nominal 23,8 Prozent, real 22,8 Prozent) wuchs der Umsatz beim „Handel mit Kraftwagen“ gegenüber einem schwachen Jahr 2010.

Insolvenzen gingen 2011 sowohl bei Unternehmen als auch bei privaten Verbrauchern zurück

Im Jahr 2011 wurden in Sachsen 1 587 Unternehmensinsolvenzverfahren gemeldet. Das waren 126 Verfahren bzw. 7,4 Prozent weniger als 2010. Fast 76 Prozent der Unternehmensinsolvenzen (1 206 Verfahren) wurden eröffnet, 381 mangels Masse abgewiesen.

Gut 56 Prozent der insolventen Unternehmen (895) waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig, darunter 488 Unternehmen weniger als vier Jahre. Der Anteil der Gläubigerforderungen der Gruppe „unter acht Jahre“ lag bei 40,9 Prozent.

Knapp 56 Prozent der betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere knapp 35 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH).

Rund 21 Prozent der insolventen Unternehmen waren dem Baugewerbe zuzuordnen, knapp 16 Prozent dem Wirtschaftsbereich

Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Die meisten Unternehmensinsolvenzen wurden 2011 mit 558 für den Direktionsbezirk Leipzig gemeldet, gefolgt von den Direktionsbezirken Chemnitz und Dresden mit 541 bzw. 488 Verfahren. Im Direktionsbezirk Chemnitz konnte mit fast 18 Prozent bzw. 116 Verfahren der höchste Rückgang zum Vorjahr verzeichnet werden. Die insgesamt von den Gläubigern angemeldeten Forderungen für Unternehmen betragen 707 Millionen €; durchschnittlich 445 500 € je Verfahren.

Für Verbraucher wurden im Jahr 2011 in Sachsen 4 261 Insolvenzverfahren gemeldet. Damit sank die Zahl der Verfahren um 738 bzw. 14,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei wurden von den Verbraucherinsolvenzen 4 207 Verfahren (98,7 Prozent) eröffnet, 33 Verfahren mangels Masse abgewiesen und 21 Verfahren mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes beendet.

Außer den Verfahren für Verbraucher gehörten zu den 6 177 Insolvenzen der „übrigen Schuldner“ noch 38 Verfahren für natürliche Personen, die als Gesellschafter u. Ä. tätig waren, 1 358 für ehemals selbstständig Tätige (darunter 339, die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen) und 520 Verfahren für Nachlässe. Diese Angaben bedeuteten eine um 11,7 Prozent rückläufige Entwicklung der Verfahrenszahlen gegenüber 2010.

Auf die Kreisfreien Städte Leipzig (1 576), Dresden (569) und Chemnitz (507) entfielen 2011 knapp 43 Prozent aller Insolvenzverfahren der übrigen Schuldner. Von den Landkreisen wurden die meisten Verfahren im Landkreis Zwickau (463) und dem Erzgebirgskreis (425) gemeldet, die wenigsten in den Kreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (185) und Meißen (199).

Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen der übrigen Schuldner betragen 532 Millionen €, durchschnittlich 86 100 € je Verfahren. Die Forderungshöhe verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um fast 18 Prozent bzw. 115 Millionen €.

Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 168,7	4 149,5	4 151,0	4 152,2	4 151,1	4 136,2	4 137,3	4 139,6	4 138,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 466	1 533	1 957	1 612	696	2 572	2 032	1 188	912
Lebendgeborene	Anzahl	2 842	2 924	3 026	2 879	3 053	3 474	3 173	2 848	3 083
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 197	4 242	4 011	3 830	4 232	4 254	3 887	3 693	4 530
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	6	7	5	4	13	10	3	5
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 356	-1 318	-985	-951	-1 179	-780	-714	-845	-1 447
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 520	5 620	7 710	8 927	5 569	8 000	9 026	10 189	6 236
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 609	1 681	2 811	2 370	1 662	2 198	3 182	2 850	1 811
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 176	5 916	6 959	6 844	5 425	8 097	7 175	7 076	5 468
darunter in das Ausland	Anzahl	1 716	1 647	1 455	1 188	1 245	1 969	1 557	1 175	1 217
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-656	-296	751	2 083	144	-97	1 851	3 113	768
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 862	8 774	9 834	10 199	9 078	11 539	10 581	10 177	9 802
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte³⁾										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	1 000	1 390,8	1 408,3	1 435,6
Frauen	1 000	691,8	701,0	708,7
Ausländer	1 000	14,8	16,0	16,8
Teilzeitbeschäftigte	1 000	273,1	282,2	283,6
darunter Frauen	1 000	227,4	234,3	234,9
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁵⁾										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,6	21,2	22,4
Produzierendes Gewerbe	1 000	417,4	415,4	425,6
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	291,8	293,1	298,4
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	232,8	246,6	254,8
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	427,3	431,8	434,1
Arbeitsmarkt³⁾										
Arbeitslose	1 000	277,7	253,1	230,2	222,7	222,7	217,1	205,2	201,0	201,2
Frauen	1 000	128,1	116,5	111,8	108,2	107,4	105,9	99,7	97,6	96,7
Männer	1 000	149,6	136,6	118,5	114,5	115,3	111,2	105,6	103,5	104,4
Ausländer	1 000	9,9	9,6	9,3	9,1	9,1	9,1	8,7	8,7	8,6
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	31,5	26,0	26,0	22,1	20,9	23,5	20,4	17,7	16,6
Arbeitslosenquote⁶⁾										
insgesamt	%	12,9	11,8	10,8	10,4	10,4	10,2	9,6	9,4	9,4
Frauen	%	12,5	11,5	11,1	10,7	10,7	10,5	9,9	9,7	9,6
Männer	%	13,2	12,1	10,5	10,2	10,3	9,9	9,4	9,2	9,3
Ausländer	%	24,5	23,9	23,4	22,9	22,9	22,1	21,2	21,1	20,8
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	12,5	10,8	11,0	9,3	8,8	10,5	9,1	7,9	7,4
Kurzarbeiter	1 000	54,3	29,7	14,0	12,7	12,2
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	13,1	15,5	16,9	16,5	16,0	20,7	20,6	20,3	19,5

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	243	239	233	239	251	332	357	241	259
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	235	228	225	230	231	309	334	231	254
umbauter Raum	1 000 m ³	204	223	204	200	253	336	359	222	214
Wohnfläche	1 000 m ²	39	41	38	38	49	58	66	41	41
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	45 161	48 134	42 974	44 336	53 324	80 255	79 526	48 270	48 067
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	110	110	121	113	112	105	157	115	119
umbauter Raum	1 000 m ³	650	588	1 053	1 247	485	351	846	626	824
Nutzfläche	1 000 m ²	96	85	139	125	84	55	112	104	124
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	72 998	64 176	106 044	68 123	63 910	46 537	67 187	84 149	67 758
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	461	468	313	437	615	526	750	434	482
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 218	2 324	1 614	2 252	2 922	3 068	3 791	2 344	2 418
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	5 471	4 959	5 073	4 952	5 551	3 406	1 653	1 490	1 996
darunter										
Rinder insgesamt	t	918	775	781	789	989	384	301	331	500
darunter Kälber ²⁾	t	21	20	22	18	23	19	22	16	26
Jungrinder	t	9	6	3	8	9	7	4	9	15
Schweine	t	4 514	4 147	4 251	4 101	4 476	2 995	1 312	1 105	1 408
Eiererzeugung ³⁾	1 000 St.	74 864	59 740	67 988	70 861	65 076	79 086	77 474	82 408	75 999
Milcherzeugung	1 000 t	133	132	129	129	124	135	130	131	127
darunter Anlieferung an Molkereien	1 000 t	130	130	126	127	122	132	127	128	124
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	1 266	1 222	1 226	1 226	1 224	1 276	1 276	1 275	1 272
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	191,8	189,6	192,2	192,3	192,9	205,1	205,9	206,4	206,7
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 238	26 057	27 653	26 915	27 764	28 095	29 481	26 840	29 476
Bezahlte Entgelte	Mill. €	463,8	484,5	469,5	483,9	602,8	523,5	523,7	541,0	690,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	3 574,2	3 969,1	4 300,8	4 164,6	4 431,1	4 384,8	4 962,4	4 333,8	4 806,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. €	1 251,1	1 375,6	1 536,1	1 532,7	1 558,4	1 671,4	1 793,7	1 607,6	1 755,9
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	1 598,5	1 844,5	1 981,4	1 872,3	2 107,1	1 863,8	2 344,4	1 970,0	2 233,1
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	51,4	55,9	67,1	65,0	62,8	61,0	70,6	60,9	72,2
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	673,3	693,1	716,1	694,5	702,7	788,5	753,7	695,3	745,7
Auslandsumsatz	Mill. €	1 294,4	1 513,7	1 656,6	1 565,1	1 676,3	1 677,1	2 002,8	1 688,6	1 893,3

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Energie- und Wasserversorgung¹⁾										
Betriebe	Anzahl	138	137	137	137	136	135	135	136	136
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	13,9	14,0	14,1	14,1	14,1	13,9	14,0	14,0	14,0
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 851	1 867	1 950	1 837	1 936	1 878	1 929	1 685	1 898
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	47	49	47	51	78	46	46	46	82
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 782	2 833	2 736	3 123	2 889	3 044	2 982	3 026	3 038
Bauhauptgewerbe²⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	54,3	56,1	58,6	58,1	57,9	59,2	59,6	57,3	57,0
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 262	5 352	6 953	6 621	6 328	7 336	7 265	6 324	6 848
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 493	1 557	2 050	1 880	1 836	2 377	2 365	1 995	2 181
gewerblicher Bau	1 000	1 912	1 945	2 478	2 343	2 283	2 578	2 550	2 283	2 462
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 857	1 851	2 425	2 398	2 209	2 381	2 350	2 046	2 205
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	99,1	102,6	111,1	111,8	122,2	121,8	114,8	112,6	124,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	450,4	455,6	577,8	594,0	618,3	623,9	629,7	640,3	673,2
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	85,6	87,6	115,2	115,3	117,8	132,2	145,3	126,3	149,7
gewerblicher Bau	Mill. €	201,7	210,6	258,9	258,4	277,2	274,5	264,6	303,0	305,5
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	163,1	157,4	203,7	220,3	223,3	217,2	219,8	211,0	217,9
Ausbaugewerbe^{1) 3)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	18,5	19,0	19,5	.	.	.	19,3	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 011	6 255	6 704	.	.	.	6 638	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	106,0	112,1	114,6	.	.	.	117,6	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	479,7	490,6	528,4	.	.	.	549,6	.	.
Handel⁴⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	96,8	95,1	95,9	96,3	96,4	97,7	97,1	97,1	97,2
Umsatz (nominal)	2005 = 100	103,7	111,0	123,3	119,1	124,2	129,5	131,9	123,5	131,8
Umsatz (real)	2005 = 100	98,2	100,5	110,3	106,2	110,3	108,5	112,8	106,0	112,8
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2005 = 100	108,8	108,4	108,1	108,3	109,2	108,9	109,1	109,2	110,5
Umsatz (nominal)	2005 = 100	110,6	113,4	111,5	116,4	119,2	115,5	116,8	116,8	127,3
Umsatz (real)	2005 = 100	107,7	109,6	107,9	112,4	114,7	110,6	111,1	111,3	121,4
Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz										
Beschäftigte	2005 = 100	95,8	91,4	91,4	92,1	92,2	94,8	95,7	96,8	96,2
Umsatz (nominal)	2005 = 100	102,3	94,8	100,8	103,5	106,6	118,3	112,7	113,1	126,8
Umsatz (real)	2005 = 100	98,2	90,7	96,4	98,8	101,7	111,9	106,2	106,2	119,5
Gastgewerbe⁴⁾										
Beschäftigte	2005 = 100	121,8	117,9	124,2	119,8	115,7	124,1	122,0	121,1	119,7
Umsatz (nominal)	2005 = 100	120,2	120,7	135,8	134,1	113,1	135,9	139,5	139,8	117,8
Umsatz (real)	2005 = 100	106,0	103,5	115,9	114,5	96,8	114,7	116,7	116,9	98,8

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008.

Ab Juni 2010 wurde eine jährliche Rotation der befragten Unternehmen eingeführt. Die Ergebnisse aus dem neuen Kreis der befragten Unternehmen liegen rückwirkend bis Januar 2009 vor.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Tourismus¹⁾										
Gästeankünfte	1 000	510	535	638	616	473	670	686	647	507
darunter von Auslandsgästen	1 000	52	60	70	60	44	87	74	61	47
Gästeübernachtungen	1 000	1 355	1 398	1 622	1 603	1 128	1 816	1 693	1 694	1 187
darunter von Auslandsgästen	1 000	120	134	153	134	99	190	165	140	107
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	1 696	1 596	1 785	1 635	1 899	1 776	1 994	1 635	1 376
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 188	1 080	1 299	1 167	1 215	1 352	1 529	1 186	937
Getötete Personen	Anzahl	16	14	15	17	13	17	19	14	15
Verletzte Personen	Anzahl	1 504	1 370	1 632	1 517	1 515	1 711	1 871	1 533	1 136
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 821	11 219	11 889	11 170	11 934	11 068	13 061	11 343	12 315
darunter Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 101	9 357	10 001	9 385	10 067	9 048	11 113	9 485	10 096
Lastkraftwagen	Anzahl	966	1 114	1 179	1 232	1 390	1 225	1 226	1 319	1 638
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	5,1	6,5	2,5	9,8	4,7	14,2	6,0	3,5	4,2
Güterversand	1 000 t	9,1	13,8	14,9	15,9	9,8	14,5	11,0	7,0	5,5
Außenhandel⁴⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 625,1	2 062,0	2 246,5	2 279,5	2 317,0	2 152,8	2 605,3	2 492,6	2 707,3
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	69,9	76,7	79,6	79,5	82,9	93,0	92,1	81,5	84,9
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 538,1	1 964,5	2 144,6	2 177,3	2 211,7	2 016,0	2 457,3	2 352,4	2 524,7
davon										
Rohstoffe	Mill. €	8,4	8,9	7,9	16,9	9,6	16,4	11,7	9,1	16,2
Halbwaren	Mill. €	79,2	86,2	93,6	99,4	113,3	85,9	105,5	114,0	123,9
Fertigwaren	Mill. €	1 450,4	1 869,4	2 043,0	2 061,1	2 088,7	1 913,7	2 340,2	2 229,3	2 384,5
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	179,5	219,5	241,3	248,4	223,4	242,5	252,9	200,9	223,9
Enderzeugnisse	Mill. €	1 270,9	1 649,9	1 801,8	1 812,7	1 865,4	1 671,2	2 087,2	2 028,4	2 160,7
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 063,3	1 253,4	1 250,7	1 346,0	1 490,9	1 289,2	1 632,3	1 527,3	1 574,1
darunter in die EU-Länder	Mill. €	895,7	1 028,5	1 015,9	1 120,1	1 197,4	1 017,9	1 274,3	1 195,4	1 278,8
Afrika	Mill. €	31,2	42,2	30,8	37,0	36,0	38,6	44,6	61,4	47,0
Amerika	Mill. €	140,8	222,3	273,6	241,9	224,3	254,1	278,8	250,4	242,5
Asien	Mill. €	376,9	516,4	654,1	630,5	546,2	550,1	615,2	623,4	814,6
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	12,9	27,7	37,2	24,1	19,7	20,7	34,4	30,0	29,0

1) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristkamping)

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Noch: Außenhandel										
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 133,8	1 408,6	1 627,1	1 488,3	1 665,7	1 569,1	1 666,4	1 547,0	1 606,7
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	78,0	81,8	82,7	83,3	83,8	81,3	78,2	86,8	76,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 022,0	1 280,7	1 497,9	1 354,8	1 532,1	1 391,8	1 463,4	1 331,3	1 350,4
davon										
Rohstoffe	Mill. €	90,4	93,0	80,7	93,7	110,6	117,6	91,9	109,2	155,4
Halbwaren	Mill. €	75,5	116,4	133,5	114,0	138,4	157,6	133,2	101,8	103,9
Fertigwaren	Mill. €	856,1	1 070,7	1 283,7	1 147,0	1 283,1	1 116,6	1 238,3	1 120,3	1 091,1
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	134,2	154,7	167,0	177,3	157,6	175,3	170,5	173,1	129,3
Enderzeugnisse	Mill. €	721,9	916,6	1 116,7	969,7	1 125,5	941,2	1 067,9	947,2	961,8
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	865,2	1 016,5	1 077,3	1 080,8	1 066,2	1 119,1	1 279,0	1 145,5	1 230,2
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	714,8	850,8	909,4	918,2	876,8	898,6	1 090,0	987,3	1 008,2
Afrika	Mill. €	5,0	7,2	5,3	6,6	25,4	6,7	4,7	5,9	5,4
Amerika	Mill. €	118,6	171,0	290,8	149,2	287,7	109,2	116,9	131,0	112,3
Asien	Mill. €	142,3	211,5	251,0	248,5	284,0	331,2	261,6	262,1	257,9
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,7	2,3	2,6	3,2	2,4	2,9	4,2	2,5	0,9
Gewerbeanzeigen¹⁾										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 219	3 183	3 564	3 008	2 947	3 044	3 032	3 074	3 137
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 925	2 888	2 988	2 650	2 821	2 519	2 368	2 526	2 990
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	719	726	729	681	796	685	624	495	683
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	162	143	142	151	143	147	139	99	154
Verbraucher	Anzahl	374	417	450	385	495	382	352	278	351
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	126	114	109	110	132	116	95	84	128
sonstige natürliche Personen ²⁾ , Nachlässe	Anzahl	58	53	28	35	26	40	38	34	50
eröffnete Verfahren	Anzahl	623	643	670	612	727	591	553	423	604
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	94	82	58	68	67	93	65	70	78
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	128	130	160	108	93	72	161	118	78
Handwerk										
Beschäftigte ³⁾	30.9.09 = 100	97,9	97,6	99,6	.	.	.	99,8	.	.
Umsatz ⁴⁾	2009 = 100	100	98,9	106,1	.	.	.	112,5	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Preise										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	108,1	109,4	109,6	109,6	109,6	112,1	112,4	112,6	112,5
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2005 = 100	112,9	114,1	.	.	115,0	119,0	.	.	119,4
Verdienste ²⁾										
Bruttomonatsverdienste ³⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁴⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 672	2 725	2 560	x	x	x	2 613	x	x
männlich	€	2 719	2 776	2 611	x	x	x	2 678	x	x
weiblich	€	2 589	2 631	2 467	x	x	x	2 493	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 432	2 510	2 372	x	x	x	2 426	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 048	3 157	2 787	x	x	x	2 892	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 380	2 477	2 306	x	x	x	2 371	x	x
Energieversorgung	€	(4 345)	4 503	4 010	x	x	x	4 017	x	x
Wasserversorgung ⁵⁾	€	2 420	2 478	2 333	x	x	x	2 403	x	x
Baugewerbe	€	(2 357)	(2 376)	(2 380)	x	x	x	(2 420)	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 844	2 874	2 691	x	x	x	2 752	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 364	2 416	2 253	x	x	x	2 310	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 358	2 390	2 215	x	x	x	2 268	x	x
Gastgewerbe	€	1 581	1 597	1 546	x	x	x	1 578	x	x
Information und Kommunikation	€	3 592	3 631	3 298	x	x	x	3 341	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	€	(3 914)	4 113	3 525	x	x	x	3 571	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 989	2 949	2 687	x	x	x	2 699	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 378	3 482	3 209	x	x	x	3 284	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 708	1 707	1 634	x	x	x	1 698	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	3 103	3 161	3 036	x	x	x	3 163	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 853	3 798	3 630	x	x	x	3 648	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 039	3 127	2 969	x	x	x	3 089	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(2 928)	(3 077)	2 891	x	x	x	2 945	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 129)	(2 144)	(2 044)	x	x	x	(2 048)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.

Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Gesamtverzeichnis 2011

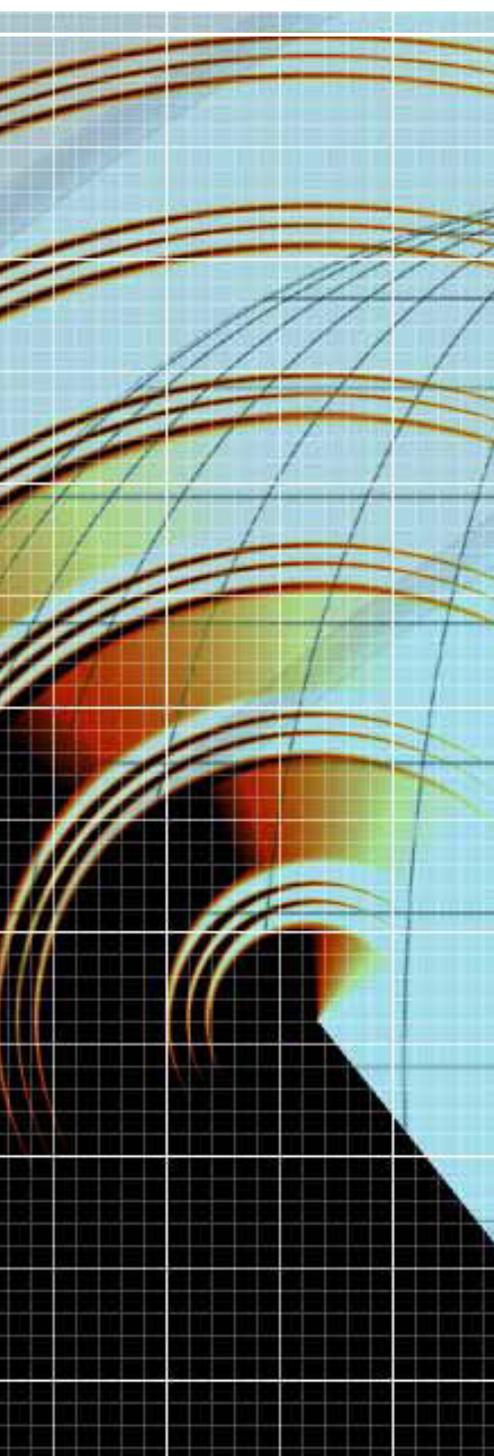
	Heft	Seite
Cornelia Barchmann, Andreas Oettel Energieverbrauch in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1991 bis 2009	1	43
Dieter Beier Das Gemeindefinanzreformgesetz im Freistaat Sachsen	3	46
Ulrich Ertel Landwirtschaftszählung 2010: Teil 1 - Einführung	4	15
Regine Fiedler Neue Informationen zu INSPIRE	1	39
Britta Frie, Katharina Muno, Wolf-Dietmar Speich Gesundheitswirtschaft und Wertschöpfungsansatz nach WZ 2008	2	30
Margit Freytag, Sabine Gosch Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu Finanzmitteln	4	59
Gina Gäbler Soziale Mindestsicherung in Sachsen 2009	1	18
Gina Gäbler, Gabriele Philipp Pflegebedürftigkeit in Sachsen im Spiegel der amtlichen Statistik	4	40
Marcel Goldmann, Bettina Koreng Einnahmen und Ausgaben sächsischer Privathaushalte - ausgewählte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008	2	47
Marcel Goldmann, Bettina Koreng Erhebung über private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien - IKT 2010	3	36
Marcel Goldmann, Bettina Koreng Paarhaushalte mit Kindern in Sachsen - Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	4	24
Franziska Hacker Entwicklung der sächsischen Baupreise 2010	2	18
Eric Hahn, Andreas Oettel Zur Karte „Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009“ im Maßstab 1:400 000	1	52
Leonore Hesse, Carola Hoffmann, Heike Matticzka, Andreas Oettel, Wolf-Dietmar Speich, Roman Straube Wirtschaftsentwicklung 2010 in Sachsen	3	2
Felicitas Klemm Justizvollzug im Freistaat Sachsen - Entwicklung und ausgewählte Indikatoren	3	32
Hans-Dieter Kretschmann, Beatrice Mensch, Thomas Reinisch Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik – Bestandsaufnahme und zukünftige Herausforderungen Teil 2: Künftige Anforderungen an Indikatorensysteme und deren praktische Umsetzung am Beispiel des „Demografiemonitor Sachsen“	4	62

	Heft	Seite
Andreas Oettel Das Baugewerbe im Jahr 2010	2	10
Andreas Oettel Gewerbe­zählung 1849 in Sachsen – Struktur der Wirtschaft	3	53
Andreas Oettel Gewerbe­zählungen in Sachsen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts – Struktur der Wirtschaft	4	67
Gabriele Philipp Umfang alkoholbezogener Störungen in Mit­tel­deutschland im Spiegel der amtlichen Statistik	2	52
Steffen Pollack Neukonzeption der Viertel­jäh­rlichen Ver­diensterhebung – ausgewählte Ergebnisse 2007 bis 2010	4	30
Anke Puschmann Erwerbsbeteiligung von Frauen in Sachsen	4	19
Bernd Richter Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern – methodische Grundlagen zur Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes	1	28
Bernd Richter, Kristina Richter, Sabine Unger Die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	2	42
Kristina Richter Entwicklung eines methodischen Instrumentariums zur Berechnung der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern auf Länderebene	1	33
Kristina Richter Gesundheitsausgaben in Sachsen 2009 – aktuelle Rechnungsergebnisse	3	40
Carmen Ronge Handwerkszählung 2008 – Datenangebot und Grenzen	4	9
Birgit Scheibe Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen in ausgewählten Altersgruppen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen bis 2025	1	12
Birgit Scheibe, Andreas Oettel 20. Tag der Sachsen – der Landkreis Bautzen und die Stadt Kamenz im Spiegel der Statistik	2	2
Angela Sondermann Betriebsgründungen 2010 – Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik und des Sächsischen Existenzgründer­Netzwerks	4	35
Jürgen Stelzner Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Jahr 2009	2	25
Jürgen Stelzner Das Verarbeitende Gewerbe Sachsens 2010	3	16
Susanne Stoll Beeinträchtigung der Umwelt durch Stoffe mit Wassergefährdungspotential	4	53
Roman Straube, Wolf-Dietmar Speich Konjunkturelle Entwicklung in Sachsen 2009/2010	1	2

	Heft	Seite
Roman Straube Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der sächsischen Tourismuswirtschaft- Methodische Grundlagen und aktuelle Ergebnisse	4	2
Brigitta Töpfer Der Wohnungsbestand in Sachsen im Jahr 2010	3	51
Brigitta Töpfer Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Sachsen in den Jahren 1993 bis 2010	4	51
Janika Weigel, Andreas Valley, Birgit Scheibe 2. Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen bis zum Schuljahr 2030/31	3	23

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

März 2012

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Bezug:

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Gerd Altmann/PIXELIO

ISSN 0949-4480